

**35. Sitzung**

Wiesbaden, den 5. April 2000

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	2187	 dung einer humanen Drogenpolitik durch die Hessische Landesregierung	
<i>Entgegengenommen</i>	2187	- Drucks. 15/1146 zu Drucks. 15/1007 -	2244
Präsident Klaus Peter Möller	2187, 2229	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	2244
2. Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten betreffend “Die Chance nutzen - den Menschen dienen - Hessen auf einem erfolgreichen Weg“	2187	Präsident Klaus Peter Möller	2244
<i>Entgegengenommen und besprochen</i>	2229	32. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Drogenkonsumräume	
Ministerpräsident Roland Koch	2187	- Drucks. 15/1147 zu Drucks. 15/1014 -	2245
Armin Claus	2200	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	2245
Manfred Schaub	2205	Präsident Klaus Peter Möller	2245
Jörg-Uwe Hahn	2211	34. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes	
Priska Hinz	2217	- Drucks. 15/1149 zu Drucks. 15/1083 -	2245
Norbert Kartmann	2223	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	2245
Vizepräsidentin Veronika Winterstein	2229	Präsident Klaus Peter Möller	2245
18. Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Schutz des Wahlprüfungsgerichts vor verfassungswidrigen Angriffen der CDU		35. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Umsetzen einer humanen Flüchtlingspolitik in Hessen - Versprechen gegenüber den Kommunen einhalten	
- Drucks. 15/1159 -	2229	- Drucks. 15/1150 zu Drucks. 15/1099 -	2245
<i>Abgelehnt</i>	2244	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	2245
41. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Unterstützung der Angriffe auf das Wahlprüfungsgericht durch die Hessische Landesregierung		Präsident Klaus Peter Möller	2245
- Drucks. 15/1191 -	2229	36. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Fachhochschulentwicklung in Hessen	
<i>Für erledigt erklärt</i>	2244	- Drucks. 15/1151 zu Drucks. 15/430 -	2245
Minister Dr. Franz Josef Jung	2229	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	2245
Lothar Klemm	2230, 2242	Präsident Klaus Peter Möller	2245
Eva Kühne-Hörmann	2233, 2243	40. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend Transport abgebrannter Brennelemente	
Manfred Schaub	2236, 2242	- Drucks. 15/1188 zu Drucks. 15/1018 -	2245
Rupert von Plotnitz	2236, 2243	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	2245
Prof. Dr. Bernd Hamer	2237	Präsident Klaus Peter Möller	2245
Michael Denzin	2240		
Axel Wintermeyer	2241, 2242		
Frank-Peter Kaufmann	2242, 2243, 2244		
Jörg-Uwe Hahn	2242		
Minister Dr. Christean Wagner	2243		
Stefan Grüttner	2244		
Präsident Klaus Peter Möller	2244		
31. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Gefähr-			

	Seite		Seite
37. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Peti- tionen		<i>ausgenommen Petition Nr. 5714/14 in Abänderung der Beschlussempfehlung mit besonderer Maßgabe zur Sach- und Rechtslage beschlossen</i>	
- Drucks. 15/1122 -	2245	Präsident Klaus Peter Möller	2245
<i>Beschlussempfehlungen angenommen;</i>			

Im Präsidium:

Präsident Klaus Peter Möller
Vizepräsidentin Veronika Winterstein

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei Dr. Franz Josef Jung
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner
Kultusministerin Karin Wolff
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Ruth Wagner
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch
Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten Wilhelm Dietzel
Sozialministerin Marlies Mosiek-Urbahn
Staatssekretär Dirk Metz
Staatssekretär Udo Corts
Staatssekretär Jochen Riebel
Staatssekretär Herbert Landau
MinDirig Knauer
Staatssekretär Frank E. Portz
Staatssekretär Dr. Herbert Hirschler
Staatssekretärin Dr. Herlind Gundelach
Staatssekretär Ulrich Thurmann
Staatssekretär Karl-Winfried Seif

Abwesende Abgeordnete:

Dr. Walter Arnold

(Beginn: 9.10 Uhr)

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich eröffne die 35. Plenarsitzung des Landesparlaments und heiße Sie alle herzlich willkommen. Ich stelle fest, dass das Haus beschlussfähig ist.

Zur Tagesordnung: Bisher erledigt sind die Punkte 1 und 4 bis 6. Wir tagen heute vereinbarungsgemäß bis 18 Uhr mit einer Mittagspause von zwei Stunden. Wir beginnen gleich mit Punkt 2 der Tagesordnung, der Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten unter der Überschrift "Die Chance nutzen - den Menschen dienen - Hessen auf einem erfolgreichen Weg".

Entschuldigt ist Herr Staatsminister Wilhelm Dietzel, der heute und morgen an der Umweltministerkonferenz in Berlin teilnimmt. - Er ist da. Ich wusste nicht, dass wir so attraktiv sind, Herr Dietzel, dass Sie eine solche internationale Tagung für uns aufgeben.

Die Frau Vizepräsidentin eröffnet um 13 Uhr, zu Beginn der Mittagspause, die Ausstellung "Künstlerinnen und Künstler aus dem Schwalm-Eder-Kreis", die ich Ihnen herzlich anempfehle.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten betreffend "Die Chance nutzen - den Menschen dienen - Hessen auf einem erfolgreichen Weg"

Redezeit: 30 Minuten je Fraktion. Wenn der Herr Ministerpräsident länger als 30 Minuten spricht, wächst die darüber hinausgehende Zeit den beiden Oppositionsfraktionen je zur Hälfte zu. Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 7. April des Jahres 1999 ist die von mir geführte Regierung vom Hessischen Landtag gewählt und bestätigt worden. Wir haben ein Jahr lang für die Bürgerinnen und Bürger in Hessen gearbeitet. Wir berichten Ihnen heute über diese Arbeit und über die Ziele für die kommenden zwölf Monate. Wir sind davon überzeugt, dass die Mehrheit dieses Hauses mit uns der Auffassung ist: Dies waren erfolgreiche zwölf Monate für das Land Hessen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer in diesen Tagen durch die Schulen des Landes, durch die Hochschulen des Landes, durch die Polizeistationen, durch die Institutionen der Wirtschaft und Unternehmen geht, der erfährt an all diesen Punkten: Ja, es hat sich in diesem Land in den letzten zwölf Monaten etwas zum Guten verändert. Deshalb wollen die Menschen, dass es fortgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Kein Mensch kann und wird bestreiten, dass die vergangenen drei Monate aufgrund der Schwierigkeiten innerhalb meiner Partei für die Regierung nicht nur ein Vergnügen waren. Aber gerade das Erlebnis in den Schulen, in den Polizeistationen, in den Wirtschaftsunternehmen zeigt: Die Bürgerinnen und Bürger messen uns daran, ob sich für sie an der Qualität des Lebens, des Arbeitens und der Sicherheit in diesem Lande etwas verändert hat. Es hat sich etwas verändert, und dafür wird Rechnung getragen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, deshalb sage ich Ihnen auch, wenn Sie jetzt jeden Tag rufen, wir würden gern wieder wählen: Wir wählen nach meiner festen Überzeugung am Ende dieser Legislaturperiode.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Aber das will ich Ihnen auch sagen und ein paar Zahlen der Demoskopen schillern ja auf: Wenn Ruth Wagner und ich jetzt in einen Wahlkampf ziehen würden, würden wir als Sieger in dieses Parlament zurückkommen, wegen der Arbeit der vergangenen zwölf Monate.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann tun Sie es doch! - Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb seien Sie froh, dass wir es Ihnen im Augenblick ersparen. Herr Bökel arbeitet wahrscheinlich wieder an einer seiner Vorstellungsreden. Der Kandidat der SPD ist nicht bekannt.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion war im Waldeckschen und hat beschlossen, die SPD will uns am Ende der Legislaturperiode wieder ablösen. Das ist ihr legitimes Ziel. Aber der Realitätsgewinn, den Sie mit dieser Klausurtagung hatten, ist im Vergleich zur Hysterie der letzten Wochen beachtlich. Er ist richtig, und wir sehen ihn genauso. Wir machen unsere Arbeit genau so, wie wir sie uns in diesem Land vorgenommen haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Als die Bürgerinnen und Bürger uns am 7. Februar des vergangenen Jahres gewählt haben, wollten sie bessere Schulen und bessere Bildung. Sie wollten mehr Sicherheit, sie wollten bessere Bedingungen für Arbeitsplätze in diesem Land.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wollten keine Fälscher! - Zurufe von der SPD)

Sie wollten auch, dass dieses Bundesland Hessen in die Situation kommt, auch in der öffentlichen Wahrnehmung wieder mit anderen wettbewerbsfähig zu sein. Dieses Land Hessen gehört an die Spitze der Republik. Die Menschen wollen das, und wir haben dafür gesorgt, dass sie es auch wieder bemerken.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Gerold Reichenbach (SPD))

Das ist dadurch gelungen, dass wir uns in diesen zwölf Monaten nicht darum geschert haben, wie viele Diskussionskreise wir noch einführen, sondern dass wir, beginnend mit der Koalitionsvereinbarung und ihrer Abarbeitung, Punkt für Punkt das, was wir den Bürgerinnen und Bürgern angekündigt haben, in die Wirklichkeit von Gesetzgebung und Verwaltungshandeln umgesetzt haben, und zwar in vielen der Punkte, auf die ich kommen werde, bei denen Sie vorher jahrelang behauptet haben, dass es nicht möglich sei. Wir haben in diesem einem Jahr mehr Veränderungen in diesem Land bewirkt als Sie in vier Jahren, vielleicht sogar in acht Jahren rot-grüner Regierungszeit, die Sie zur Verfügung hatten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Manfred Schaub (SPD): Schönredner!)

Zu den Gründen, warum das möglich ist, gehört auch, dass wir nicht bereit sind, Entscheidungen aus dem Weg zu ge-

hen, wenn sie kontrovers werden. Sie haben, als Sie über Verwaltungsreform diskutiert haben, als Erstes beschlossen, dass das keine Kabinettsache ist, sondern dass jedes Ressort machen kann, was es will. Sie haben, als die Polizeireform anstand, gesagt: Wir verändern einige kleine Dinge, z. B. bei der Autobahnpolizei, und lassen die großen Strukturfragen weg.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben Franz Josef Jung damit beauftragt! - Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie haben, als Sie die Frage des Ballungsraums Rhein-Main angehen sollten, gesagt: Das machen wir lieber später. - Zum Wann haben Sie nichts gesagt. Wir entscheiden Punkt für Punkt, dass diese Fragen auf der Tagesordnung stehen, nicht deshalb, damit man über sie redet, sondern damit man sie entscheidet, und genau das machen wir. Das macht diese Regierung aus.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wenn sich der eine oder andere Sozialdemokrat in diesen Tagen vielleicht die Augen reibt, warum es bei einer Betrachtung von Wähleranalysen so ist, dass bei all der Hoffnung, dass die Skandalisierungspolitik der letzten Monate alles totgeschlagen habe,

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

immer noch diese Sympathie für diese Regierung vorhanden ist, dann liegt das auch daran, dass es eine unglaubliche Unterstützung für Karin Wolff und diese Regierung gibt, wenn ich den Lehrerinnen und Lehrern und Eltern und Schülern sage, es könnte sein, dass Herr Holzapfel wiederkommt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir haben in diesem Lande eine Unterrichtsversorgung vorgefunden, die nicht nur unter dem Gesichtspunkt, dass 100.000 Stunden gefehlt haben, katastrophal war. Ich gebe zu, es hat auch mich auf dem Weg vom Parlamentarier zum Mitglied einer Regierung ein Stück verwundert: Die Regierung hat uns und allen anderen gegenüber regelmäßig mit Statistiken gearbeitet, von denen sie selbst wissen musste, dass sie falsch sind.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sagt der Fälscher Roland Koch!)

Wenn ich dann aus der Ministerialverwaltung eine Statistik bekomme, dass in einer Grundschule jetzt 100% Unterrichtsversorgung erreicht sind, und man in der Schule selbst sieht, dass immer noch Stunden fehlen, dann liegt das an der Tatsache, dass man Religion bei zwei Religionsfächern in zwei Stunden statt in einer geben muss und dass man an bestimmten Stellen in der Mittelstufe Fremdsprachen geteilt unterrichtet. Die Kultusverwaltung hat sich aber über Jahre geweigert, das einzurechnen, mit der Begründung: Wenn wir die 100% noch höher setzen, ist der Unterrichtsausfall noch größer. - Dann kriegen Sie aber kein Vertrauen in Schule. Wir ändern diese Statistik. Wir arbeiten ehrlich und beseitigen dann den Unterrichtsausfall.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Manfred Schaub (SPD): Sie arbeiten ehrlich?)

Sie sind doch vor nicht einmal 18 Monaten durch das Land gezogen und haben gesagt: Es ist nicht möglich, was die CDU da sagt, 1.000 neue Lehrer einzustellen. Es ist nicht

möglich, Unterrichtsgarantie in diesem Lande zu verwirklichen.

(Manfred Schaub (SPD): Ist es auch nicht!)

Sie müssen heute durch die Schulen gehen und einräumen, dass die Hälfte von dem, was zum Abbau des Unterrichtsausfalls notwendig ist, heute schon in den Schulen Hessens Realität ist. Das ist der Grund, warum die Menschen uns glauben, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir wissen dabei sehr wohl, dass noch nicht alle Probleme gelöst sind. Wir haben aber auch nicht versprochen, in einem Jahr alle Probleme zu lösen. Niemand hat erwartet, dass wir bereits im ersten Jahr 50% der uns selbst gestellten Herausforderung bei der quantitativen Unterrichtsversorgung erfüllen können.

Meine Damen und Herren, wir haben Berufsschulen - ich finde, da muss zumindest Sozialdemokraten das innere Arbeiterherz ein Stück erfrieren - mit 75% Regelunterrichtsversorgung angetroffen. Ein Viertel des Unterrichts, der Berufsschülern in diesem Land zusteht, ist ausgefallen, als wir die Regierung angetreten haben. Wir sind im ersten Jahr schon auf 88% Unterrichtsversorgung hochgekommen. Fast die Hälfte des Problems wird gelöst. So vertrauen Menschen der Politik, wenn man sie verändert. Wir sind stolz darauf, dass wir es so geschafft haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

In diesem Jahr werden in den Grundschulen des Landes Hessen etwa 99% des Unterrichts abgedeckt.

(Lachen der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist nicht in allen Schulen so, weil in einigen Schulen die Unterrichtsversorgung voll erreicht ist und wir in anderen noch Probleme haben. Aber im Großen und Ganzen ist es das erste Mal seit mehr als 15 Jahren, dass in den Grundschulen die Schüler, die im August des letzten Jahres in die Schule gekommen sind, bei Fortsetzung unseres Programms - und nur bei Fortsetzung unseres Programms - eine faire Chance haben, in Hessen durch ihr schulisches Leben zu gehen, in dem sie den Unterricht erteilt bekommen, von dem wir alle durch unsere Rechtsverordnungen selbst überzeugt sind, dass er erteilt werden muss.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glauben Sie doch selbst nicht! Dann kennen Sie die Realität an der Schule nicht!)

Das ist ein qualitativer Fortschritt für die Ausbildung der nächsten Generation.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich weiß sehr wohl, dass nicht alle Probleme mit der Unterrichtsversorgung nach Stundentafel gelöst sind.

(Manfred Schaub (SPD): Aha! Das ist immer die Taktik: Etwas behaupten und dann ein Stück zurücknehmen!)

- Immer langsam. - Wir haben versprochen, dass am Ende der vier Jahre jede Stunde, die auf der Stundentafel steht, auch bei den Kindern auf dem Stundenplan steht, den sie nach Hause bringen. Daran wird sich gar nichts ändern.

Aber wir fügen hinzu: Wir wissen, dass kurzfristiger Unterrichtsausfall und Vertretungen nicht nur für die Psychologie, sondern auch für die Summe der Stunden, die ausfallen, eine große Bedeutung haben. Wir haben deshalb schon

im ersten Jahr dafür gesorgt, dass neben der Verbesserung der Regelunterrichtsversorgung mit 1.400 zusätzlichen Stellen die ersten 300 Stellen in Form von Geld dazu verwendet werden, den Vertretungsunterricht zu verbessern. Ich sage Ihnen, in den nächsten Jahren werden wir diesen Bereich kontinuierlich erweitern, damit in den Staatlichen Schulämtern und in den großen Schulen Geld zur Verfügung steht, um durch kurzfristige Bereitstellung von Vertretungsunterricht auch die Möglichkeit zu haben, kurzfristig ausfallenden Unterricht genauso wie die abstrakten Stunden in diese Unterrichtsgarantie einzubeziehen.

Das ist eine große Herausforderung, weil sie noch zusätzliche Anstrengungen, auch bei dem Personal, erfordert. Wir wissen aber, dass die ganze Diskussion um inhaltliche Unterrichtsreform nur dann sinnvoll ist, wenn wir den Unterricht erteilen. Meine Damen und Herren, eine ausgefallene Stunde kann man nicht optimieren.

(Heiterkeit des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Deshalb sorgen wir als Erstes dafür, dass die Stunde erteilt wird, und im zweiten Teil sorgen wir dafür, dass qualitative Unterrichtsverbesserung erfolgt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

In der Tat sind wir aber auf dem Wege - damit hat man sich ja auch in der Pressekonferenz und bei der Opposition auseinander gesetzt -, inhaltliche Veränderungen in der Schule herbeizuführen. Auch darüber kann es keinen Zweifel geben. Wir verändern in der Tat Versetzungsordnungen. Wir verändern das Profil von Schulen in der Form, dass jede einzelne Schulform ihr eigenes Profil hat.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Wir verändern die Qualität von Schulabschlüssen in der Form, dass diejenigen, die mit den Schulabschlüssen in der beruflichen Anfangsqualifikation arbeiten müssen, genau wissen, dass der Schulabschluss wegen seiner Note etwas wert ist und man nicht erst gucken muss, aus welcher Schule jemand kommt. Das alles wollen wir, weil es zur Imageverbesserung des hessischen Bildungssystems und zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit hessischen Schülern gegenüber unerlässlich ist.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, auf diesen Weg haben wir uns gemacht. In der Frage führen Sie immer noch den Kampf des letzten Jahrhunderts.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie halten die Leistungsorientierung von Schule für Auslese.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Quatsch!)

Das ist falsch. Wir wollen, dass die Schule leistungsorientiert ist. Aber wir vergessen dabei nicht, dass Schule auch einen Erziehungsauftrag hat,

(Norbert Schmitt (SPD): Die Wahrheit! - Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

der z. B. auch dazu führt, dass es in der Frage der Erziehung darum geht, zu sehen, dass wir in einer Gesellschaft vernünftig miteinander leben können,

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Weitere Zurufe)

in der wir Leistung erbringen und trotzdem das soziale Gewissen gegenüber dem Nebenmann haben, erlernen und praktizieren.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen und Herren, Zwischenrufe sind schön. Aber es ist in den letzten Momenten etwas zu laut gewesen.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Die Frage,

(Norbert Schmitt (SPD): Wahrheit! - Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Qualität in der Schule sicherzustellen, ist übrigens auch der richtige Übergang zu der Frage unserer Bemühungen in der Hochschule.

(Norbert Schmitt (SPD): Erziehungsauftrag! - Gegenruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU): Die Schule hat bei Ihnen versagt!)

Meine Kollegin Ruth Wagner weist Sie des Öfteren darauf hin, dass es eine Zeitungsbeschreibung - keineswegs eines CDU- oder F.D.P.-Organs - war, in der Ihnen vor 18 Monaten vorgeworfen wurde, es sei die Strategie der hessischen Hochschulpolitik dieser Vorgängerregierung, die hessischen Hochschulen dumm zu sparen. Das war das Image, mit dem diejenigen, die in der Hochschule arbeiten und studieren, und diejenigen, die wir als Hochschullehrer der Zukunft gewinnen wollten, an diese Hochschulen kamen.

Andere Länder, insbesondere im Süden, haben die Berufungsetats aufgestockt, die Institute verstärkt und dafür gesorgt, dass die Hochschule eine vernünftige, leistungsfähige Basis hat. Sie dagegen sind von einem Kürzungsprogramm ins nächste gestolpert.

Meine Damen und Herren, der Hochschuletat dieses Landes ist in diesem Jahr auf Rekordhöhe. Wir haben im ersten Jahr 88 Millionen DM mehr bereitgestellt, nicht weil wir glauben, zu viel Geld zu haben, sondern weil wir davon überzeugt sind, dass wir die Diskussionen dieser Tage mit Greencard und anderem mit ehrlichem Gesicht nur führen können, wenn wir wirklich alles tun, was notwendig ist, um die Ausbildung der Zukunft für junge Menschen in diesem Lande sicherzustellen. Das geschieht jetzt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das geschah zuvor nicht. Diese Debatte wird uns in den nächsten Monaten noch sehr beschäftigen. Ich bin in der glücklichen Lage, möglicherweise auch deshalb, weil die Amtszeit erst im letzten Jahr begann: Ich habe nicht, wie der amtierende Bundeskanzler, Informationstechnikabteilungen an Fachhochschulen geschlossen und rede jetzt darüber, dass wir zu wenig IT-Ausbildung haben.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Tja!)

Was die IT-Ausbildung angeht, bilden wir in unserem Land, weil wir weniger scharf mit dem Numerus clausus umgehen und ihn bisher nicht überall haben

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt "bisher"?)

und weil wir dort im letzten Jahr mehr aufgenommen haben, wesentlich mehr Fachhochschüler im Bereich der IT

aus als jedes andere Bundesland der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weshalb wohl?)

Das ist nur möglich, weil Ruth Wagner den Hochschulen Luft gegeben hat, auch mit solchen Herausforderungen fertig zu werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Mit Ihrem Streichungsprogramm wäre das nicht gegangen. - Wir haben uns mit einem neuen Hochschulgesetz auf den Weg gemacht, den Hochschulen die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie die Freiheit haben, Ressourcen selbst einzusetzen - ich sage auch: die Verantwortung haben, Ressourcen in Zukunft selbst einzusetzen. Wir wollen alles in unseren Möglichkeiten Stehende tun, Informationstechnologien und die Ausbildung zu Informationstechnologien in diesem Lande zu stärken. Das ist ein Teil. Wer aber heute so darüber redet, wie ich dies gelegentlich von der Bundesebene höre, der muss auch wissen - -

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja! - Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Da sind Sie von den GRÜNEN gerade richtig: Sie sind die Begründer einer technikfeindlichen Stimmung in dieser Republik über zwei Jahrzehnte.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese ollen Kamellen!)

- Liebe Frau Hinz, wenn Ihre einzige Antwort darauf "olle Kamellen" ist, dann sage ich: Ja, die GRÜNEN sind in vielen Fragen olle Kamellen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Sie haben das Klima dieses Landes aber über eine längere Zeit mitbestimmt. - Warum wählen Sie denn zu Ihrer Bestürzung im Augenblick junge Leute nicht mehr so, wie sie das vor einigen Jahren getan haben?

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die heutige junge Generation hat bemerkt, dass Ihre Stimmung von Technikfeindlichkeit und -angst ihre Zukunftschancen in diesem Lande ruiniert.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir sind jetzt dabei, diese Zukunftschancen wieder auf eine ordentliche Basis zu bringen.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt wird es langsam realitätsfremd!)

Wir wissen sehr wohl, dass Bildungspolitik eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür ist, wie Menschen - gerade junge Menschen und Eltern von Kindern - auch unter dem Gesichtspunkt, ob es attraktiv ist, in diesem Bundesland zu leben, unser Land einschätzen. Wir wissen, dass das nicht nur eine Sorge der Bürgerinnen und Bürger ist, die in diesem Lande leben, sondern auch ein Wettbewerbsfaktor. Wir sorgen uns auch darum, wie diejenigen, die mit moderner unternehmerischer Aktivität, und die, die mit guter Ausbil-

dung als Arbeitnehmer in dieses Land kommen wollen, dies bewerten.

Deshalb wissen wir sehr wohl, dass neben Bildung die Sorge für Kinder im Allgemeinen genauso zu dieser Aufgabe gehört. Deshalb ist die Sozialministerin, wie ich finde, auf dem sehr richtigen Weg, die Fragen der Kindergärten und der Betreuung von Kindern in den ersten Lebensjahren zum besonderen Schwerpunkt ihrer Politik zu machen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach ja! - Manfred Schaub (SPD): Wo denn das? - Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Es stimmt: Im Sozialministerium haben wir einige Arbeitsgruppen, die sich mit Randthemen der Gesellschaftspolitik beschäftigt haben, beschnitten. Aber es ist auch richtig: Wir haben dort, wo die Prioritäten der meisten Menschen und ihrer Interessen liegen, die Schwerpunkte gesetzt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Manfred Schaub (SPD): Abgewälzt auf die Allgemeinheit! - Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie werden sehen, dass dies auf Dauer ein erfolgreicher Weg ist. Das trifft auch für die Verhandlungen mit den Kirchen und den übrigen freien Trägern über die Frage,

(Manfred Schaub (SPD): Genau das ist dann Schwerpunkt!)

wie wir Kindertageneinrichtungen unter schwierigen Bedingungen erhalten können, zu. - Herr Schaub, das ist außerordentlich wichtig.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Manfred Schaub (SPD): Abwälzen, das ist die Devise! - Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn wir dies nicht mehr machen, dann ist das nicht nur Qualitätsverschlechterung, sondern auch eine erhebliche zusätzliche Belastung für die Kommunen. Wir wollen, dass die freien Träger im Kindergartenbereich ihre Sache so machen wie in der Vergangenheit. Wir sind ihnen dankbar, dass sie es getan haben. Wir wissen, dass wir ihre finanziellen Lasten im Augenblick, z.B. durch die Steuerreform, erhöhen. Wir wollen ihnen helfen, damit sie ihre Verantwortung in der Gesellschaft weiter so tragen können, wie das in der Vergangenheit der Fall war.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir lamentieren nicht mehr - auch wenn der Kollege Clauss gestern wieder anderes behauptet hat -, wenn es um die Frage geht, wie man Arbeitslosen in diesem Land helfen kann. Wir wissen, dass wir die Arbeitslosigkeit durch Staatsprogramme nicht dauerhaft korrigieren können. Wir wissen, dass wir nur durch eine gute Standortpolitik und durch Hilfen zur Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt eine Chance haben, die Arbeitslosigkeit zu verringern. Diesem Weg haben Sie sich über lange Jahre hier verweigert. Ich denke nur an die großen ideologischen Tiraden von Frau Stolterfoht, die sie von diesem Podium aus immer so schön vorgetragen hat.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Schön?)

- Na ja, sie waren jedenfalls wortreich.

(Heiterkeit bei der CDU und der F.D.P.)

Das hat sich geändert. Das Kombilohnmodell ist der Ansatz, mit dem wir nun versuchen, den Menschen zu helfen

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und dafür zu sorgen, dass sie im zweiten Arbeitsmarkt nicht dauerhaft staatssubventioniert bleiben, sondern in den ersten Arbeitsmarkt zurückkehren können und dort eine faire Zukunftschance bekommen. Das ist genau der richtige Weg, mit dem wir in die Zukunft gehen können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Manfred Schaub (SPD): Dabei kommt nichts heraus! - Weitere Zurufe von der SPD)

Zu den Aufgaben des Ressorts von Frau Kollegin Mosiek-Urbahn gehört auch, dass wir eine neue Qualität in der Diskussion der Integrationspolitik in diesem Lande herbeiführen wollen.

(Beifall bei der CDU - Norbert Schmitt (SPD): Das kann man wohl sagen! - Weitere Zurufe von der SPD)

Darüber haben wir, bevor wir ein Konzept vorgelegt und mit der Arbeit begonnen haben, in aller Ruhe miteinander gesprochen.

(Manfred Schaub (SPD): Mit wem denn?)

Dazu bekenne ich mich. Ich gebe auch zu, dass die beiden Koalitionsfraktionen bei dieser Frage in keineswegs allen Ausgangspositionen einer Meinung waren. Wäre es anders, wären wir eine Partei. Wir haben uns aber auf eine gemeinsame Haltung verständigt. Das ist eine Leistung dieser Koalition.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir haben im Gegensatz zur Bundesregierung nicht den Schluss gezogen, dass man, wenn man die Debatte über die Frage der Staatsbürgerschaft beendet hat, wieder zur Tagesordnung übergehen kann. Wenn ich gelegentlich Äußerungen von Ihnen, auch über die Auseinandersetzungen des letzten Jahres, höre, finde ich es schon verwunderlich, dass es Ihnen nicht wenigstens ein bisschen die Schamröte ins Gesicht treibt, dass Sie nach Beendigung der Debatte und nach Beschlussfassung im Bundestag - -

(Norbert Schmitt (SPD): Das sagt der Richtige! - Lebhaftige Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Damals haben Sie über Integration geredet. Sie haben ein heuchlerisches Gerede veranstaltet. Was hat denn die Bundesregierung in den letzten zwölf Monaten für die Integration in Deutschland getan?

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Manfred Schaub (SPD): Sie veranstalten nichts außer Luftnummern! - Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben das Thema Integration politisch zu den Akten gelegt. Sie lassen Herrn Schily inzwischen die Wahlprospekte der CDU vorlegen.

(Heiterkeit bei der CDU und der F.D.P.)

Als Feigenblatt gibt es gelegentlich eine kritische Bemerkung der GRÜNEN, die niemand ernst nimmt. Das ist Ihre Integrationspolitik. Eine "schöne Ehrlichkeit" im Vergleich zu der Debatte, die wir vor zwölf Monaten geführt haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

So handeln wir nicht. Wir sind aber davon überzeugt, dass es keinen Sinn mehr macht, Integration so zu diskutieren,

dass wir mit einem Gesetz einen Ausländerbeirat gründen und in diesem Ausländerbeirat darüber gesprochen wird, wie Mitbürger aus anderen Ländern, jedenfalls mit einem nicht deutschen Pass, hier leben sollen, wollen und können. Von diesem Beirat bekommen wir dann vielleicht eine Resolution an den Landtag oder an Institutionen der Landesregierung, beraten diese ohne Beteiligung der ausländischen Mitbürger, schicken ihnen am Ende einen Brief oder einen Abgesandten und teilen ihnen mit, wie wir entschieden haben. Wenn es gut geht, sind sie zufrieden; wenn es schlecht geht, gibt es eine Protestnote. Das hat mit Integration sehr wenig zu tun.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb haben wir gesagt: Wenn wir in den Lebensgemeinschaften von Menschen, die aus anderen Ländern zu uns gekommen sind und hier leben wollen, Autorität entwickeln wollen, was ihre Religionsausübung, ihre Art zu arbeiten und zu leben und auch die Art, mit bestimmten religiösen Bräuchen umzugehen, angeht, werden wir das nur dann erreichen, wenn es nicht so ist, dass eine Kommission, bestehend aus deutschen Staatsbürgern, am Ende einen Brief schickt, in dem steht, wie sich die ausländischen Mitbürger zu verhalten haben, und die deutschen Staatsbürger daraufhin einen Antwortbrief bekommen, in dem möglicherweise steht: Das hätten wir aber gern anders.

Wir müssen vielmehr an die Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserem Land, die schon lange hier leben, und an diejenigen, die neu hinzukommen und dieses Land durch ihr Leben in diesem Land verändern werden, eine gemeinsame Botschaft senden, die sowohl die Unterschriften derjenigen trägt, die vor kurzem hierher gekommen sind, als auch die Unterschriften derjenigen, die dieses Land in der Vergangenheit mit geprägt haben. Wir müssen uns mit einer gemeinsamen Sprache an beide Gruppen wenden. Dann haben wir eine faire Chance zur Integration.

Der Integrationsbeirat der Hessischen Landesregierung ist das erste Gremium in der Bundesrepublik, das von seiner Zusammensetzung und seinem Auftrag her dieses Ziel verfolgt. So wollen wir Integrationspolitik angehen, denn so hat sie eine Chance, Erfolg zu haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir brauchen Antworten dieses Integrationsbeirats auf eine ganze Reihe von wichtigen und spannenden Fragen, z.B. die Frage der gemeinsamen Ausübung religiöser Bräuche, die Frage der Unterweisung an den Schulen, die Frage, wann Kinder bei uns in die Schule kommen und wie gut sie die deutsche Sprache zu welchem Zeitpunkt können sollen. Es geht aber auch um die Frage, wie wir Wohngemeinschaften und Wohnsiedlungen so planen und gestalten können, dass wir auf Dauer vernünftig miteinander leben und ohne gegenseitige Aggression miteinander umgehen können.

Das ist alles nicht selbstverständlich. Es gibt von uns viele kluge Papiere, die wir anderen schicken, und Papiere von anderen, die sie uns schicken. Es gibt aber kein gemeinsames Papier. Wir wollen uns daran messen lassen, ob wir es schaffen, Formen der Übereinstimmung und Programme zu finden, in denen diejenigen, die zu uns, in dieses Land, gekommen sind, um dauerhaft hier zu leben, und diejenigen, die schon lange hier leben, zu einer gemeinsamen Sprache kommen, wie unser Land in Zukunft aussehen soll und wie wir es gestalten wollen. Das ist ein anspruchsvolles Ziel. Wir sind aber sicher, dass wir es erreichen wer-

den, und wir haben den Mut, es anzusteuern. Wir sind die Ersten, die das versuchen, und das ist das Mindeste, was man von uns erwarten kann.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Neben den Aufgaben im Bereich von Bildung und Sozialpolitik war einer der wichtigen Punkte, den die Bürgerinnen und Bürger betrachtet haben, als sie uns gewählt haben, unsere Zusage, bestmöglichen Schutz für die Bürgerinnen und Bürger im Bereich der inneren Sicherheit zu gewährleisten.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr schön! Der Fälscher als Kriminalpolitiker!)

- Herr von Plottnitz, wenn Sie sich zur Justizpolitik äußern, schaudert es viele in diesem Lande. Das wird auch in Zukunft so bleiben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der von Ihnen in den Zustand innerer Hoffnung versetzte mögliche Herausforderer Gerhard Bökel hat in seiner Amtszeit in Hessen 340 Polizeibeamtenstellen abgebaut. Das sind zehn vollständige Polizeireviere. Wir haben mit einer unserer ersten Entscheidungen dafür gesorgt, dass es keinen Personalabbau im Bereich von Polizei und Justiz mehr gibt. Das ist eine qualitative Änderung.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Wir haben immer noch Schwierigkeiten, weil wir eine angespannte Haushaltslage haben und nicht alle Stellen schon am ersten Tag wieder besetzen können. Das wissen wir. Dieses Problem werden wir aber auch noch lösen. Nur: Wer jetzt darüber schimpft, dass er eine Stelle drei Monate lang nicht wieder besetzt bekommt, die noch vor einem Jahr im Stellenpool der Landesregierung untergegangen wäre, ohne jemals wiederzukommen, der muss zumindest zugeben, dass das eine gewaltige Verbesserung ist. Das haben wir im ersten Jahr geschafft, und das andere machen wir Schritt für Schritt so, wie wir es miteinander verabredet haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir diskutieren - das haben Sie gestern ausführlich getan - über neue Instrumente und Mittel in der Kriminalitätsbekämpfung. Volker Bouffier hat Ihnen gestern Abend die Zahlen aus anderen Ländern eindrucksvoll vor Augen gehalten. Auch wir können diese Zahlen erreichen, wenn wir Schleierfahndung, Videoüberwachung und Unterbindungsgewahrsam zum Einsatz bringen. Ich sage Ihnen schon jetzt: Wir werden dieses Gesetz nach der dritten Lesung noch rechtzeitig vor der Fußballeuropameisterschaft in Kraft setzen können, und wir werden dann einmal darüber diskutieren, welche Auswirkungen es auf unsere Nachbarländer hat, ob wir der Polizei entsprechende Instrumente in die Hände geben oder ihr die Hände binden und zuschauen, wie sich teilweise auch im Ausland die Kriminalität ausbreitet, die wir hier verhindern könnten.

Hier stellt sich die gleiche Frage wie bei der Videoüberwachung. Wenn man Fußgängerzonen überwacht, dann geht die Zahl der Handtaschenraubdelikte um bis zu 70% zurück. Handtaschenraubdelikte finden dann auch nicht mehr in Stadtparks statt. Handtaschenraub findet dann überhaupt nicht mehr statt in diesem Land. Dazu kommt man nicht

mehr in dieses Land. Das ist eine Verbesserung der Sicherheit für Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Nein, wir werden nicht an jeder Stelle eine Videokamera aufstellen. Aber ich sage Ihnen auch: Wenn die Kommune und die Schulgemeinde, weil auf dem Schulhof zu viel ge-dealt wird, sagen: "Wir würden gerne diesen Schulhof für einige Zeit überwachen lassen,

(Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

damit es da nicht mehr stattfindet", und Sie sagen, dass es vielleicht in der Nachbarstraße ist, dann sage ich Ihnen: Es ist mir immer noch lieber, als dass nicht alle Schüler, die jeden Tag auf dem Schulhof sind, von uns geschützt werden, weil wir nicht die Instrumente anwenden, die dafür notwendig sind.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir brauchen eine Videoüberwachung für Sie!)

Dann ist es zunächst einmal wichtig, in dem Raum, für den wir Verantwortung tragen, keinen Boden dafür zu bereiten, dass Straftaten vorbereitet und andere Menschen verleitet werden, bei diesen Straftaten mitzumachen. Das ist ein qualitativer Gewinn. Den wollen wir für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande, und zwar so schnell wie möglich.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Norbert Schmitt (SPD): Gilt das auch für die CDU-Geschäftsstelle?)

Meine Damen und Herren, das alles gilt auch für die Justiz. Wenn ich manchmal sehe, mit welchen Krokodilstränen in diesen Tagen über die Frage, dass es nicht genug Haftplätze gibt, nachgedacht wird, und sehe, wer sich alles daran beteiligt, dann kann ich wirklich nur über die Fähigkeit zur Bewusstseinsveränderung binnen weniger Monate erstaunt sein. Die Haftanstalten könnten doch alle gebaut sein, wenn Sie vor acht Jahren nicht beschlossen hätten, dass das zunächst einmal ein grünes Herzthema ist, an das man nicht herangehen darf, und erst in den letzten zwei Jahren langsam die Kurve bekommen hätten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, es gibt doch überhaupt keinen Grund, dass wir jetzt mit einem Notprogramm die Container in Weiterstadt aufstellen. Die Container hat es vor drei Jahren schon gegeben, die Überbelegung übrigens auch. Sie haben doch eine Justizpolitik zu verantworten, in der wir die Situation haben, dass wir in Hessen nicht nur, anders als in anderen Ländern, Haftverschonung wegen Überbelegung haben, sondern dass von den Sprüchen über Resozialisierung, die Sie immer gemacht haben, in dem von Ihnen - dem ersten grünen Justizminister der Republik - verantworteten Justizvollzug überhaupt nichts mehr übrig geblieben ist.

Heute reden Sie wieder darüber, nachdem Sie keine Verantwortung mehr haben. Aber wenn ich Ihre Sprüche von vor zehn Jahren lese, gerade des Herrn von Plottnitz, und sehe, wann Sie eine Justizvollzugsanstalt besucht haben, dann muss ich feststellen, dass Sie sich jedes Mal hätten schämen müssen, Herr Minister, dass Sie überhaupt da hineingegangen sind, weil das keines Ihrer politischen Zielen war. Wir sind jetzt dabei, Haftplätze in Hessen zu schaffen, die zum einen ausreichen, die es aber auch dauerhaft ermögli-

chen, dass der Ansatz von Resozialisierung, wie er im Gesetz steht, für die deutschen Straftäter dort wieder realisiert werden kann, weil wir daran ein politisches Interesse haben. Das ist eine Veränderung der Lage gegenüber früher.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt ja gar nicht!)

Wir haben das ehrgeizige Ziel, bis zum Jahr 2001 10% aller an Amtsgerichten in Hessen durchgeführten Strafverfahren in schnellen Verfahren, d.h. mit Entscheidungen binnen weniger Tage, durchzuführen. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, weil es doppelt so viel wie im Bundesschnitt ist.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist das Modell Plottnitz, das müssen Sie wissen!)

- Der Herr Plottnitz hat für die Pressekonferenz an einem Amtsgericht ein paar Verfahren durchgeführt. Wir wollen in ganz Hessen 10% aller Verfahren als Schnellverfahren haben, damit jeder Straftäter weiß, er hat ein Risiko, in diesem Land schnell abgeurteilt zu werden.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da müssen Sie aber aufpassen, dass Herr Wagner es nicht kaputtmacht!)

Meine Damen und Herren, das passt genau zu dem Bild von zusätzlichen Razzien in der Haftanstalt und von einer Veränderung des Konzeptes von Strafvollzug. Wir wollen, dass es in Hessen so viele Hafterleichterungen wie im Schnitt der Republik gibt, aber dass niemand den Eindruck haben muss, in Hessen gebe es mehr Hafterleichterungen als anderswo, wie Sie es über Jahre gemacht haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das sind sehr konkrete Veränderungen, die die Bürgerinnen und Bürger erwartet haben. Es sollte Schluss sein mit den Hessenprivilegien für Straftäter, und es ist Schluss mit den Hessenprivilegien für Straftäter.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie doch einmal etwas zu den Ausbruchszahlen!)

- Ja, das will ich Ihnen auch sagen, Herr Müller. Sie denken immer, es würden so gefährliche und unangenehme Dinge kommen. - Erst einmal gucken wir uns in Ruhe die nach einem Jahr veröffentlichten Statistiken an. Dabei wünsche ich Ihnen viel Vergnügen.

(Manfred Schaub (SPD): Jetzt kommts!)

Aber zum anderen sage ich Ihnen ganz ehrlich: Es ist doch so, dass der Justizminister bei Amtsantritt nicht hinter jeder Haftanstalt gestanden hat.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Manfred Schaub (SPD): Wenn die Statistik nicht gefälscht ist, könnte man es ja glauben!)

Wir haben Ihre Philosophie von Strafvollzug, Ihre inneren Organisationsbedingungen in den Justizvollzugsanstalten, Ihre Form von Personalausstattung vorgefunden, und wir ändern sie in diesen Monaten Schritt für Schritt.

(Manfred Schaub (SPD): Das glaubt er selbst nicht!)

Vieles ist schon verändert, und wir werden das weiterhin tun. Das ist das, was Sie nicht wollten. Es ist die Frage, wer Freigang hat und wer keinen. Wir reduzieren den Frei-

gang. Es ist die Frage, wer zum Sport rausläuft um den See herum mit dem Pfarrer als Begleitung oder nicht. Die Regeln gibt es alle nicht mehr. Die haben wir Stück für Stück in den letzten Monaten abgeschafft. Sie waren stolz auf sie. Wir sind stolz darauf, sie abgeschafft zu haben. Wir werden uns am Ende an der Bilanz der Veränderungen im Justizvollzug messen lassen. Natürlich hat sich an diesen Zielen gar nichts geändert.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Justizminister kann nicht hinter jedem Gefangenen stehen!)

- Wissen Sie, Sie kriegen so schrecklich viel Redezeit, wenn ich Ihnen dauernd antworte. Aber ich habe ein bisschen Spaß daran. Herr von Plottnitz, Sie haben doch den Justizwachtmeistern teilweise verboten, hinter den Gefangenen zu stehen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das war doch der Unterschied. Sie haben eine Justizpolitik gemacht, in der Sie den Menschen nicht mehr die Rücken- deckung dafür gegeben haben, scharf dafür zu sorgen, wie es in einer Haftanstalt zugeht. Alle die Instrumente, die Christean Wagner in den letzten Monaten mit seiner Abteilung eingeführt hat, haben auch Ihnen zur Verfügung gestanden. Es gibt kein einziges, das ein neues Gesetz brauchte.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei uns sind weniger ausgebrochen als bei Ihnen!)

Die meisten haben nicht einmal einen neuen Haushalt gebraucht. Sie brauchten nur den politischen Willen der Führungsstrukturen, zu verändern. Das ist es, was wir Ihnen vorwerfen. Jeder in der hessischen Justiz hat gewusst, dass Sie diesen Willen nicht haben und sich danach verhalten. Jeder weiß, das Christean Wagner diesen Willen hat. Das wird die Veränderung in diesem Land bewirken.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt erklären Sie doch, warum sie ihm weglaufen!)

Aber da das Kapitel von Plottnitz und Justizpolitik wohl abgeschlossen ist und er jetzt wirtschaftspolitischer Sprecher ist - so flieht man aus seinen alten Gebieten -, kann ich mich auch ein bisschen mit der Wirtschaftspolitik beschäftigen, weil das ein sehr interessantes Feld für diese Landesregierung ist.

(Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Plottnitz richtet keinen Schaden mehr an!)

Meine Damen und Herren, was wir vorgefunden haben, war an vielen Stellen immer noch eine hessische Selbstzufriedenheit darüber, dass, wenn man in der Mitte Deutschlands liegt, die Leute eigentlich ohne grobe Unbotmäßigkeit nicht an einem vorbeigehen können, ohne wahrzunehmen, dass sich die Situation sehr verändert hat, dass der Wettbewerb der Regionen in Europa, aber auch der Wettbewerb innerhalb der Bundesrepublik Deutschland heute ein anderer ist, dass Unternehmen sehr schnell die Entscheidung treffen können, an diesem oder jenem Ort ihre Hauptverwaltung einzurichten, dass Unternehmer, gerade junge Unternehmer, sehr genau schauen, wo sie die besten Randbedingungen für Ansiedlung und finanzielle Förderung finden, und dass alle Unternehmen sehr genau schauen, wo sie die bestqualifizierten Arbeitnehmer und die günstigsten Verkehrsinfrastrukturen haben, die sie für ihre jeweiligen Interessen vorfinden.

In diesen Fragen war Hessen einmal so alleine führend, dass man in der Tat in den Sechziger- und Anfang der Siebzigerjahre vieles gelassen beobachten konnte. Es ist eine Leistung der anderen und nicht in erster Linie ein Versagen von Hessen, dass es heute einen anderen Wettbewerb gibt, weil andere Regionen sich in Wettbewerbsgleichheit begeben haben.

Die Auswahl, wo man seine Aktivitäten vornimmt, ist heute größer als jemals zuvor. Diese Auswahl ist heute für uns die Herausforderung, unseren Standort zu bestimmen - gelegentlich auch mit Ellenbogen, jedenfalls als Lobbyisten, die darauf achten, dass Hessen Vorteile bekommt, keine Vorteile verliert, dass wir um Unternehmen kämpfen, dass wir keine freiwillig ziehen lassen und dass wir stolz auf jedes sind, das wir neu gewinnen.

Das hat Folgen. Mein Amtsvorgänger hat in Gelassenheit akzeptiert, dass die hessischen Sparkassen, die dazu das Recht haben - das ist eine Frage von politischer Überzeugung und nicht von Zwang oder Druck -, die Frage erörtern, ob sie einen erheblichen Teil, bis zu 49%, der den hessischen und thüringischen Sparkassen gehörenden Bank an andere veräußern.

Ich habe in Diskussionen, an denen dankenswerterweise auch Teile der Opposition teilgenommen haben, versucht, diese Entscheidung unter einem einfachen Gesichtspunkt zu verändern. Ob es der nordrhein-westfälische Finanzminister oder der bayerische ist - via WestLB oder Bayerische Landesbank -, ist mir zunächst einmal ganz egal. Wer verkauft, geht das Risiko ein, dass der Kollege aus dem Nachbarbundesland in Zukunft in unserem Kreditausschuss sitzt und die Wirtschaftsförderaktivitäten, die wir mit dieser Bank machen wollen, vom ersten Tag bis zum letzten Tag beobachten und beeinflussen kann, aber der hessische Wirtschafts- oder Finanzminister nicht in dem Gremium der Bank des Nachbarlandes sitzt und deshalb vom ersten Tag an ein Informations- und vom zweiten Tag an auch ein Wettbewerbsnachteil für die hessische Situation besteht.

Ich bin dankbar, dass es gelungen ist, diese Position zu verändern. Sie wäre auf einem Weg gewesen, in dem es nicht rückholbar zulasten der hessischen Interessen Kooperationen gegeben hätte. Ich sage klar: Wir Hessen sind stark genug, jedem faire Kooperationen anbieten zu können. Wir sind aber zu stark, um von anderen gekauft werden zu wollen. Das ist eine der Fragen, an denen das Bild, wie wir Hessen uns in den Wirtschaftsräumen der Zukunft positionieren, entscheidend mit geprägt wird.

(Armin Clauss (SPD): Ich habe selten so eine Witzfigur erlebt wie Sie zu diesem Thema! Das ist wirklich ein witziger Vorgang! - Gegenruf von der CDU: Das ist eine Unverschämtheit!)

- Herr Kollege Clauss, ich glaube, dass der Zwischenruf so sorgfältig war, dass er sich auch im Protokoll selbst qualifiziert - jedenfalls für alle, die einigermaßen etwas von dem Thema verstehen.

(Armin Clauss (SPD): Eine wirkliche Witzfigur!)

Und da Sie einigermaßen wissen, um was es geht, wissen Sie auch,

(Armin Clauss (SPD): Vor dem historischen Hintergrund so ein Käse!)

dass das eine Entscheidung ist, die damit zu tun hat,

(Gerhard Bökel (SPD): Wissen Sie, was Kanther gemacht hat?)

dass alle anderen Bundesländer in Deutschland den Weg, von dem ich glaube, dass er viele gute Argumente für sich hat, nämlich loszulassen zugunsten der Sparkassen und nicht Staatswissen und Staatsgeld in die Banken zu investieren, nicht mitgemacht haben. Deshalb ist die logische zweite Entscheidung, die Kollege Posch im letzten Jahr vorgeschlagen hat und die wir dann gemeinsam im Kabinett so verabredet haben: Wenn das richtig ist, dass wir zum Schutze des Standortes nicht wollen, dass Teile der Bank an andere verkauft werden, sondern dass es Kooperationen gibt,

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Es wird das Verlustgeschäft des Jahrhunderts!)

dann ist es für die gleiche Augenhöhe bei Verhandlungen auch notwendig, dass jedenfalls in einem hinreichenden Anteil die Länder Hessen und Thüringen bereit sind, selbst - nicht in unternehmerischer Führung, davon verstehen nämlich Länder nichts - in einer Begleitung, die sicherstellt, dass es keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen den Landesbanken anderer Länder und unserer gibt, an dieser Sache mitzuwirken.

Ich behaupte nicht, dass das ideal ist. Wenn die Westdeutsche Landesbank und die Bayerische Landesbank jeweils im Eigentum der dortigen Sparkassen wären, gäbe es die Diskussion nicht, und es würde diesen Sparkassen genauso gut gehen. Wenn es aber so ist, dass die dazu nicht bereit sind, dann gebietet es die Wahrnehmung hessischer Interessen, erstens zu verhindern, dass hessische Interessen veräußert werden, ohne dass wir Gleiches zurückbekommen, und zweitens, dass wir bereit sind, den Sparkassen dabei zu helfen, diesen Weg zu gehen.

(Gerhard Bökel (SPD): Wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir das seit Jahren wollen und Sie nicht?)

Meine Damen und Herren, nur: Diesen Weg haben wir so eingeschlagen. Bei der Frage der Beteiligung des Landes an der Bank, haben Sie immer gedacht, die Sozialdemokraten seien immer ganz stolz, wenn sie Eigentümer einer Bank sind und damit Macht haben. Das scheint mir nicht sehr notwendig zu sein.

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist in dem Rahmen jetzt ein Punkt, an dem wir bereit sind, ein Stück entgegen zu gehen. Der entscheidende Punkt, dass die Hessen über ihre Bank entscheiden - das sind die hessischen Sparkassen genauso wie andere - ist, dass wir den Einfluss haben, hessische Interessen weiter wahrzunehmen. Diesen Weg haben wir eingeschlagen, und diesen Weg werden wir auch in diesem Jahr zu einem Erfolg führen.

Dieses "hessische Interessen wahrnehmen" erfordert und bedeutet, dass wir in den einzelnen Regionen ganz präzise Vorstellungen von den Leitbildern haben, wie wir diese Regionen entwickeln wollen. Am deutlichsten sichtbar ist die Veränderung in der nordhessischen Region.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, an dieser nordhessischen Region können Sie auch wieder sehen, wie stark die Erleichterung darüber ist, dass diese Regierung im Amt ist - bis tief in die sozialdemokratischen Strukturen hinein, die Sie dort in den Landkreisen haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich habe nicht die Absicht, die Kollegen im Einzelnen zu diskreditieren. Es ist aber schon erstaunlich, was man auch in den letzten Monaten, in denen Sie meinten, so weit vorne zu sein, über die Frage gehört hat, ob die Sorge entstehen muss, dass es einen Rückfall in die Zeiten vor dem 7. April des Jahres 1999 gibt. Nirgends ist die Veränderung zu einem Aufbruch in wirtschaftspolitischer Hinsicht deutlicher geworden als in der nordhessischen Region. Das haben wir zustande gebracht, und darauf sind wir sehr stolz.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich weiß sehr wohl, dass viele dieser Entscheidungen auch in den Herzen der Sozialdemokraten verankert waren und die GRÜNEN die Umsetzung verhindert haben. Das ist aber egal. Alle Wählerinnen und Wähler wissen, wenn in Zukunft etwas andere Mehrheitsverhältnisse in Hessen wären, droht wieder eine rot-grüne Koalition, droht wieder die Verlangsamung beim Straßenbau, droht wieder die Verneinung jeder Entwicklungsperspektive des Flughafens Kassel-Calden, droht wieder die ideologische Diskussion darüber, ob die nordhessische Situation Transitverkehre braucht, um von diesen gesellschaftlichen Entwicklungen zu profitieren, oder nicht.

Diese Fragen haben wir entschieden. Wir haben gesagt: Ja, wir wollen, dass Kassel und die Region davon profitieren, dass der Verkehr zwischen Warschau und Paris zunimmt, weil Kassel dort eine strategische Position hat, an der Unternehmen ansiedeln werden, weil es an dieser Verkehrsachse liegt, an der von Logistik über Produktion bis zu Dienstleistungen und Tagungen diese Kasseler Region eine der spannendsten Regionen Europas werden kann. Die Leute müssen aber zu vernünftigen und fairen Bedingungen da hin und davon weg kommen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Dazu gehört die Frage Kassel-Calden. Kassel-Calden ist ein doppeltes Symbol. Es ist sowohl ein Symbol, dass wir entschlossen sind, diese Region Nordhessen zu einer vollständig entwickelten Wirtschaftsregion mit allen Verkehrswegen zu machen, dass wir nicht zuschauen, wie Paderborn und Erfurt in ihren 20 km-Umkreisen die Unternehmen ansiedeln und die Kasseler in der Mitte in die Röhre gucken, sondern dass sie gleichberechtigt am Wettbewerb der Zukunft teilnehmen können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Hätten Sie das vor acht Jahren begonnen, würden die Bagger entlang der ganzen A 44 stehen. Hätten Sie es vor acht Jahren begonnen, dann wäre der Streit, ob die A 49 noch im Bundesverkehrswegeplan so finanziert werden kann, wie wir sie brauchen, nicht da, weil ihr Bau begonnen wäre. Es sind Ihre Langsamkeit,

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben den Bau verhindert!)

Ihre Straßenbaufeindlichkeit und Ihr innerer Zwist in der rot-grünen Koalition gewesen, die die entscheidenden Verkehrsachsen für Nordhessen verlangsamt und uns teilweise möglicherweise einen langen Streit beschert haben, bis wir sie bauen können. Wir haben aber begonnen, und die ersten Bagger können jetzt an die A 44.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich finde es in Ordnung, dass der Bundesfinanzminister alles in seinen Möglichkeiten Stehende tut, um jetzt beim ersten Spatenstich dabei zu sein.

(Manfred Schaub (SPD): Vor zwei Jahren haben Ihre Leute noch in der ersten Reihe dagegen gestanden!)

Aber ein bisschen makaber ist es schon. Er hätte als Hessischer Ministerpräsident den Spatenstich machen sollen - er hätte es tun können, wenn er nicht von dieser Regierungskoalition daran gehindert worden wäre. Das muss auch jeder wissen, der dort baut.

(Beifall bei der CDU - Manfred Schaub (SPD): Mit einem Transparent davor, Ihre Leute!)

Wir haben in Mittelhessen erstmals die Situation geschaffen, dass wir dort Regionalförderung betreiben können. Da ist es ganz spannend, die Akten aus der Vergangenheit zu lesen, wer wann an welcher Stelle verhindert hat, dass das kam. Jetzt geht es in Gießen und Wetzlar. Wir sind dabei, die Hochschulen in Gießen und Marburg so auszubauen, dass sie in dieser Region die Leuchterne sein können, und zusätzliche wirtschaftliche Entwicklung mit Technologiezentren und Gründerzentren im Zusammenhang zu haben.

Meine Damen und Herren, wir sorgen dafür, dass die wirtschaftliche Entwicklung im Rhein-Main-Gebiet vorangeht, bei der vieles in der Tat von selbst getragen werden muss, weil wir keine Randbedingungen für eine Bankenstadt bauen können, aber dort, wo es notwendig ist, dafür sorgen, dass es geschieht. Das gilt auch und insbesondere für den Frankfurter Flughafen. Nun sehe ich mit einigem Interesse, dass Kollegen - insbesondere der sozialdemokratischen Fraktion - glauben, Sie müssten jetzt diejenigen sein, die als Erstes kritisieren, wir würden das alles zu langsam machen.

Denen möchte ich hier antworten: Wir werden es genauso, wie es geplant war, Stück für Stück machen, wir werden es nicht hektischer machen, als es geplant war, aber auch nicht langsamer. Nicht hektischer machen, heißt, es ist richtig und vernünftig, dass der Landtag eine Anhörung dazu durchführt und man damit erst einmal allen Gehör verschafft, bevor man eine Entscheidung vorbereitet. Das wird in vorbildlicher Weise im Landtag geschehen. Alles andere hat zu diesem Zeitpunkt abzuwarten.

Das Zweite ist, dass wir in diesem Sommer dafür sorgen werden, dass die Region im Dialog bleiben kann. Wir werden den regionalen Dialog aber nicht damit belasten, die Illusion zu vermitteln, er könnte schultern, was die Mediation nicht schultern konnte, nämlich eine Entscheidung über die Frage, welcher Ort am Ende tatsächlich für die Errichtung der Trasse der Start- und Landebahn bevorzugt werden sollte. Herr Kollege Clauss, ich halte es immer noch für richtig, dass, wenn die Daten der Anhörung nach dem 12. Mai 2000 vorliegen, sich nicht die Genehmigungsbehörden - die haben noch einen langen Weg vor sich; den müssen sie sehr konsequent und ohne eine Vorfestlegung gehen -, aber die politischen Instanzen darüber klar zu werden beginnen, welche Entscheidung hinsichtlich einer Trasse sie bevorzugen würden.

Ich erinnere Sie an die Diskussion um den Bau der Autobahn in Nordhessen. Herr Kollege Klemm ist gerade gegangen. Vor dem Raumordnungsverfahren gab es eine Variante unter dem Stichwort Klemm-Trasse. Niemand hat zu diesem Zeitpunkt geglaubt, für diese Variante sei schon in rechtlicher Hinsicht mit dem Planfeststellungsbeschluss eine Entscheidung gefallen. Den machen wir erst jetzt, Jahre danach. Aber es war für die Bürgerinnen und Bürger und für die Opposition klar - -

(Armin Clauss (SPD): Es war nicht klar! Sie standen nämlich an der Spitze der Demonstranten gegen die Klemm-Trasse! Das ist die Wahrheit!)

- Es war für die Bürgerinnen und Bürger klar, was die politischen Parteien wollten.

(Armin Clauss (SPD): Sie standen an der Spitze der Demonstranten gegen die Klemm-Trasse! Das ist die Wahrheit! Sie verdrängen Ihre ganze Vergangenheit!)

- Ja, Herr Kollege Clauss, schauen Sie, genau diese Diskussion wollen Sie den Bürgern jetzt vorenthalten. Das ist doch Ihr Ziel.

(Armin Clauss (SPD): Nein! Sie standen an der Spitze!)

Die Klemm-Trasse war das Ergebnis der politischen Entscheidung, also Ausdruck dafür, wo die Politiker den Bau der Autobahn für richtig hielten. Ich halte diese Entscheidung bis heute für falsch. Wir werden sie jetzt bauen, weil Sie es hinsichtlich der Trasse so weit vorangetrieben haben.

(Armin Clauss (SPD): Ach ja!)

- Sie können diese Debatte haben. Es wäre immer noch besser, wenn die Trasse direkt am Kasseler Kreuz beginnen würde und man eine Autobahn internationalen Rangs bauen würde.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir bauen jetzt nach der Klemm-Trasse, weil es unverantwortlich wäre, noch einmal acht oder neun Jahre zu warten. Sie haben das acht Jahre lang verschludert. Die Kasseler brauchen möglichst schnell eine Verkehrsverbindung, nichts sonst.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich hatte nach Abwägung eine Entscheidung zu treffen. Das habe ich den Kaufunger Bürgerinnen und Bürgern vor der Wahl gesagt. Deshalb habe ich da eine sehr einfache Position. Ich hatte abzuwägen, ob der Zeitverlust, der durch eine Neuplanung entstände, verantwortbar ist oder nicht. Angesichts der "großen Kooperationsbereitschaft" Ihres ehemaligen Bundesverkehrsministers Müntefering, der nämlich nicht bereit war, in eine kurzfristige Neuplanung einzutreten, habe ich gesehen, dass der Zeitverlust für Nordhessen zu groß wäre. Wir brauchen diese Autobahnverbindung zwischen Warschau und Paris so schnell wie möglich. Jetzt wird sie ein paar Schlangenlinien mehr erhalten. Das ist ärgerlich. Aber es ist besser als der Ausbau der B 7, oder als sich die Frage zu stellen, wo der Verkehr sonst entlang fließen könnte. Deshalb haben wir diese Entscheidung getroffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Die politische Festlegung der Parteien kann streitig erfolgen, wie es dort geschehen ist. Aber wenn die Parteien sagen, wir entscheiden nicht, entsteht damit das, was auf Ihrem Unterbezirksparteitag in Frankfurt geschehen ist, dass nämlich dort entschieden wurde, es solle die am weitesten von Frankfurt gelegene Trasse gebaut werden. In Offenbach wurde selbstverständlich die gegenteilige Entscheidung getroffen. In meiner Partei würde sich eine solche Diskussion in der jeweiligen Region durchaus ähnlich entwickeln, weil die Mitglieder ja nicht unvernünftig sind. Dieses Verhalten ist für diejenigen nicht klug, die eine Entscheidung für das Gemeinwohl zu treffen haben, die die einen mehr belastet als die anderen. Darauf wird es nämlich hinauslaufen.

Die eierlegende Wollmilchsau gibt es genauso wenig wie eine virtuelle Startbahn. Wir Politiker müssen uns dazu bekennen, dass wir Belastungen zuordnen. Das geschieht bei der Entscheidung über den Bau der Start- oder Landebahn. Ein Teil der Bürger wird nach deren Bau eine höhere Be-

lastung als jetzt tragen. Wer das nicht sagt, ist verdammt unehrlich. Man muss dann aber auch vor der Kommunalwahl sagen, was man glaubt, wo die Belastungen sein werden. Man kann nicht so tun, als wüsste man es noch nicht so genau und alle in guter Hoffnung wiegen, um es dann nach der Kommunalwahl entscheiden. Ich rate uns deshalb gemeinsam, bei dem Weg zu bleiben, den wir einmal eingeschlagen haben, nämlich zu sagen, sobald die Fakten einigermaßen auf dem Tisch sind, werden wir eine politische Richtungsentscheidung treffen. Anschließend wird im Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren geprüft werden, ob diese Trasse dann rechtlich gesehen Bestand hat.

Das ist der Weg, wie man mit Bürgern in dieser Angelegenheit ehrlich umgeht. Alle haben Sorgen vor einer Belastung. Wir müssen zugeben, dass wir am Ende darüber zu entscheiden haben, wen diese Belastung trifft. Wir müssen das mit offenem Visier tun. Wir müssen dorthin gehen, wo die Betroffenen leben. Wir müssen versuchen, es ihnen zu erklären. Wir wissen dabei sogar, dass wir es nicht allen werden erklären können. Aber die Debatte um den neuerlichen Ausbau des Frankfurter Flughafens wird nur gelingen, wenn die Bürger wenigstens bemerken können, dass wir nicht die Absicht haben, Entscheidungen zu verzögern, die wir jetzt treffen könnten, damit wir noch ein paar friedliche Tage haben. Vielmehr haben wir dafür zu sorgen, dass wir das auch sagen, was wir wissen. Wenn wir in der Lage sind, uns eine Meinung zu bilden, dann sollten wir mit dieser Meinung auch an die Öffentlichkeit gehen. Das ist Voraussetzung dafür, dass es eine Basis für dieses Gespräch geben kann.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Meine Damen und Herren, das mag jetzt meine letzte wirtschaftspolitische Bemerkung sein. Viele der wirtschaftlichen Entwicklungen, die es in diesem Land gegeben hat, und zwar nicht nur im Ballungsgebiet Rhein-Main, waren vom Straßenbau abhängig.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

- Herr Kaufmann, ja, ach du liebe Zeit. Das haben Sie nie begriffen.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Einer der großen ökonomischen Vorteile unseres Nachbarlandes Bayern liegt heute darin, dass sie zu einem frühen Zeitpunkt auch die wirtschaftlich schwächeren Regionen mit ziemlich optimalen Verkehrsverbindungen versehen haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Rhein-Main-Gebiet ist wirtschaftlich nicht schwach!)

Sie haben dafür gesorgt, dass die Ortsumfahrungen und anderes immer dann gebaut wurden, wenn die anderen keine Pläne mehr vorlegen konnten. Sie haben in der gleichen Zeit für etwas anderes gesorgt. Als Sie die Regierung vor acht Jahren übernommen hatten, hatten Sie Mittel für den Straßenbau in einer grob geschätzten Größenordnung von 140 Millionen DM pro Jahr. Als Sie die Regierung übergeben haben, waren dies noch 39 Millionen DM inklusive des Radwegebaus.

(Norbert Kartmann (CDU): Ja!)

Das ist eine "tolle" Leistung. Sie sind darauf auch noch stolz. Die Menschen in den Orten, in denen seit Jahren keine Ortsumgehungen mehr gebaut werden kann,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Reden wir einmal über den öffentlichen Nahverkehr!)

die Menschen, die über Landesstraße fahren, die nicht mehr ordnungsgemäß unterhalten werden können, weil allein der Bedarf für die Unterhaltung der hessischen Landesstraßen doppelt so hoch ist wie die Mittel, die Sie dafür bereit gestellt haben, finden es ziemlich zynisch, wie Sie mit deren Lebensqualität und ihrer Möglichkeit, zu fahren und dann zu arbeiten, und deren Möglichkeit, in diesen Orten an den Straßen zu leben, umgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Wir werden mit großen Schritten, mit Erhöhungen um 10 Millionen DM, 20 Millionen DM und weiteren Steigerungen, dieses Programm wieder aufbauen. Aber wir haben einen Investitionsstau von fast 1 Milliarde DM. Wenn Sie es nur bei dem Betrag belassen hätten, den Sie vorgefunden haben, und diesen nur der normalen Haushaltssteigerung angepasst hätten, dann hätten Sie in diesen Jahren mehr als 600 Millionen DM mehr investiert, als Sie tatsächlich investiert haben. Es gäbe dann fast zwei Drittel des in diesem Land vorhandenen Investitionsstaus nicht. Meine Damen und Herren, das ist die Realität, die es hinsichtlich dieses Regierungswechsels gibt. Wenn Sie weitere vier Jahre regiert und das nach diesem Programm weiter betrieben hätten, hätten Sie den Straßenbau in Hessen endgültig beenden können. Nur weil es die jetzige Regierung gibt, haben die Bürger in der ländlichen Region wieder die Chance, dass auch ihre Straßen, die keine Bundesfernstraßen, sondern Landesstraße sind, ordentlich gepflegt oder ordentlich geplant und in absehbarer Zeit auch gebaut werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Das wissen sehr viele Menschen. Auch das gehört zum Beantworten der Frage, ob sie sich die eine oder andere Regierung wünschen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies alles erfordert bestimmte finanzielle Rahmenbedingungen. Diese sind allerdings außerordentlich angestrengt. Herr Clauss hat in der Vergangenheit zu Beginn oder am Ende jeder Rede gesagt, der Haushalt werde nicht verfassungsgemäß sein, die Verschuldungsrate werde nicht eingehalten werden können und das Land werde in die Pleite geführt werden.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Ja!)

Der Vorteil, wenn sich ein Kollege der Opposition festlegt - das geschieht nicht häufig -

(Heiterkeit des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

liegt darin, dass man relativ schnell nachprüfen kann, ob er Recht gehabt hat oder nicht. Nachdem der Haushalt für das Jahr 1999 abgeschlossen ist, kann ich Ihnen sagen, dass Karlheinz Weimar dafür gesorgt hat, dass wir die in diesem Lande bestehende Tradition der zwar verfassungsgemäßen Haushaltsbeschlüsse, aber der verfassungswidrigen Haushaltsabschlüsse beendet haben. 1999 sind wir inklusive der Rücklage zu einem verfassungsmäßigen Haushaltsabschluss gekommen. Dies geschah trotz der größeren Zahl der Lehrer und trotz des Endes des Abbaus von Stellen bei der Polizei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Wir haben 65 Millionen DM bei den Personalausgaben eingespart. Sie sind am Ende des Jahres sozusagen übrig geblieben. Dies geschah trotz unserer Entscheidung hinsicht-

lich der Besetzung von Stellen, trotz unserer Entscheidung, in der Justiz und bei der Polizei den Stellenabbau zu stoppen, trotz unserer Entscheidung, 1.400 zusätzliche Lehrer einzustellen. Wir werden genau diesen Weg in diesem Sinne weiter gehen, Stück für Stück. Wir können angesichts der jetzigen Haushaltslage die Nettoneuverschuldung nicht euphorisch von dem einen auf den anderen Tag auf null bringen.

Nur nehmen wir realistische Zahlen - anders als Herr Starzacher früher -, die wir am Ende des Jahres auch einhalten können. Wir haben bis zum heutigen Tage bewiesen, dass die Veränderung von Prioritäten in der Politik mit einer Haushaltsplanung verantwortbar ist, wenn man den Mut hat, an neuen Stellen Geld auszugeben, und zugleich dafür sorgt, dass es an anderer Stelle eingespart wird. Auf genau diesem soliden Weg war es möglich, die Erfolge der ersten zwölf Monate zu erreichen.

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Natürlich gehört dazu, dass wir über eine Verwaltungsreform reden.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 1,5 Milliarden DM mehr!)

Es gehört dazu, dass wir über Budgets reden, die anders sind als in der Vergangenheit. Es gehört dazu, dass wir Stellenbörsen einrichten, damit die Fluktuation in der Verwaltung größer wird. Es gehört dazu, dass wir endlich ein Immobilienmanagement in diesem Land einführen, mit dem man arbeiten kann und in dem einer weiß, was dem Land in einer bestimmten Stadt eigentlich gehört, bevor man das nächste Gebäude anmietet. Es ist für jemanden wie mich, der neu in die Staatsverwaltung hineingekommen ist, schon eine Faszination, wie wenig die Beteiligten wissen und wie wenig Sie in den letzten Jahren dafür gesorgt haben, dass sie mehr über das Maß an Personal, das Geld, das sie ausgeben, die Immobilien, die sie haben und die Intensität, mit der die Immobilien genutzt werden, wissen. Sie verwalten ein Milliardenvermögen an Immobilien. Sie haben in der Vergangenheit Milliardenausgaben an Personalkosten verwaltet. Aber die Frage, wie viel Geld die Kultusministerin in einem Jahr denn ausgegeben hat, wird beantwortet: Das wissen wir nicht, weil wir das Grundgehalt im Kultusetat und die Gehaltserhöhung im Einzelplan 17 gebucht haben und es zu kompliziert ist, das zu addieren, weil wir dafür keine Computer haben. - Wir schaffen ein einheitliches Computersystem für dieses Land.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war ja schon angelegt!)

Eine Zeit moderner Staatsverwaltung hat angefangen, aber sie hätte verdammt viel früher anfangen können, wenn man es denn gewollt hätte.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Diese Landespolitik wird in Zukunft nur möglich sein, wenn wir auch unsere Interessen außerhalb der Grenzen Hessens wahrnehmen. In diesem Jahr 2000 stehen in diesem Zusammenhang große Herausforderungen vor uns. Der Erfolg vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ist, so denke ich, einer, den die Opposition von der damaligen Regierung immer verlangt, aber die Regierung am Ende eingeleitet hat und der also ein gemeinsamer Erfolg ist.

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Gelegentlich wundere mich die aktuelle Kommentierung des Bundesfinanzministers, wie unverantwortlich die Klage war. Aber ansonsten ist es ein gemeinsamer Erfolg.

(Heiterkeit bei der CDU und der F.D.P.)

Er wird in Zukunft dazu führen, dass wir in schwierigsten Verhandlungen unsere Interessen als diejenigen, die den Finanzausgleich so finanzieren wie kein anderer, wahrnehmen können.

Ich will dazu klar sagen: Niemand - zumindest in dieser Landesregierung, aber, so glaube ich, auch im ganzen Parlament - will, dass andere Länder durch die Änderung des Finanzausgleichs in ihrer Existenz gefährdet werden. Wer glaubt, er könne Länderneugliederungen, wie immer man auch dazu stehen mag, durch eine Änderung des Länderfinanzausgleichs durchsetzen, der täuscht sich. Das bedeutet, dass sich die Stadtstaaten wie Hamburg und Bremen, aber insbesondere auch die Stadt Berlin mit ihren immensen Problemen in der Lösung wieder finden müssen. Aber es wird nicht so sein können, dass, wenn der saarländische Kollege 1 Million DM einspart und den Bürgern zumutet, diese Gelder nicht mehr entgegenezunehmen, er in seinem Landeshaushalt am Ende 30.000 DM mehr an frei verfügbarer Masse hat als vorher und die restlichen 970.000 DM durch Rückrechnung im Länderfinanzausgleich weg sind. Es kann nicht sein, dass, wenn der hessische Finanzminister über Maßnahmen bei der Steuerverteilung, Ansiedlungspolitik oder Steuerfahndung 1 Million DM mehr in die Kassen des Landes Hessen bringt, er am Ende von dieser Million weniger übrig behält, als zur Finanzierung des zusätzlichen Personals nötig ist.

Es ist ein gemeinsames Interesse aller deutschen Länder - der Geber- und der Nehmerländer -, das System so zu verändern, dass man von eigener Leistung etwas hat. Das hat mit Wettbewerbsföderalismus auf den ersten Blick gar nichts zu tun. Über den Begriff brauchen wir gar nicht zu streiten. Wir haben uns inzwischen unter den Ministerpräsidenten geeinigt, dass wir einen wettbewerbsorientierten, kooperativen Föderalismus haben wollen. Damit bin ich einverstanden. Es hat etwas damit zu tun, dass es sich für einen Finanzminister und für eine Opposition in einem Landesparlament lohnt, darüber nachzudenken, was es denn bringt, eine Ausgabenerhöhung oder eine Ausgabenreduzierung vorzunehmen, sodass man selbst etwas an Gestaltungsfreiheit davon hat. Ich denke, wir Hessen werden einer Länderfinanzausgleichsregelung nur zustimmen, wenn sie diese Mindestbedingung erfüllt, nämlich bei den Zuwächsen, die wir haben, sicherzustellen, dass diese Zuwächse nicht alle weg sind. Länder, die aus Nehmerländern zu Geberländern werden sollen, wie Thüringen und Sachsen, die sich sehr vorsichtig in der Debatte dieser Tage verhalten, weil sie das sehen, müssen eine Chance haben, durch eigene Anstrengung das möglichst schnell zu erreichen, ohne dass jede Anstrengung, die sie unternehmen, an sich vollständig weggenommen wird.

Wir wollen das unter den Bundesländern auf einem Weg erreichen, indem wir 16:0 entscheiden und nicht 10:4, 6:8 oder sonst wie. Das ist erstens für die Geberländer klug. Denn wir sind nicht die Mehrheit, sonst würde das System anders aussehen. Und es ist zum Zweiten klug, weil wir alle ein Interesse daran haben, dass die Bundesgelder, die so genannten Bundesergänzungszuweisungen, die sehr ungerecht verteilt werden, weiter den Ländern zur Verfügung stehen und man sich mit dem Bund über eine gerechtere Verteilung einigt und am Ende nicht die Bundesregierung der Profiteur der Länderfinanzausgleichsverhandlungen

und der Uneinigkeit der Länder dadurch ist, dass sie die Bundesergänzungszuweisungen kürzt und wir auf unseren alten Zahlen sitzen bleiben.

Diese Debatte wird in diesem Jahr geführt. Sie ist in den letzten Wochen ein Stück aufgelockert worden. Wir Hessen werden unsere Interessen einbringen, aber wir werden als der größte Zahler mit 4,7 Milliarden DM im letzten Jahr auch unsere Kompromissbereitschaft einbringen, um möglich zu machen, dass es einen Länderfinanzausgleich gibt, den alle überleben können, der uns aber in Zukunft mehr Luft zum Atmen gibt.

Eine zweite Herausforderung steht vor uns, die möglicherweise im zweiten Halbjahr dieses Jahres uns alle intensiv beschäftigen wird. Auf der europäischen Ebene wird zurzeit über die Neuordnung der institutionellen Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Verfassungsorganen der Europäischen Union verhandelt. Das ist notwendig, weil ohne diese Änderung der Zusammenarbeit eine Erweiterung der Europäischen Union nicht denkbar ist. Wir als Länder haben in Europa eine besondere Situation. Wir nehmen Aufgaben wahr, die kein anderer in Europa wahrnimmt, und wir wollen in Zukunft Gestaltungsfreiheiten haben, die andere sich erst erkämpfen wollen, die aber wir aus unserer Verfassungsgeschichte mitbringen.

Dazu gehört die Frage des Bankenwesens.

(Zuruf von der SPD: Was? - Manfred Schaub (SPD): Bankenwesen?)

Aber dazu gehört auch die Frage der Daseinsvorsorge in einer noch viel schwierigeren Weise. Wenn wir in Zukunft in diesem Land die Dienstleistungen der Caritas oder des Diakonischen Werkes, die wir in Anspruch nehmen, europaweit ausschreiben müssen und ein portugiesischer Anbieter diese übernimmt, ist das nicht nur ein wirtschaftlicher Vorgang, sondern zerstört das ein Stück der sozialen Gemeinschaft, des bürgerschaftlichen Engagements, der Kombination von Wirtschaftsleistung und Ehrenamt, wie es dies in diesem Land anders als in anderen gibt. Wir glauben, dass wir einen Anspruch darauf haben, dass das in Zukunft erhalten bleibt.

Wenn ich sehe, dass in nahezu allen Regionen Europas Wirtschaftsförderung durch irgendwelche Programme der EU möglich ist und wir glücklicherweise wenig davon haben, weil es uns relativ gut geht, kann das nicht bedeuten, dass wir gar nichts mehr zur Regional- und Wirtschaftsförderung tun können, weil alles unter dem Verdikt der Europäischen Union steht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist ein vitales Interesse der deutschen Länder - nicht nur des Landes Hessen. Bisher ist die Bundesregierung kooperativ, aber mit offensichtlicher Skepsis, ob sie bei den europäischen Partnerländern Unterstützung dafür bekommt, diese für uns vitalen Interessen auch nur auf die Tagesordnung zu setzen. Dies hat eine wichtige Folge: Durch die Folgen der Verfassungsänderungen nach dem Vertrag von Maastricht ist in Art. 23a des Grundgesetzes ein Zustimmungsvorbehalt des Bundesrates für institutionelle Änderungen in der Europäischen Union enthalten. Den gibt es nicht - -

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das jetzt die Ankündigung einer Blockade? Das haben Sie in der Presse angekündigt!)

- Herr Müller, seien Sie doch ruhig. Das ist der Vortrag der Meinung aller deutschen Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wollen die Osterweiterung blockieren! Das haben Sie angekündigt!)

- Jetzt regen Sie sich doch nicht so auf.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will nur Klartext von Ihnen hören!)

- Den hören Sie. Da können Sie sicher sein.

Ich würde den Hessischen Landtag in der Frage, was ihm in den nächsten zwölf Monaten bevorsteht, nicht unterrichten, wenn ich nicht den Eindruck hätte, dass das eine außerordentlich wichtige und uns alle sehr behellende Frage ist.

Wenn es am Ende der europäischen institutionellen Konferenzen nicht nur keine Verbesserung der Absicherung der föderalen Strukturen durch die Prinzipien der Subsidiarität gibt, sondern dabei bleibt, dass in wesentlichen Teilen die Europäische Kommission unsere derzeitigen Rechte angreift, dann müssen die Mitglieder des Bundesrates und die Länderparlamente wissen, dass es, wenn sie diesen Vertrag akzeptieren, auf überschaubare Zeit keine Chance mehr gibt, mit eigenen Rechten die föderalen verfassungsgemäßen Rechte, die wir in der Bundesrepublik Deutschland haben, auf europäischer Ebene zu sichern.

Das ist die Dramatik dieser Entscheidung. Deshalb haben alle 16 Ministerpräsidenten gesagt, wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie diesen Punkt auf die Tagesordnung bringt. Das scheint mir nicht streitig zu sein. Wir erwarten, dass es substantielle Sicherheiten dafür gibt, dass die Europäische Kommission einen erheblichen Eigenrang entwickelt. Herr Prodi hat dieser Tage gesagt: Wir müssen das Prinzip der Subsidiarität überprüfen, für mich sind die Nationalstaaten und die darunter liegenden Institutionen in Zukunft nur noch Verwaltungsorgane.

Das muss man sich in aller Ruhe anhören. Ich halte es für legitim, dass die Europäische Kommission das denkt. Aber ich halte es für genauso legitim, dass wir als Länder - und das meine ich so, wie ich es sage - die verfassungsrechtlichen Waffen nutzen, um diesen Prozess zu einem Zeitpunkt zu stoppen, zu dem er noch reversibel ist. Wenn die institutionellen Verträge geschlossen sind und es um die EU-Aufnahme im Einzelfall geht, werden wir doch nicht die Aufnahme von Polen mit dem Argument verhindern, das störe unsere föderalen Strukturen. Das ist doch nicht vernünftig. Wenn es aber um die Frage geht, wie die institutionelle Situation Europas aussehen muss, damit wir aufnehmen können, dann muss das übrige Europa wissen, dass es in der Bundesrepublik Deutschland eine Verfassungsgeschichte gibt, in der die Länder zuerst da waren, sie gemeinsam den Bund gegründet haben und somit unveräußerliche Rechte haben, die sie im Interesse der Menschen nicht bereit sind, in Europa aufgehen zu lassen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deshalb sage ich klar: Meine derzeitige Einschätzung ist, es muss substantiellen Veränderungen geben. Wie die aussehen und wo die Kompromisslinien liegen, darüber müssen wir sehr intensiv reden; wo die Schmerzlinie ist, darauf werde ich mich nie festlegen.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht nur wegen der Landesbank!)

Aber ich sage, bisher hat es die Bundesregierung nicht einmal geschafft, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen.

(Zuruf der Ministerin Ruth Wagner)

Sie hat es versucht, aber sie hat es nicht einmal geschafft, das auf die Tagesordnung zu setzen. Deshalb ist das nicht nur ein Signal an die deutsche Bundesregierung, sondern insbesondere eines an unsere europäischen Partnerländer. Die Zustimmung der Bundesregierung im Europäischen Rat ist nichts wert, wenn sie bei institutionellen Reformen nicht auch die Zustimmung der Mehrheit der Länder erlangt. Das muss jedermann wissen. Die Zustimmung der Länder wird nicht erlangt werden, wenn die Gefahr besteht, dass dadurch die Parlamente vollständig sinnlos werden und wir nur noch Abwicklungsorgane für europäische Richtlinien sind.

Deshalb muss jeder wissen, dass Art. 23a Grundgesetz in diesem Herbst - und nicht irgendwann - eine entscheidende Weichenstellung für die Zukunft des Föderalismus in Deutschland und für die Zukunft der Subsidiarität in Europa ist.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Ich sage Ihnen, bei dieser Frage wird die Hessische Landesregierung zu denjenigen gehören, die notfalls auch in heftigem internationalen Konflikt wollen, dass der Föderalismus in Deutschland auch in Zukunft seine Chance hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bleibe dabei, wir haben eine Bilanz von zwölf Monaten Arbeit vorgelegt, die bei den Dingen, die diese Landesregierung für dieses Land zu gestalten hatte, sehr nah bei dem ist, was wir den Wählerinnen und Wählern versprochen hatten. Deswegen sind wir damit sehr zufrieden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren von der verehrten Opposition, Ihnen will ich auch eines sagen. Sie wollen jetzt möglichst schnell wieder kämpfen können. Ich finde es erstaunlich, dass Sie in den letzten zwölf Monaten den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes nicht in einem einzigen Punkt ein Signal gegeben haben, dass es sein könnte, dass Sie über etwas nachdenken müssten - nach dem Verlust Ihrer Wahl.

(Beifall des Abg. Michael Boddenberg (CDU) - Zurufe von der SPD)

Wäre es nicht vielleicht wenigstens denkbar gewesen, dass Sie den hessischen Lehrern, Eltern und Schülern gesagt hätten: Ja, in der Bildungspolitik haben wir uns geirrt, es geht auch anders, es geht auch besser.

(Fortgesetzte Zurufe von der SPD)

Aber diese Uneinsichtigkeit in der Sache ist einer der Garantien für die Zustimmung zu dieser Regierung, auch in schwieriger Zeit.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Auf dieser Basis, dass die Wählerinnen und Wähler dieses Landes wissen,

(Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

dass es ihnen nützt - in der Schule, in der inneren Sicherheit, in der Wirtschaft und in vielen anderen Bereichen -, dass diese Regierung mit dieser Mehrheit im Amt ist,

(Manfred Schaub (SPD): So eine hilflose Person mit platten Sprüchen!)

können wir auch in Zukunft arbeiten, und auf die können wir setzen. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Kollege Clauss, Vorsitzender der SPD-Fraktion. - Sie können, wenn Sie wollen, eine zusätzliche Redezeit von 21 Minuten in Anspruch nehmen.

(Clemens Reif (CDU): Das ist aber schade, dass Bökel nicht redet! Ich hätte jetzt den Bökel erwartet! - Gegenrufe von der SPD)

Armin Clauss (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land haben sich in den letzten zwölf Monaten an manches gewöhnen müssen. Der Hessische Landtag wird sich daran gewöhnen müssen, dass - bevor er eine Debatte führt und er das Zentrum der politischen Auseinandersetzung wird - die Regierung Koch/Wagner zwei Tage vorher oder sogar am gleichen Tag, an dem die Debatte stattfindet, eine Pressekonferenz abhält und wir als Opposition dann die Gelegenheit haben, darauf zu reagieren, während das, was im Landtag abläuft, nur noch der Nachklapp ist.

(Petra Fuhrmann (SPD): Unglaublich!)

Herr Ministerpräsident, dies ist am Montag im Hinblick auf das Thema geschehen, das wir heute behandeln. Dies ist gestern durch den Innenminister im Hinblick auf das Ballungsraumgesetz geschehen - eine Stillfrage, die ich jetzt nicht weiter kommentieren möchte.

Aber das hat auch einen Vorteil. Die Pressekommentatoren haben die Regierungspressekonferenz vom Montag wie folgt überschrieben: "Ministerpräsident wirkt müde und abgekämpft".

(Beifall und Zurufe von der SPD)

Ihre heutige Rede kann ich mir nur so erklären, dass Ihr Obereinpeitscher Metz gemerkt hat, dass da etwas aus der Spur läuft, und gesagt hat,

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

die Parole lautet heute: kämpferische Rede. - Herr Ministerpräsident, das ist Ihnen gelungen.

(Zurufe und demonstrativer Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Aber lassen Sie mich ganz offen sagen: gelungen in einem Maße, dass es für einen Ministerpräsidenten, der über eine Jahresbilanz redet, schlicht unwürdig ist.

(Beifall bei der SPD)

Diese Art und Weise der kämpferischen Rede, die Sie heute hier gehalten haben, können Sie im Bierzelt oder auf einem Parteitag Ihres Kampfverbandes anwenden, aber nicht im Hessischen Landtag, wenn es darum geht, über eine solide Bilanz zu berichten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, dass Sie gesagt haben, Sie möchten nur einen Ausblick für zwölf Monate geben, das ist allerdings eine sehr realistische Einschätzung. Wir gehen nämlich nach wie vor davon aus, dass die verfassungsgemäßen Organe in unserem Lande funktionieren. Wir werden sehen, ob wir in zwölf Monaten erneut eine Zwischenbilanz von Ihnen bekommen.

Was aber nachgerade unerträglich ist, Herr Ministerpräsident, ist, dass Sie anderen Leuten ideologische Tiraden vorwerfen und sich hier als Oberideologe gebärden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, deswegen will ich das, was Sie heute hier vorgetragen haben, an dem messen, was die Ausgangslage war. Sie haben in Ihrer Koalitionsvereinbarung für die 15. Wahlperiode des Hessischen Landtags den Titel erfunden "Chancen nutzen - Zukunft gewinnen". Herr Ministerpräsident, Sie und Ihre Regierung sowie die beiden die Regierung tragenden Koalitionsfraktionen haben in dem zurückliegenden Jahr weder die Chance genutzt, noch gar ein Stück Zukunft für unser Hessenland gewonnen. - ganz im Gegenteil.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr erstes Regierungsjahr war überschattet von dem Titel: "Pannen und Pleiten". Der Höhepunkt war der Finanz- und Spendenskandal, der unser Land seit fünf Monaten beschäftigt - Sie verdrängen schon, dass es bereits seit fünf Monaten der Fall war - und der im Grunde genommen die Bürgerinnen und Bürger draußen bis zum heutigen Tage empört und bewegt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist schon ein erstaunlicher Vorgang, Herr Ministerpräsident, dass Sie in Ihrer Pressekonferenz am Montag und auch heute wieder versucht haben, dieses Thema schlicht auszublenden. Deswegen sage ich ganz offen, Herr Ministerpräsident: Sie haben vor zwölf Monaten den Amtseid auf die Verfassung geleistet, Schaden vom Land abzuwenden. Sie haben des Weiteren den Eid geleistet, sich an Verfassung und Gesetze zu halten.

Lassen sie mich ganz offen sagen: Das, was Sie in den letzten zwölf Monaten getan haben, ist genau das Gegenteil.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben nicht nur als Parteivorsitzender Ihrer Partei, sondern auch als Ministerpräsident unserem Land Hessen unendlich geschadet.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben eine Rufschädigung betrieben, wie er noch keiner Regierung gelungen ist.

Ich war vor ein paar Tagen wieder in meiner alten Heimat in Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Da kommen sogar CDU-Mitglieder und F.D.P.-Freunde - Wein zu holen lohnt sich immer, Herr Kollege - auf einen zu und fragen: Was ist eigentlich in eurem Lande los, in einem Land, das den Ruf genossen hat, ein weltoffenes, ein liberales, ein wirtschaftlich starkes und fortschrittliches Land zu sein, dass seit Monaten über euer Land nichts anderes als Skandalmeldungen und Schlagzeilen kommen, für die man sich in der Tat nur schämen muss?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, ich habe Ihnen zu Beginn Ihrer Oppositionszeit gesagt, dass Sie in den zurückliegenden acht Jahren nicht nur einen Oppositionsstil praktiziert haben, der Sie jetzt einholt, sondern mit diesem Oppositionsstil und in

der Form, wie Sie Opposition betrieben haben, nicht in der Lage waren, ein landespolitisches Konzept zu entwickeln. Ich habe Ihnen auch damals entgegengehalten, dass Ihre abgeschlossene Koalitionsvereinbarung nichts anderes als ein unverbindlicher Warenkatalog ist. An dieser Feststellung hat sich leider - auch im Hinblick auf Ihre zwölfmonatige Regierungszeit - nichts geändert. Ganz im Gegenteil, es hat sich leider bestätigt.

In der Zwischenzeit wissen wir - das ist das Thema, das die Bürgerinnen und Bürger draußen bewegt -, dass Sie nicht nur mit einem schmutzigen Thema Wahlkampf geführt haben, sondern auch mit schmutzigem Geld, bei dem bis heute nicht aufgeklärt ist, aus welchen dubiosen Kanälen dieses Geld gekommen ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie haben damals billigend in Kauf genommen, dass rassistische Vorurteile, dass ausländerfeindliche und antisemitische Ressentiments geschürt werden.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Aber, Herr Kollege Irmer, der Höhepunkt dessen, was wir in der Zwischenzeit wissen, ist, dass Ihre Parteifreunde nicht einmal davor zurückgeschreckt sind, jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger hineinzuziehen, um eure Geldwäschanlage zu betreiben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie haben Ängste mobilisiert, Sie haben Fremdenfeindlichkeit geschürt. In der Zwischenzeit wissen wir auch, dass Sie das bis zum heutigen Tage tun, wenn ich mir Ihre jüngsten Äußerungen im Hinblick auf den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen vor Augen führe.

Wir wissen - das ist für mich das Erschreckendste vor dem Hintergrund dessen, was die CDU zurzeit auf der Bundesebene aufarbeitet -, dass Sie, Herr Ministerpräsident, diese Kampagne nur führen konnten, weil es sich bei der hessischen CDU nicht um eine demokratische Partei handelt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Nach Ihren eigenen Aussagen - das beweisen Sie immer wieder - heißt es, Sie seien ein Kampfverband und eine Kampfgemeinschaft. Das wollen Sie immer wieder beweisen.

Ja, Sie haben es bewiesen, dass Sie nicht nur ein Kampfverband und eine Kampfgemeinschaft sind, sondern dass Sie, Herr Kollege, nach den eigenen Worten Ihres Parteivorsitzenden in dieser Kampfgemeinschaft auch ein geheimbündlerisches System von Finanzierung haben - ein geheimbündlerisches System von Finanzierung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann Ihnen ganz offen sagen: Ein solches System haben wir bisher nur von der Mafia gekannt.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Herr Ministerpräsident, im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht allerdings, dass wir demokratische Parteien haben, die sich am Willensbildungsprozess beteiligen und keine Kampfgemeinschaften und keine Kampfverbände sind. Im Grundgesetz der Bundesrepublik

Deutschland und im Parteiengesetz steht, dass wir Transparenz haben müssen im Hinblick auf die Finanzen und dass die Finanzen entsprechend offen gelegt und transparent dargestellt werden müssen. Gemessen am Grundgesetz und gemessen am Parteiengesetz kann ich Ihnen sagen: Die hessische CDU hat sehr viel Nachholbedarf, um den Prozess nachzuvollziehen, den jetzt die Bundes-CDU nachvollzieht, nämlich eine demokratische Partei zu sein, mit der man sich auch mit demokratischen Mitteln auseinander setzen kann.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

- Also hören Sie einmal zu: Sie sind eine der Kleinausgaben, die auch die Demokratie zu stören versucht. Sonst würden Sie nicht so einen läppischen Zwischenruf machen, Herr Kollege. Das will ich Ihnen in dem Zusammenhang nur sagen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe Ihnen damals gesagt: Wer einen schmutzigen Wahlkampf führt, mit schmutzigem Geld, auf dessen Regierung wird am Ende kein Segen liegen. - Dass sich das nach einem Jahr in dieser Weise bestätigt hat, das hätte ich mir in meinen kühnsten Träumen nicht vorstellen können.

Frau Wagner hat es gar nicht nötig, bei der Debatte anwesend zu sein. Die Präsenz der CDU zeigt das ebenfalls. Aber das ist ein ganz anderes Thema.

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU) - Gegenruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Herr Ministerpräsident, ich hatte damals die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass es Ihrem Koalitionspartner gelingen möge, den von der CDU eingeschlagenen Weg nach rechts zu stoppen und dass die F.D.P. die CDU wenigstens als demokratischen Kampfverband zur Raison bringen kann und ein bisschen Vernunft einkehrt. Leider habe ich mich auch in diesem Punkt grübelnd getäuscht.

Die F.D.P. hat den von Ihnen eingeschlagenen Rechtsruck mit vollzogen. Vieles, was wir gerade in den letzten Wochen und im Hinblick auf die Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien erlebt haben, erinnert an die unselige Tradition der deutschen Rechten in unserem Jahrhundert

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- ich wiederhole: an die unselige Tradition der Rechten in diesem Jahrhundert -, wenn Sie dabei sind, auch noch anzudrohen, dass die Regierung ihrerseits mit einem anderen Verfassungsorgan, dem Wahlprüfungsgericht, entsprechend umgeht, so, wie sie damit umgeht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bisher war die CDU-Krise zur Demokratiekrise geworden. Was Sie hier im Hessenland praktizieren, ist, dass Sie die Staatskrise heraufbeschwören. Das ist das Verhängnisvolle in diesem Zusammenhang.

(Beifall bei der SPD)

Den Ruf, den die F.D.P. einmal als Rechtsstaatspartei genoss, haben Sie nicht nur mit Füßen getreten, sondern Sie haben mit Ihrem Verhalten dazu beigetragen, dass der Parteifinanzierungs- und -spendenskandal Ihres Koalitionspartners CDU der Demokratie schadet und diese Krise heraufbeschworen hat.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das ist unsachlich und eines Rechtsstaats unwürdig! - Zurufe von der SPD dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe Ihnen gesagt - Sie sind ein Vertreter davon -, dass Sie Ihre Partei in einen Rechtsruck getrieben haben, dass ich mich schämen muss, dass die F.D.P. nicht mehr die rechtsstaatlichen Grundsätze vertritt, wie das in der Tradition dieser Partei war. Damit müssen Sie sich auseinander setzen, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, es waren Sozialdemokraten, die das Land Hessen in seiner über 50-jährigen Geschichte weitgehend geprägt haben. Wir Sozialdemokraten sind stolz darauf, dass Hessen im Herzen Deutschlands und Europas zu einem Land entwickelt wurde, in dem Weltoffenheit und Toleranz mit sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Vernunft und wirtschaftlicher Stärke verbunden sind.

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Land im zurückliegenden Jahr nicht weiter vorangebracht, sondern in einer Art und Weise den Ruf des Landes geschädigt, wie das keine Regierung zuvor getan hat.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Ihre Regierung hat - Herr Kollege Hahn, das haben Sie billigend mit in Kauf genommen, um das noch einmal zu sagen - die politische Moral in Deutschland auf den Nullpunkt gebracht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich ganz offen sagen: Niemand hätte sich vorstellen können, dass ein Ministerpräsident, von den Medien, von seiner eigenen Stellvertreterin als Lügner gebrandmarkt, in dieser Unverfrorenheit weiter regiert und heute in der Form auftritt, wie er dies getan hat.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, der Begriff der politischen Verantwortung ist durch Ihre Handlungsweise in die Bedeutungslosigkeit abgestürzt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Frank Lortz (CDU): Haben Sie auch etwas zur Sache zu sagen?)

Jeder redliche Politiker

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Wie Herr Rau!)

vor Koch hätte die Verantwortung dafür übernommen, wenn auch ohne sein Wissen Millionensummen aus schwarzen Kassen transferiert worden wären.

(Zurufe von der SPD: Richtig!)

Politische Verantwortung heißt nämlich, für seine Organisation die Verantwortung zu übernehmen, auch wenn man sich nicht rechtzeitig um die Probleme gekümmert hat, ja sogar, wenn man sich hintergehen ließ. Das heißt politische Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, jeder redliche Politiker hätte vor Koch die politische Verantwortung dafür übernommen, wenn der engste Mitarbeiter mitten im vermeintlichen Auf-

klärungsprozess vorsätzlich Schwarzgeld falsch verbucht und einen Rechenschaftsbericht fälscht.

(Gerhard Bökel (SPD): Und Spendenquittungen ausstellt!)

Dieser politischen Verantwortung kann man sich nicht durch eine Entlassung des betroffenen Mitarbeiters entziehen, sondern man muss selbst die Konsequenz daraus ziehen, wenn man politische Verantwortung tragen will.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jeder redliche Politiker hätte vor Koch die Verantwortung für eigenes Fehlverhalten übernommen, für die Fälschung eines Rechenschaftsberichts, für die Erfindung eines Darlehens zum Zweck, den Bundestagspräsidenten zu betrügen, für wochenlanges systematisches Lügen gegenüber der Öffentlichkeit, dem Parlament, der eigenen Partei und auch dem Koalitionspartner.

Meine Damen und Herren, wenn jeder redliche Politiker so gehandelt hätte, wird im Umkehrschluss deutlich, dass Sie, Herr Ministerpräsident Koch, kein redlicher Politiker sind.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in den Fragen der politischen Verantwortung in den letzten Monaten in der Tat einen Zeitenwechsel erlebt. Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, hier sagen, in hessischen Schulen müssten wieder Werte vermittelt werden,

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist wirklich unglaublich!)

dann kann ich vor dem Hintergrund Ihrer Biografie der letzten fünf Monate nur sagen: Dies kann man nur noch als Zynismus bezeichnen und mit Hohn und Spott zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Hinblick auf das Thema politische Verantwortung und politische Moral wird man künftig unterscheiden müssen zwischen der Zeit vor Koch und der Zeit nach Koch.

(Karl-Heinz Dörrie (SPD): Der Ministerpräsident nimmt überhaupt nicht mehr teil an der Debatte! Das geht doch nicht!)

- Das ist eine Stilfrage. Die kann er selbst entsprechend beantworten.

(Barbara Bergelt (SPD): Der Minister der Staatskanzlei fehlt auch!)

Wenn die CDU auf der Suche nach dem kleinsten Nenner zu dem Ergebnis kommt, dass ein Politiker alles aussitzen kann, solange es strafrechtlich nicht verfolgt wird, dann erleben wir eine Erosion unserer Grundwerte und einen Vertrauensverlust in der Bevölkerung, der die CDU-Krise in der Tat zur Staatskrise werden lässt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Horst Klee (CDU): Quatsch!)

Meine Damen und Herren, es ist eine Schande für unser Hessenland, an der Spitze der Regierung einen Ministerpräsidenten zu haben,

(Frank Lortz (CDU): Jetzt langt es aber!)

der nach wie vor ungestraft in der Öffentlichkeit als Fälscher, Betrüger und Lügner bezeichnet werden kann. Das ist eine Schande für unser Land.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen an wenigen Politikbereichen verdeutlichen, dass die einjährige Regierungsbilanz unser Land nicht vorangebracht hat. Ich will mit der Sozialpolitik beginnen. Herr Ministerpräsident, es ist ein bedrückender Vorgang, nicht nur dass Sie sich dieser Debatte entziehen, sondern mit welcher Naivität und Unfähigkeit sich Ihre Sozialministerin der Sozialpolitik widmet. Das, was ich in meiner Antwort auf Ihre Regierungserklärung bereits angekündigt habe --

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Typisch chauvihaftes Verhalten von Armin Clauss! - Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Ausgerechnet Herr Hahn!)

- Herr Kollege, ausgerechnet Sie reden über chauvihaftes Verhalten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich rede gerade über Fähigkeiten und Unfähigkeiten und über den Stellenwert der Sozialpolitik in Hessen. Da müssen Sie sich ein bisschen an der Nase packen; denn dass die Weichen in der Sozial- und Gesundheitspolitik so gestellt wurden, ist nicht zuletzt Ihrem Einfluss in der Koalition zu verdanken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Darauf sind wir auch sehr stolz!)

Ich habe Ihnen bereits bei der Antwort auf die Regierungserklärung angekündigt, dass ich befürchte, dass dies in der Sozialpolitik eintreten wird. Ihre Regierung und die sie tragenden Parteien betreiben eine Politik, in der die Sozialpolitik zur Restgröße verkommen ist. Die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren stolz darauf, dass es trotz schwierigster Haushaltslage in der zurückliegenden Legislaturperiode gelungen war, die beiden Sozialhaushalte unter Schutz zu stellen. Das Sozialbudget war eine wichtige Voraussetzung dafür, dass in einem schwierigen Prozess der Umstrukturierung auch der Verbände und Organisationen, insbesondere der Verbände der Liga, die Eckwerte, die Sicherheit für eine engere Zeitperspektive vorhanden waren, damit auch diese Verbände und Organisationen diesen mühseligen Umstrukturierungsprozess vornehmen können.

Der Sozialhaushalt ist in der Zwischenzeit zum Steinbruch geworden. Herr Ministerpräsident, an dieser Stelle möchte ich gerne auf den Punkt eingehen, den Sie hier zum Haushalt vorgetragen haben. Sie müssen sich schon entscheiden. In Ihrer einjährigen Bilanz haben Sie die alte Regierung Eichel kritisiert, dass sie zu wenig Mittel im Straßenbau ausgegeben habe, zu wenig für Hochschulen, zu wenig für Universitäten insgesamt, zu wenig für den Forschungsbereich, zu wenig für die Schulen. Gleichzeitig haben Sie gesagt, sie habe noch nicht einmal einen verfassungskonformen Haushalt hinbekommen. Ja, was nun?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entweder verstehen Sie die Zusammenhänge nicht, oder Sie sagen auch hier die Unwahrheit und reden falsches Zeugnis.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn Tatsache ist, dass die Länderhaushalte und insbesondere die Haushalte der Kommunen nicht mehr handelbar

waren, weil nach 16 Jahren Regierung Kohl die Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik so waren, dass wir alle finanzwirtschaftlich am Ende waren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Tatsache, dass jetzt nicht nur der Finanzminister in der Lage ist, einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen, sondern wieder Spielraum für Landespolitik da ist, ist schlicht darauf zurückzuführen, dass sich die Rahmenbedingungen der Politik und der Finanzwirtschaft auf Bundesebene positiv verändert haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Sozialhaushalt ist zum Steinbruch geworden - das war das Stichwort. Es ist eine Tragik für die hessische Tradition der Sozial- und Gesundheitspolitik, dass sie zurzeit, wie ich bereits gesagt habe, von einer unfähigen Ministerin betrieben wird, die offensichtlich zu schwach ist, sich im Kampf mit dem Finanzminister - das war immer die Position von Sozialministern - entsprechend durchzusetzen. Für eine ausgleichende Politik in einem Lande kann man aber erwarten, dass der Ministerpräsident das zu seinem Thema macht und den Ausgleich vornimmt. Nur, in das Weltbild von Ministerpräsident Koch - ich weiß, warum er sich der Debatte entzieht, er hält es nicht aus, er kann es nicht hören - passt die soziale Komponente seiner marktwirtschaftlichen Vorstellungen nicht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hat er in den letzten zwölf Monaten bewiesen. Deswegen ist er auch nicht in der Lage, diesen Ausgleich vorzunehmen.

(Norbert Kartmann (CDU): Man muss sich diese Rede nicht unbedingt antun! Das ist ein Tiefpunkt in unserem Hause! - Gegenrufe von der SPD)

- Herr Kollege, wenn Sie sich diese Rede nicht antun wollen, dann ist das Ihr Problem. Aber Sie müssen sich schon die bittere Wahrheit hessischer Landespolitik nach zwölf Monaten der Regierung Koch/Wagner anhören; denn das ist die Realität in unserem Lande.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine solidarische und demokratische Gesellschaft wird nicht zuletzt auch daran gemessen, wie sie mit den Schwächeren und mit Minderheiten in unserer Gesellschaft umgeht. Lassen Sie mich offen sagen, Herr Ministerpräsident, es ist ein zynischer Vorgang, dass Sie hier mit Ihrer Jahresbilanz vor das Parlament treten und sagen: Einige Arbeitsgruppen des Sozialministeriums, die sich um Randgruppenprobleme gekümmert haben, mussten wir wegschneiden, weil wir in das Zentrum des Problems gekommen sind. - Wissen Sie, wer so mit Randgruppen umgeht, der hat verbogene demokratische und soziale Vorstellungen von einer solidarischen Gesellschaft.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn wir müssen uns in einem reichen Land daran messen lassen, wie wir mit Randgruppen umgehen und ob die Schwächeren, die sich nicht selbst helfen können, mit Hilfe der Sozial- und Gesellschaftspolitik die Chance haben, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

men. Das ist der grundgesetzliche Auftrag - und nicht der von Ihnen hier vorgetragene Zynismus.

(Beifall bei der SPD - Frank Lortz (CDU): Wir schreiten Seit an Seit!)

Nach einem Jahr Regierung Koch/Wagner ist mehr als erkennbar, dass diesen Gruppen die Chancen beschnitten wurden. Dies passt in der Tat in das konservative Weltbild, das unser Kollege Ministerpräsident, Koch, heute hier wieder vorgetragen hat. Deswegen will ich ein paar Bemerkungen zur Integrationspolitik machen. Kurz vor Toresschluss, nachdem Ihnen Herr Metz gesagt hat: "Wir müssen eine Pressekonferenz über zwölf Monate Regierung machen", haben Sie erkannt, dass im Hinblick auf die große, vollmundige Ankündigung, ein Integrationskonzept zu erarbeiten, null auf dem Tisch lag.

(Petra Fuhrmann (SPD) und Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Dann haben Sie ein Papier zusammenschustern lassen - lassen Sie es mich ganz offen sagen -, das jeder durchschnittlich begabte Ministerialrat in drei Stunden herunterdiktieren kann. Es ist ein übles Pamphlet. Es hat mit einem Integrationskonzept nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, da bekomme ich von Ihnen, drei Tage bevor Sie den Integrationsbeirat einladen,

(Manfred Schaub (SPD): Die weiß doch gar nicht, was drin steht!)

einen relativ naiven Anruf, ob ich selbst bereit wäre, mit beratender Stimme darin mitzuwirken. Ich habe Sie gefragt: Was ist das Integrationskonzept? Wie soll sich der Beirat zusammensetzen? - Sie waren zu einer Antwort überhaupt nicht in der Lage. Deswegen ist das, was Sie auf diesem Gebiet geliefert haben, nichts anderes als Show, weil Sie nämlich kein Konzept haben, wie man mit einer modernen Integrationspolitik umgeht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleichzeitig haben Sie en passant den Ausländerbeirat abgeschafft, der übrigens gesetzlich normiert ist. Sie haben sich ungesetzlich benommen. Das kann man machen, wenn man ein Gesetz eingebracht hat und darüber diskutiert. Dem Landtag aber über eine Pressekonferenz mitzuteilen: "Wir haben damit auch die Rechte des Ausländerbeirates abgeschafft", zeigt, welch rechtsstaatliches Verständnis Sie auch in diesem Punkt haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Deswegen sage ich Ihnen: Bei dem Thema Ausländerpolitik

(Frank Lortz (CDU): Schlimm! - Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

- das ist schlimm, in der Tat; da ist Ihr Zwischenruf richtig - haben Sie nach wie vor eine Position, die von vorgestern ist und nicht einer modernen, sich entwickelnden und weltoffenen Gesellschaft in Europa entspricht, auch vor dem Hintergrund der durch die globalen Herausforderungen notwendigen Integrations- und Ausländerpolitik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können mit dem Gegenstand auch nicht sachgerecht umgehen, weil es in Ihrer eigenen Koalition sehr große Differenzen gibt. Ich halte das, was der Kollege Posch zu dem Thema gesagt hat, für sehr diskussionswürdig. Es gibt erfreulicherweise in der F.D.P. auch noch einige, mit denen man darüber reden kann. Wissen Sie, was zurzeit notwendig ist? - Dass wir mit der Lebenslüge aufhören, die 16 Jahre lang in der Regierung Kohl im Mittelpunkt stand, nämlich dass die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland sei. Sie ist es längst geworden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen dazu ein Instrumentarium. Wir müssen mit dem Gegenstand differenziert umgehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Herr Kollege, Ihr Justizminister hat en passant in einem Interview in der "Zeitung am Sonntag" gesagt: "Dann wollen wir gleichzeitig das Asylrecht abschaffen." - Das zeigt, welch Geistes Kind Sie sind. Dieses Asylrecht ist ein Individualrecht, und wir sind stolz darauf,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nicht zuletzt weil es vor dem Hintergrund zwölfjähriger faschistischer bitterer Erfahrung zustande gekommen ist.

(Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Ich will in diesem Zusammenhang an meinen Freund Heinz Karry erinnern, der sich dieses Themas aufgrund seines eigenen Schicksals immer wieder angenommen hat. Sie werden zu dem Thema keine einheitliche politische Willensbildung hinbekommen, weil Sie solch große Differenzen in den eigenen Reihen haben.

(Heinrich Heidel (F.D.P.): Warten wir es doch einmal ab!)

Es wird weiter nur mit Schlagworten über die eigentliche Problematik hinweggetäuscht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Beifall! Ein bisschen schlaff!)

Herr Ministerpräsident, ich halte es auch für einen problematischen Vorgang, wie Sie jetzt die Aktion von Herrn Rüttgers im Wahlkampf von Nordrhein-Westfalen unterstützen.

(Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Sie spekulieren nämlich darauf, dass genauso, wie Sie mit einem schmutzigen Thema und schmutzigem Geld gewonnen haben, auch Herr Rüttgers mit diesem Thema gewinnen könnte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Günter Becker (Gießen) (SPD): Das Vorbild! - Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Die Qualität der Auseinandersetzung unterscheidet sich allerdings ein bisschen. Es gibt in der Zwischenzeit viel mehr Personen, die mahndend ihre Stimmen erheben. Lassen Sie mich ganz offen sagen: Ich bin den Repräsentanten der deutschen Wirtschaft dankbar - sie machen das nicht ganz uneigennützig, sie haben die Interessenlage dahinter, dass sie nämlich diese Fachkräfte auch bekommen; das ist eine etwas andere Fragestellung als damals beim Wahlkampf Koch vor einem Jahr; deswegen muss man da auch sehr differenzieren -, dass sie in der Zwischenzeit erkannt ha-

ben, dass man mit diesen überkommenen Strukturen und Positionen der CDU/CSU keine fortschrittliche Politik im Sinne eines Integrationskonzeptes, aber auch nicht im Sinne einer fortschrittlichen, weltweit offenen Wirtschaftspolitik, betreiben kann.

(Beifall des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Heinrich Heidel (F.D.P.): Oh!)

Es ist ein interessanter Vorgang, dass sich bisher nur die Repräsentanten der Wirtschaft auf Bundesebene geregt haben.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Ich hätte mir gewünscht, dass sich in diesen Tagen die VhU, Herr Prof. Weidemann und die Kammern zu diesem Thema äußern.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ja!)

Wo bleibt denn der Aufschrei der hessischen Kammern,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

nachdem Herr Merz, der neue Fraktionsvorsitzende der CDU in Berlin, verkündet hat: Wenn ihr nicht so spurt, wie wir wollen, dann müssen wir eben die Zwangsmitgliedschaft infrage stellen. - Stellen Sie sich vor, was in diesem Lande los wäre, wenn ich das gesagt hätte.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen kann ich den Repräsentanten der hessischen Wirtschaft nur den Rat geben: Setzen Sie nicht weiterhin auf den falschen Gaul, Roland Koch,

(Horst Klee (CDU): Haha!)

sondern setzen Sie auf eine Politik, wie sie Rot-Grün zurzeit im Bundesgebiet praktiziert.

(Norbert Kartmann (CDU): Armin Clauss als Zukunftsträger!)

Es ist auch unser Ehrgeiz, dass es im Hessenland bald wieder eine solch fortschrittliche Politik gibt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach 16 Jahren Regierung Kohl hat diese Regierung neben einem riesigen Berg - -

(Norbert Kartmann (CDU): Der Zukunftsträger Armin Clauss! - Manfred Schaub (SPD): Herr Kartmann! - Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

- Also, Herr Kollege Kartmann, nach 30 jähriger Zugehörigkeit zum Landtag

(Norbert Kartmann (CDU): Das ist Ihr Problem!)

kann ich damit leben. Das ist eine Frage des Lebensalters. Aber Sie sind schon nach einem Jahr ein Auslaufmodell. Da müssen Sie nur einmal in Ihre eigenen Reihen hineinschauen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Deswegen: Ein älterer Herr in meinem Alter fühlt sich dadurch geehrt, weil die Leute erkennen, er kämpft noch. Irgendwann geht es einmal zu Ende. Das ist schlicht ein Vorgang, der durch das Lebensalter bedingt ist. Aber dass Sie nach einem Jahr in Ihrer Funktion schon am Ende sind, das

hätte sich keiner träumen lassen. Insoweit können wir das Thema abhaken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Norbert Kartmann (CDU): Vielen Dank für die Befassung mit mir!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weil ich gerade beim Stichwort Wirtschaft war - das kann ich mir an der Stelle nicht verkneifen, der Ministerpräsident entzieht sich ja der Debatte, aber vielleicht kann er es nachlesen -: Die Stichwörter Helaba und Sparkassen sind hier diskutiert worden.

(Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.) - Zurufe von der SPD)

Es ist doch wirklich der Gipfel der Heuchelei, was hier heute vorgetragen worden ist. Dieser Ministerpräsident beklagt, dass die hessischen Sparkassen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation die Notwendigkeit erkannt haben, 49% ihrer Anteile verkaufen zu müssen,

(Manfred Schaub (SPD): Ja!)

und dass dies dann gebremst wurde. Da haben viele mitgeholfen. Dann sagt er: Wir müssen den Standortfaktor Hessen fördern, und es kann nicht sein, dass Herr Stoiber und wer auch immer im Kreditausschuss sitzt und Einfluss auf Kredite nimmt, die uns dann vielleicht hier schaden können. - Ja, was ist denn da in den vier Jahren passiert, in denen Sie die Regierungsverantwortung hatten? Wer hat denn die Landesanteile der Helaba verkauft?

(Petra Fuhrmann (SPD): Verschleudert!)

Es waren doch Herr Kanther und Herr Wallmann. Sie, Herr Koch, haben damals schon mit die Verantwortung getragen, dass das hessische Tafelsilber veräußert wurde und dass das Land Hessen das einzige Land ist, das nicht an einer Landesbank beteiligt war.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es war damals Ernst Welteke, unser damaliger Fraktionsvorsitzender,

(Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

der heutige Bundesbankpräsident, der alles das, was Sie heute hier beklagt haben, vorausgesagt hat. Deswegen müssten Sie doch eingestehen, dass Sie sich in Ihrer eigenen Koalitionsvereinbarung geeinigt haben: Eine Rückkehr in die Landesbank findet nicht statt.

(Ministerpräsident Roland Koch betritt den Plenarsaal. - Lebhaftes Zurufe der Abg. Karl-Heinz Dörrie und Norbert Schmitt (SPD) - Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Posch hat das aufgebrochen und damit die Voraussetzungen geschaffen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Clauss, lassen Sie eine Frage Ihres Kollegen Schaub zu?

(Armin Clauss (SPD): Gern!)

- Herr Kollege Schaub.

Manfred Schaub (SPD):

Ich hatte soeben vor, den Ministerpräsidenten herbeizuzitieren, weil er - und das sind wir in der letzten Zeit ja leider

schon gewohnt - uns vorhin wieder mit falschen Angaben und Aussagen vorgespiegelt hat, er wolle für wenige Minuten hinausgehen.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

Das war wieder das idealtypische Beispiel dafür, dass er draußen sitzt und frühstückt und sich dieser Debatte entzieht.

(Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Schaub, ich habe Ihnen das Wort zu einer Zwischenfrage erteilt. Der Herr Ministerpräsident ist anwesend. Sie sollten die Zwischenfrage also nicht zu einem Statement ummünzen.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

Das Wort hat jetzt wieder Herr Kollege Clauss.

Armin Clauss (SPD):

Herr Kollege Schaub, Ihre Zwischenfrage hat sich erledigt. Der Ministerpräsident geruht, wieder im Landtag anwesend zu sein. Er gibt sich die Ehre einer Audienz, wie er das auch sonst macht.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Dörrie, für "arroganter Pinkel" rufe ich Sie zur Ordnung.

Armin Clauss (SPD):

Herr Präsident, sorgen Sie bitte dafür, dass der Ministerpräsident nicht weiter die Debatte stört, sondern seinen Sitz an der Regierungsbank einnimmt.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

Nach 16 Jahren Amtszeit hat die Regierung Kohl neben einem riesigen Berg angestauter Reformen eine Massenarbeitslosigkeit hinterlassen, die in der Geschichte unserer jungen Republik noch nie so hoch war. Die Massenarbeitslosigkeit ist nach wie vor das Grundübel unserer gesellschaftlichen Situation. Dass gegen die Arbeitslosigkeit etwas unternommen werden muss und dass gegen die Arbeitslosigkeit etwas unternommen werden kann, hat in der Zwischenzeit die Regierung Schröder gezeigt und bewiesen.

Das Bündnis für Arbeit, das auch Sie, Herr Ministerpräsident, in Ihren Reden bisher mit Hohn und Spott überschüttet haben, zeigt erste Wirkungen. Die Tarifvertragsparteien haben in der Zwischenzeit in den wichtigsten gewerblich-technischen Zweigen verantwortungsbewusst gehandelt und Tarifverträge abgeschlossen, die, auch im Hinblick auf ihre Laufzeiten, der Wirtschaft sichere Planungsdaten geben und den weiteren Aufschwung unserer Volkswirtschaft beflügeln können.

Hans Eichel hat mit seinem Steuerreformpaket, das von Ihnen, Herr Ministerpräsident, nach wie vor bekämpft wird, mit die Weichen gestellt, dass es in unserer Volkswirtschaft wieder aufwärts geht. Alle Sachverständigen und alle wirtschaftswissenschaftlichen Institute prognostizieren für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 2,5%, wenn es gut geht, sogar von 3,5%. Das ist mit die Voraussetzung dafür,

dass die Steuereinnahmen wieder sprudeln, die Sanierung des Bundeshaushalts und der Landeshaushalte weiter vorangetrieben werden kann und die notwendigen Mittel für die Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben auch in unserem Hessenland wieder zur Verfügung stehen.

Trotz dieser erfreulichen Rahmenbedingungen ist es dringend erforderlich, dass der Arbeitsmarkt auf allen Ebenen der Gesellschaft nicht aus dem Blickfeld gerät. Die von Ihnen, Herr Ministerpräsident, mit Hohn und Spott überzogene Gesetzgebung zur 630-DM-Problematik, die von Ihnen mit Hohn und Spott überzogene Gesetzgebung zur Scheinselbstständigkeit haben sich in der Zwischenzeit als wirksam herausgestellt. Wir haben wieder mehr Beschäftigte in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsformen.

(Beifall bei der SPD)

Der Prozess der Ausplünderung der Rentenkassen ist unterbrochen worden.

(Zurufe von der CDU)

Herr Ministerpräsident, wenn ich mir nun ansehe, was in den zwölf Monaten Ihrer Regierungszeit auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik geschehen ist, dann muss ich sagen: Sie haben sich schlicht und einfach abgemeldet.

(Beifall bei der SPD)

Die erfolgreichen Programme von Lothar Klemm und Barbara Stolterfoht zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, die erfolgreichen Programme, jungen Leuten eine Ausbildungs- und Arbeitsperspektive zu eröffnen, laufen aus, und es gibt keine Anschlussprogramme. Dass Sie jetzt das Kombilohnmodell als einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit heranziehen, ist schlicht eine Witznummer und sonst gar nichts.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sage ich Ihnen: Es ist zynisch und verantwortungslos, wenn Hessen, das nach wie vor das reichste und wirtschaftsstärkste der deutschen Länder ist, auf dem Gebiet der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Öffnung von Ausbildungsperspektiven für junge Leute nichts unternimmt. Aus diesem Grunde haben wir auf unserer Klausurtagung einen Antrag erarbeitet - wir haben ihn in den Landtag eingebracht, und es wird eine eigene Debatte dazu geben -, in dem es heißt, dass wir von Ihnen erwarten, dass wir aufgrund der wieder sprudelnden Steuereinnahmen mit der Vorlage des Haushalts 2001 ein Programm bekommen werden, das jungen Menschen, die zurzeit keinen Ausbildungsplatz und keine Möglichkeit haben, in unsere Gesellschaft über einen Arbeitsplatz eingegliedert zu werden, eine Perspektive eröffnen wird.

(Beifall bei der SPD)

Walter Riester hat auf diesem Gebiet Vorbildliches geleistet, und Sie können sich auch ein Beispiel an dem Zukunftsprogramm der Bundesregierung nehmen.

Herr Ministerpräsident, zu Beginn der Legislaturperiode haben Sie mit großen Tönen die Bürgergesellschaft gepriesen. Sie wollten Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte ausbauen, größere Beteiligungsrechte einräumen und Beteiligungsprozesse entbürokratisieren und demokratisieren - hehre Worte. Gemessen an Ihren Ansprüchen kann ich auch da nur sagen: nichts als Sprechblasen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Personalräte abgebaut. Sie haben die Beteiligungsrechte

insbesondere der Kommunen eingeschränkt und nicht in dem Maße ausgeweitet, wie Sie es angekündigt hatten. Sie brauchen sich nur einmal im Lande umzuhören. Alle Verbände und Organisationen beschwerten sich darüber, dass sie zuerst über Zeitungen oder andere Informationsquellen erfahren, was diese Regierung beabsichtigt, und dass Sie den Dialog, der früher einmal selbstverständlich war, nicht mehr organisieren.

(Beifall bei der SPD)

Das jüngste Beispiel hierfür ist das Gleichstellungsgesetz, das Sie bekämpfen. Als Oppositionsführer sind Sie den Weg der Gerichte gegangen. Vor wenigen Tagen haben wir beim Europäischen Gerichtshof erfreulicherweise die Bestätigung bekommen, dass das Gleichstellungsgesetz, das wir verabschiedet haben, verfassungskonform ist.

(Beifall bei der SPD)

Wie ist die Reaktion? Die Reaktion ist, dass Ihre Ministerin nichts anderes getan hat, als zu sagen: Wenn dies so ist, dann müssen wir das Gesetz eben novellieren und die über die Gerichte erkämpften Rechte der Frauenbeauftragten entsprechend reduzieren. - Das ist das, was Ihre Bürgergesellschaft ausmacht. Spätestens an dem Punkt erkennen die hessischen Frauen hoffentlich, dass mit dieser Regierung in der Frauenpolitik kein Staat zu machen ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein paar Bemerkungen zur Bildungspolitik. Ihre Bildungspolitik ist von rein quantitativen Überlegungen geprägt. Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen, die ich bereits angesprochen habe, war es Ihnen möglich, zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen. Das begrüßen wir.

(Norbert Kartmann (CDU): Ach ja!)

- Was heißt "ach ja"? Wenn Sie unser Programm gelesen hätten, dann wüssten Sie, dass wir im Falle höherer Einnahmen das Gleiche gemacht hätten.

(Lachen bei der CDU)

Es ist doch unglaublich, hier zu sagen: Es gibt keinen verfassungskonformen Haushalt, aber wir haben nicht mehr Geld ausgegeben. - Darauf kann ich wiederum nur sagen: Entweder verstehen Sie es nicht, oder Sie sind ignorant und wollen den Menschen die Unwahrheit sagen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Bei der Schulpolitik darf nicht darüber hinweggetäuscht werden, dass wir es mit einer rückwärts gewandten Ideologie zu tun haben. Herr Ministerpräsident, Sie sind stolz darauf, zweitjüngster Regierungschef eines Bundeslandes zu sein. Lassen Sie mich ganz offen sein: In der Schul- und in der Bildungspolitik machen Sie die älteste Politik, die man sich überhaupt nur vorstellen kann.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben uns Sozialdemokraten vorhin vorgeworfen, wir führten den Kampf des letzten Jahrhunderts. Wissen Sie, was Sie für einen Kampf führen? Sie hätten gern, dass die Schulstrukturen das Gesellschaftsmodell des letzten Jahrhunderts widerspiegeln. Die Unterschicht gehört nach Ihrer Auffassung in die Volksschule - nach dem Motto: "Hauptschule muss wieder Hauptschule werden", aber dabei denken Sie nicht an Ihre eigenen Kinder -, Mittelschule soll wieder Mittelschule sein, und die feine Gesellschaft

findet sich im Gymnasium wieder. Das ist Ihr Weltbild in der Schulpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Weltbild haben wir allerdings überwunden, weil bei uns nach wie vor "Fördern statt Auslesen" im Vordergrund steht.

Ein Wort zu Ihrem Umgang mit Minderheiten. Es ist ein bedrückender Vorgang, wie die Integration Behinderter im Bereich von Schulen und Kindergärten und die Integration der Kinder unserer ausländischen Arbeitnehmer von Ihnen mit Füßen getreten werden und Sie dann auch noch behaupten, Sie betrieben eine moderne Bildungspolitik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Sie mit der Novellierung des Schulgesetzes noch en passant die Elternrechte abgebaut haben, das wird im Hinblick auf Ihre famose Bürgergesellschaft deutlich. Dass Sie ein fortschrittliches Modell, nämlich das der Betreuung der Kinder in den Grundschulen, ad absurdum führen, oberflächlich hier so ein Waschmittelmodell einführen wollen, und dass Sie das, was pädagogisch die Voraussetzung dafür schaffte, dass die Kinder gefördert wurden, dass Eltern mit Kindern in Ruhe ihrer Arbeit nachgehen konnten, jetzt mit einem Federstrich abschaffen, das ist ein weiteres Beispiel der Ignoranz auf diesem Gebiet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU)

Dass Sie gleichzeitig Mittel für die Schulsozialarbeit zusammengestrichen haben, am Gymnasium so nebenbei die Arbeitslehre abschaffen, wo selbst die VhU Ihnen gesagt hat, es sei doch ein schlimmer Vorgang, dass noch nicht einmal die Gymnasiasten auch die Chance haben, ein bisschen in die Arbeitswelt hineinzuschauen und sich entsprechend vorzubereiten, will ich nur am Rande erwähnen. Dass Sie gleichzeitig in einem wichtigen Bereich, nämlich des lebenslangen Lernens, der Erwachsenenbildung, die Mittel um ein Drittel kürzen, das ist blanker Zynismus.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Sie von der Medienpädagogik keine Vorstellungen haben, das hat spätestens die Debatte um die Ratifizierung des Staatsvertrages vor wenigen Tagen erneut deutlich gemacht.

Ein paar Bemerkungen zur Hochschule und zur Forschung. Frau Kollegin Wagner, in einem Punkt haben Sie nach meinem Dafürhalten nicht sehr verantwortungsbewusst gehandelt, nämlich die Universitätskliniken nicht bereits zum 1. Januar dieses Jahres in die Freiheit zu lassen und ihnen keine eigene Rechtsform zu geben.

(Barbara Stolterfoht (SPD): So ist es!)

Die Universitätskliniken haben ein Jahr im Wettbewerb des veränderten Gesundheitsmarktes verloren, um sich entsprechend wettbewerbsgerecht zu positionieren.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch der Ministerin Ruth Wagner)

- Frau Kollegin, was regen Sie sich auf? Es war im Gesetzbuch, dass ab 1. Januar dieses Jahres die Universitätskliniken verselbstständigt sind. Das ist die Realität. Und Sie haben es wieder abgeschafft. - Ihr Hochschulgesetz ist wirklich ein bürokratischer Vorgang, wie man ihn sich

bürokratischer nicht vorstellen kann, wenn man die Hochschulen in die Autonomie, in den Wettbewerb der Universitäten im europäischen und Weltmaßstab entlassen will.

(Ministerin Ruth Wagner: Unsinn!)

Was auf dem Hochschulsektor positiv zu Buche schlägt, das ist im Hinblick auf die IK-Berufe auch wieder ein komischer Vorgang: Die Privatwirtschaft hat "Dieburg" abgeschafft. Wir haben die Dieburger Fachhochschule mit dem Schwerpunkt übernommen, der jetzt diskutiert wird. Das haben Sie nicht anders umsetzen müssen, als es von uns vertraglich vorher vereinbart war.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt für den Kulturvertrag in Frankfurt. Das gilt für die richtige Entscheidung, den Poelzig-Bau zu übernehmen. Und das gilt für die Tatsache, dass wir die alte Deutsche Bibliothek für Universitätszwecke erworben haben. Da ruhen Sie sich also ein bisschen auf den Lorbeeren der Regierung Eichel aus.

(Ministerin Ruth Wagner: Haha! - Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Wenn ich mir den Entwurf des Landesentwicklungsplanes ansehe, stelle ich fest: Hochschulen finden dort überhaupt nicht statt. Sie haben keine Perspektive über die Hochschulplanung unseres Landes, sondern Sie wursteln mit bürokratischen Strukturen vor sich hin, die das nicht schaffen, was für die Hochschulen zwingend notwendig ist.

Herr Ministerpräsident, lassen Sie mir ein paar Bemerkungen zu dem wichtigsten Bereich machen, der in den nächsten zwölf Monaten in der Landespolitik ansteht. Das ist der Ausbau des Frankfurter Flughafens. Sie sind am Rande auf das Thema eingegangen. Ich will in Erinnerung rufen, dass es Hans Eichel und die rot-grüne Regierung waren, die damals gesagt haben: Dies ist ein schwieriger Prozess, den wir dort gehen; wir wollen das in einem Mediationsverfahren machen.

Das haben Sie damals mit Hohn und Spott überzogen. Sie haben unterstellt, das würde nur eingerichtet, um Zeit zu schinden. In der Zwischenzeit schmückten Sie sich mit dem Ergebnis des Mediationsverfahrens. Ich bin stolz darauf, dass zum ersten Mal in der Bundesrepublik Deutschland bei einem solch großen technischen Projekt ein Mediationsverfahren funktioniert hat. Die Mediatoren, die aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und Funktionen kommen, haben dort ein Stück Kultur im Hinblick auf die politische Entwicklung unseres Landes geschrieben.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich ganz offen sagen: Ich will nach wie vor an die Naturschutzverbände ein mahnendes Wort richten. Ich habe es für falsch gehalten, dass sie an diesem Mediationsverfahren nicht teilgenommen haben. Ich appelliere an die Naturschutzverbände, dass sie jetzt die Chance der dreitägigen Anhörung im Hessischen Landtag nutzen. Ein Naturschutzverband muss sich von einer Bürgerinitiative unterscheiden. Er hat eine andere Aufgabe und eine andere Funktion. Er darf sich einem solchen Mediationsprozess nicht entziehen, wenn er weiterhin in der politischen Auseinandersetzung ernst genommen werden will.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Nun haben wir das Ergebnis. Das Ergebnis sieht ein Paket vor. Das Paket kann nach meinem Dafürhalten nur zusam-

mengehalten werden, weil wir dieses Paket umgesetzt haben. Wir werden in der Tat den Erfolg haben können, dass Rhein-Main ausgebaut wird.

(Michael Siebel (SPD): Der Ministerpräsident führt es auseinander!)

Herr Ministerpräsident, Sie wissen, dass wir von Anfang an gesagt haben, dass es kein Thema ist, das sich für die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition eignet. Wenn wir aber in der Zwischenzeit feststellen, dass Ihre Regierung nicht in der Lage ist, mit dem Ergebnis des Mediationspapiers so umzugehen, dass wir jetzt auch die Sicherheit haben, dass in einer zeitnahen Abfolge gemacht wird, was notwendig ist, dann müssen wir mahnend unsere Stimme erheben.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist die Anhörung, die der Landtag vorbereitet hat, eine gute Grundlage, dass alle Beteiligten daran mitwirken. Ich möchte ausdrücklich meinem Kollegen Polster danken, der für unseren Arbeitskreis mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen mit viel Liebe und Umsicht mit den Beteiligten diese Anhörung vorbereitet und die Fragen formuliert hat. Wir werden versuchen, diese Fragen in der Anhörung entsprechend abzuarbeiten, weil das ein wichtiger Meilenstein zur Realisierung dieses Projektes ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich habe aber nicht den Eindruck, dass die Regierung im Hinblick auf das, was im Planungsprozess zu besorgen ist, das abarbeitet, was notwendig ist. Wir haben bereits ein Jahr verloren, weil Sie im Hinblick auf die Frage der Betretungsrechte für Grundstücke zögerlich gehandelt haben.

Es ist notwendig, im Raumordnungsverfahren eine umfangreiche Umweltverträglichkeitsprüfung vorzunehmen - eine Grundvoraussetzung, um die Daten zu haben, um seriös entscheiden zu können. Es ist für mich erstaunlich, dass Sie sagen: Nach der dreitägigen Anhörung haben wir die Daten, dass wir in der Lage sind, eine technische Entscheidung zu treffen. - Wie Sie an das Thema herangehen, dazu kann ich nur sagen: Das ist dilettantisch. Dann setzen wir das Verfahren, bevor es richtig begonnen hat, in den Sand.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie hier sagen - das war auch wieder der Gipfel von Heuchelei -, da gebe es diese Klemm-Planungsvariante: Wer hatte noch auf der Trasse der A 44 mit den Protestierenden im Wahlkampf bestanden und hat dies bekämpft, was Lothar Klemm an Planungskultur entwickelt hat?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Wenn ich Klemm zitiere, der da ein Stück Planungskultur vorbereitet hat, gehört es eben dazu, dass ich nicht sagen kann: "Hier lege ich mich auf eine technische Variante fest", sondern dass ich sage: Ich muss die vorhandenen technischen Varianten alle durchprüfen, und erst am Ende, wenn ich die Daten habe, kann ich seriös den Genehmigungsweg, nämlich das Planungsfeststellungsverfahren, gehen. - Das ist unsere Position.

Die SPD war die erste Partei, die sich klar positioniert hat. Wir haben mehrheitlich in unserem Landesvorstand die Voraussetzungen dafür geschaffen. Gerhard Bökel hat das

in dem Arbeitskreis unserer Partei vorzüglich vorbereitet. Das wird in der Zwischenzeit in den Organen unserer Partei diskutiert. Am 2. September fällt die Entscheidung auf dem Landesparteitag.

Was macht diese famose Regierungskoalition? Die F.D.P., die immer gesagt hat: "Und wir stehen an der Spitze der Bewegung", hat in der Zwischenzeit die Parole herausgegeben, vor der Kommunalwahl passiere gar nichts.

(Widerspruch der Ministerin Ruth Wagner)

Ich sage Ihnen: Es wird vor der Kommunalwahl gar nichts passieren. Wenn Sie so weiter wursteln, dann passiert auch vor der Landtagswahl nichts, wenn die Legislaturperiode regulär zu Ende geht.

Herr Ministerpräsident, deswegen ist das regionale Dialogforum einer der Eckpunkte. Deswegen haben wir einen Antrag gestellt, dieses einzurichten. Das wird noch eine separate Debatte im Landtag in dieser Woche sein. Es ist für mich wohltuend zu erfahren, wie der Kollege Wirtschaftsminister, der jetzt leider an der Debatte nicht teilnimmt, sich zu diesem Thema verhält.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Der baut Straßen!)

Lesen Sie doch einmal seine Regierungserklärung nach. Lassen Sie mich ganz offen sagen, Kollege Posch hat auch deswegen Erfolg, weil er so klug war und gesagt hat: Was Lothar Klemm alles auf die Schiene gebracht hat, setze ich um und realisiere es. - Das ist solide handwerkliche Arbeit im Gegensatz zu dem, was Sie hier heute in Ihrer Wahlkampfrede demonstriert haben. Nur deswegen hat er Erfolg.

(Beifall bei der SPD - Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt reicht es aber mit dem Lob für die F.D.P.!)

- Herr Kollege Müller, Sie scheinen das ein bisschen zu verwechseln. Ich differenziere. Die F.D.P. ist noch nicht so weit nach rechts abgerutscht, dass es nicht Einzelne gibt, die man nicht ab und zu loben soll.

(Beifall bei der SPD - Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einen Einzelnen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will eine letzte Bemerkung zu dem Problem des Flughafens machen. Herr Ministerpräsident, wir haben Ihnen von Anfang an gesagt, dass es eine strukturelle Fehlentscheidung gewesen ist, dass Sie den Vorsitz im Aufsichtsrat übernommen haben. Ein Ministerpräsident muss in dem schwierigen Prozess des Abwägens der ökonomischen Interessen und der Interessen des Arbeitsmarkts auf der einen Seite und der Interessen hinsichtlich der Umwelt und der Ökologie und des Schutzes der Menschen vor Lärm auf der anderen Seite ein ehrlicher Makler sein, dem man abnimmt, dass er versucht, in diesem schwierigen Prozess auszugleichen.

(Barbara Stolterfoht (SPD): So ist es!)

Überall, wo Sie hinkommen, wird es die Diskussion geben, dass man sagt, Sie würden dabei eine Partei vertreten, weil Sie im Aufsichtsrat sind. Die Rechtslage ist so. Nach dem Aktienrecht dürften Sie gar nicht anders handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Barbara Stolterfoht (SPD): Genau!)

Lassen Sie mich abschließend Folgendes sagen: Herr Ministerpräsident, wenn Sie glauben, auf der Grundlage Ihres Triebtäters Metz weiter solche Mätzchen machen zu müssen, also in eine Regionalversammlung der Mediatoren

zu gehen und sich dort hinzusetzen, nur um eine Schlagzeile am nächsten Tag zu erheischen, dann werden Sie mit dem Projekt des Rhein-Main-Flughafens jämmerlich scheitern. Es wird nicht zum Erfolg geführt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Reaktion auf meine Äußerung vom Wochenende hat gezeigt, dass, wenn Sie sich in dem Punkt weiterhin auf Ihren Medienberater verlassen, Sie dann auch Ihrer nach dem Aktienrecht vorgegebenen Aufgabe als Vorsitzender des Aufsichtsrates nicht gerecht werden. Deswegen sollten Sie sich in Ihr Kämmerchen zurückziehen und sich darauf noch einmal besinnen.

Ich möchte noch ein paar Bemerkungen zur Kommunalpolitik machen. Diese Regierung ist die kommunalfeindlichste Regierung seit Bestehen des Landes Hessen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will das nur an einem Punkt deutlich machen. Allein die Tatsache, dass Sie den Kommunen 100 Millionen DM an zweckgebundener Zuweisung für die Kinderbetreuung weggenommen haben, ohne einen Ausgleich zu geben, zeigt, dass Sie die Kommunen, finanzwirtschaftlich gesehen, bei einer so wichtigen Aufgabe alleine haben stehen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Gleiche gilt übrigens auch für den Umweltschutz. - Sie alle sind nicht da. Es ist schon ein toller Vorgang, dass es sich eine Regierung leisten kann, es zu ignorieren, dass der Führer der Opposition spricht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich weiß aber auch, warum Sie nicht da sind.

(Zurufe)

- Ich weiß, was Sie sagen wollen. Sie wollten sagen: Wenn der Chef nichts taugt, können auch die anderen nichts taugen. Das ist so.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn der Chef wegläuft, wenn die Luft bleihaltig wird, kann man von den anderen nicht verlangen, dass sie da sind. Aber, Herr Koch, das ist ein Stil, den Sie mit sich ausmachen müssen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Clauss, Herr Bökel hatte sich zu Wort gemeldet. Ich glaube, er wollte Sie etwas fragen.

(Armin Clauss (SPD): Frau Kollegin, das hat sich erledigt!)

- Wenn Sie das wissen, dann ist es gut.

Armin Clauss (SPD):

Frau Präsidentin, ich habe den Eindruck, dass er das sagen wollte, was ich bereits gesagt habe. Er wollte mir die Chance dazu durch eine Zwischenfrage geben.

Die Tatsache, dass der Umweltminister nicht da ist, ist Beweis dafür, dass keine Umweltpolitik mehr stattfindet.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Priska Hinz und Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Nicht umsonst hat er den Spitznamen "Kettensägen-Wilhelm". Denn er macht nichts anderes, als diese Bäume im Kellerwald absägen zu lassen. Denn er hat auch hier nicht gelernt, was notwendig ist, nämlich mit einem Stück des Gutes der Natur so umzugehen, dass man auch hier den Menschen eine Perspektive eröffnet, wenn man ihnen in anderen Regionen eine zusätzliche Belastung zumuten muss. Ihre Umweltbilanz ist daher gleich null.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Und Ihre Bilanz?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein paar Bemerkungen zu Ihren anderen famosen Ministern machen, nämlich dem des Innern und dem der Justiz.

(Günter Rudolph (SPD): Oh!)

Es ist schon ein erstaunlicher Vorgang, dass wir es mit einem Innenminister zu tun haben,

(Günter Rudolph (SPD): Auch er ist nicht da!)

der nur deswegen an einer Anklage vorbeigeschrammt ist, weil er eine Geldbuße in Höhe von 8.000 DM bezahlt hat. Wir haben es mit einem Innenminister zu tun, der das Parlament mehrfach belogen hat.

(Günter Rudolph (SPD): Jawohl!)

Wir haben es mit einem Minister zu tun, der, wenn er sich an den Ansprüchen messen lassen würde, die er als Oppositionspolitiker aufgestellt hat, längst mehrfach hätte zurücktreten müssen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Innenminister will die Fortschritte bei der Polizei wieder abschaffen. Das Stichwort dazu lautet: zweigeteilte Laufbahn. Er wird dies durch die Einführung der Hilfssheriffs, mit der Einführung der Wachpolizei und mit einer Entwicklung erreichen, die im Grunde genommen das aushöhlt, was wir bei der Polizei an Entwicklungsperspektiven eröffnet haben. Er will eine Sonderverwaltung aufbauen, die sich von der allgemeinen Verwaltung abtrennen soll. Er entwickelt eine Struktur, die sich nicht nach kriminalgeographischen Kriterien richtet. Vielmehr wird sie nach Guts-herrenart entwickelt, und zwar so, wie er meint, dass er es dort machen muss. Auch auf diesem Gebiet gibt es also eine völlige Fehlanzeige.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zum Justizminister möchte ich Folgendes sagen. Es ist ein Justizminister, der bereits dann einen Freibrief gegeben hat und gesagt hat, es sei nichts zu besorgen, als die Anklagebehörden dabei waren, entsprechende Vorbereitungen zu treffen. Das Stichwort hierzu lautet: Kanther. Unter rechtsstaatlichen Kriterien muss man sagen, dass das schlichtweg ein Skandal ist. Wenn Rupert von Plottnitz so etwas in den vier Jahren seiner Amtszeit gemacht hätte,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Er hat noch mehr gemacht!)

dann muss man fragen: Was wäre hier in diesem Land los gewesen?

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Clauss, es gibt den Wunsch auf eine Zwischenfrage. Lassen Sie die zu?

Armin Clauss (SPD):

Ich fürchte, meine Redezeit wird dazu nicht ausreichen. Herr Kollege, vielleicht könnten wir eine zweite Runde machen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Zur Redezeit darf ich vielleicht noch sagen, dass noch insgesamt 13 Minuten von der zugewachsenen Redezeit übrig sind.

Armin Clauss (SPD):

Ich muss dann fairerweise zum Schluss meiner Rede kommen, weil ich auch Frau Kollegin Hinz ein paar --

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Angstphase!)

- Das hat doch nichts mit Angst zu tun.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Aber sicherlich!)

Ich bin einmal gespannt, wie viele Zwischenfragen Sie nachher zulassen werden. Das hat etwas mit der Länge der Redezeit zu tun.

(Zurufe)

Herr Ministerpräsident, ich will auf das zurückkommen, was Sie zum Strafvollzug gesagt haben, und Ihnen einen dringenden Rat geben. Wie viele Haftplätze sind in der Amtszeit der Regierung Wallmann geschaffen worden, in der Ihr Vater Justizminister war? Damals ist nichts anderes realisiert worden als der Weiterbau in Weiterstadt. Wie haben Sie den Neubau in Weiterstadt bekämpft? Wie haben Sie versucht, das Projekt in Weiterstadt lächerlich zu machen? Der Justizminister, der sich auch der Debatte entzieht, hätte schon 20-mal zurücktreten müssen, wenn man die Kriterien zugrunde legen würde, die dieser an Rupert von Plottnitz angelegt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Koch, lieber Herr Ministerpräsident, im Hinblick auf den Bau von Haftplätzen möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Vielleicht haben Sie beim Frühstück mit Ihrem Vater einmal Gelegenheit, das Thema zu erörtern. Er versteht davon nämlich was.

(Barbara Stolterfoht (SPD): Beim Frühstück!)

- Ja, die Familie ist in Ordnung. Sie frühstücken auch noch zusammen. Ich denke, das sollte man hier schon so stehen lassen.

Fragen Sie ihn einmal, was er Ihnen für einen Rat geben würde. Herbert Günther hatte einen Standort gesucht und ihn in Schlüchtern gefunden. Er hat ihn politisch durchgesetzt. Er hat damals sogar erreicht, dass die planungsrechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen wurden, dass dort ein Gefängnis gebaut werden könnte.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Dank der F.D.P.! Das müssen Sie dazu sagen!)

- Ich habe keine Probleme damit, dass dies dank der F.D.P. geschah. Hier steht jemand, der dort ein Wochenendhaus hat und mit dafür gekämpft hat, dass das durchgesetzt wer-

den konnte. Ich halte das auch nach wie vor für richtig. Das sage ich auch meinen Freunden in Schlüchtern.

Dort gibt es einen Bürgermeister, ein Sozialdemokrat. Er hat als Partner dem Justizminister zur Verfügung gestanden und gesagt: Jawohl, ich schaffe meinerseits die Voraussetzungen. - Dieser Bürgermeister wird von diesem unfähigen Justizminister so allein gelassen,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass vor zwei Tagen das Stadtparlament in Schlüchtern sogar einstimmig beschlossen hat, dass dieser Neubau nicht stattfinden soll.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat Herr Wagner erreicht!)

Dass Sie das hier als Erfolgsbilanz vortragen, dazu kann ich nur sagen: Das Klassenziel ist mehr als nicht erreicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden das deshalb gespannt verfolgen. Man muss da allerdings ein bisschen mehr machen, als in elitärer Haltung zuschauen, wie sich der arme Bürgermeister draußen abkämpft, und dann eventuell im Ministerium eine Audienz für diejenigen zu geben, die dagegen sind. Man muss vor Ort gehen. Man muss die Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen,

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

dass ein modernes Gefängnis kein Zeug des Teufels ist, sondern dass es ein wichtiges Instrument des Rechtsstaates ist,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

dass es für Schlüchtern zusätzliche Arbeitsplätze bedeutet und dass dies für das obere Kinzigtal strukturpolitisch gesehen eine richtige Entscheidung wäre. Die Leute zu überzeugen, muss die Regierung tun. Und es darf nicht durch elitäres Verhalten am Ende das Ergebnis herauskommen, dass sich ein sozialdemokratischer Bürgermeister abmüht und der Justizminister nicht einmal seine eigenen Parteifreunde zu überzeugen in der Lage ist. Deswegen sage ich: Herr Justizminister, treten Sie zurück, machen Sie den Weg frei. - Herr Koch, wenn Sie das nächste Mal über dieses Thema wirklich reden wollen, dann reden Sie zunächst einmal mit Ihrem Vater. Danach können Sie nämlich ein bisschen sachkundiger reden, als Sie es heute getan haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will zum Schluss meiner Rede kommen. Die zwölf Monate der Regierung Koch/Wagner sind für unser Land verlorene Monate gewesen.

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

In diesen zwölf Monaten wurde zutage gefördert, dass wir es mit dem größten Finanz- und Spendenskandal zu tun haben. Sie haben zutage gefördert, dass Herr Koch als Parteivorsitzender nicht in der Lage ist, den Prozess einzuleiten, den seine Bundespartei eingeleitet hat. Herr Ministerpräsident, es wäre deshalb das Beste für unser Land, wenn Sie zurücktreten würden und den Weg für Neuwahlen frei machen würden, damit die Wählerinnen und Wähler wieder die Chance haben, eine Regierung zu wählen, die

die Legitimation hat, die dringend notwendig ist, um den Herausforderungen des künftigen Jahrzehnts gerecht zu werden.

Das wäre der Dienst, den Sie Ihrem Land leisten könnten, und das wäre erforderlich, wenn Sie Ihren Amtseid, den Sie geschworen haben, ernst nehmen würden. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Abg. Hahn für die F.D.P.-Fraktion.

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwölf Monate bürgerlicher Regierung in Hessen, zwölf Monate Regierungsverantwortung von F.D.P. und CDU in Hessen, das waren zwölf erfolgreiche Monate für unser Land. Diesen werden noch viele erfolgreiche Monate für Hessen folgen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Der Redebeitrag des Kollegen Armin Clauss und die Pressekonzferenzen der werten Kollegen Priska Hinz und Armin Clauss von gestern haben deutlich gemacht, dass Hessen diese Opposition nicht verdient hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD und GRÜNEN, Oppositionsarbeit zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass man Konzepte erarbeitet, dass man den Menschen Konzepte vorstellt und dass man mit Ideen wirbt, wie es einem Land besser gehen kann. Was Sie, Herr Kollege Clauss, hier gemacht haben, ist eine Vergangenheitsbewältigung, die in manchen Punkten unsäglich ist. Sie machen deutlich, dass Sie tatsächlich ein Auslaufmodell sind, und zwar nicht wegen Ihres Alters, sondern von der Politik der SPD Hessen in diesem Lande her.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Es ist schon ein besonderes Maß von Arroganz, Herr Kollege Clauss, - und ich erwarte von Ihnen eine Entschuldigung vor diesem Parlament -,

(Armin Clauss (SPD): Ausgerechnet Sie!)

wenn Sie meinen, die Liberalen in Hessen in einen Topf mit der Rechtsfront der Weimarer Republik werfen zu können.

(Armin Clauss (SPD): Das habe ich nicht gesagt!)

Eine derartige Entgleisung ist noch keinem in diesem Hause gelungen, Herr Kollege Clauss, und wir haben schon einige Entgleisungen in diesem Hause gehabt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Das habe ich nicht gesagt! Ich habe gesagt, dass Sie sich in die Tradition der Rechten einreihen!)

Herr Clauss, gehen Sie hier nach vorn, reden Sie dazu und entschuldigen Sie sich. Es ist eine bodenlose Unverschämtheit, wenn Sie meinen, dass Sie die liberale Truppe, die hier im Landtag sitzt, die liberale Truppe, die auf der Regierungsbank sitzt, die liberale Truppe, die in Rotenburg deutlich gemacht hat, wie sie mit Konflikten umgehen kann, in die Rechtsfront der Weimarer Republik einbauen müssen. Herr Kollege Clauss, so sehr danebenbenommen hat sich in diesem Hause noch niemand. Sie machen es.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Sie werden noch nicht einmal rot dabei.

(Armin Clauss (SPD): Nein! Weil das die historische Wahrheit ist!)

Sie sind zynisch, um wieder an die Macht zu kommen. Herr Kollege Clauss, es ist ungezogen und eines Sozialdemokraten unwürdig. Kommen Sie hierher und entschuldigen Sie sich endlich.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Herr Kollege Clauss, Sie haben doch von Ihrem Bundesgeschäftsführer vor einigen Tagen erklärt bekommen, dass Sie endlich von der Skandalisierung ablassen sollen. Sind Sie denn eigentlich so ein Auslaufmodell, dass Sie gar nicht mehr zuhören können? - Franz Müntefering hat doch vollkommen Recht. Man kann Wahlen nicht gewinnen, indem man Fehler des politischen Gegners auswälzt. Man kann Wahlen nur gewinnen, wenn man das Vertrauen der Bürger bekommt. - Herr Kollege Clauss, es ist übrigens genau so arrogant, demonstrativ nicht zuzuhören, wie rauszugehen. Regen Sie sich also nicht darüber auf, wenn andere während Ihrer Rede rausgehen, wenn Sie sich jetzt demonstrativ mit Ihrem Geschäftsführer unterhalten.

(Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

Müntefering hat Ihnen sehr deutlich gemacht: Kommen Sie zur Politik zurück. - Herr Kollege Clauss, was Sie hier abgeliefert haben, war zum einen der 95. Aufguss einer Spendenaffäre, zu der ich gleich noch etwas aus liberaler Sicht ergänzen werde. Es war aber in keinem Punkt eine neue Politik. Die Bürgerinnen und Bürger haben am 07.02.1999 in Hessen Roland Koch, die CDU, Ruth Wagner und die F.D.P. gewählt, weil sie die sozialdemokratische Politik des letzten Jahrzehnts, ja, des letzten Jahrhunderts satt hatten. Wo sind denn die neuen Vorschläge der Sozialdemokraten? - Es ist nichts da, außer der Diffamierung. Dann kommen Sie sogar noch dazu, zu behaupten, dass die F.D.P. in Hessen in der Tradition der Rechtsfront der Weimarer Republik zu sehen sei. Eigentlich müsste man - und ich werde es jetzt auch nicht mehr tun - sich nicht mehr mit den Ausführungen von Herrn Clauss auseinander setzen.

(Armin Clauss (SPD): Machen Sie das!)

Wenn das der Oppositionsführer im Land Hessen ist, so wird diese Regierung auch ohne gute Arbeit weiter regieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Aber, Herr Kollege Clauss, wir sind so gut, und wir sind so stolz, dass wir trotzdem eine hervorragende Politik für unser Land machen, weil wir nämlich verantwortungsbewusst sind.

(Jürgen Walter (SPD): Da klatschen nicht einmal Ihre eigenen Leute!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, rot-grüner Stillstand, sozialistisch-ökologische Spielwiese - das war die Umschreibung der Jahre von 1991 bis 1999. Wir haben im ersten Jahr der Regierungskoalition von F.D.P. und CDU unter der Verantwortung von Ruth Wagner und Roland Koch damit begonnen, aus Hessen ein liberales, ein weltoffenes und ein innovatives Land zu machen. Wir Liberale haben das Ziel - und das wird mit unserem Koalitionspartner umzusetzen sein -, dass bereits am Ende der ersten Legislaturperiode von Roland Koch und Ruth Wagner aus

Hessen das Land der Mitte geworden ist, das es geographisch bereits seit dem Fall der Mauer ist, was es aber aus ideologischen Gründen heraus in den letzten acht Jahren nicht sein durfte.

Von Hessen wird liberale, weltoffene Politik ausgehen. Es wird ein Innovationsschub von Hessen ausgehen. Wir brauchen da keine Vergleiche mit den Ländern des Südens, sondern wir als Hessen sind stolz genug, dass wir es schaffen werden, mit drei Schwerpunktthemen unserer jetzigen Politik deutlich zu machen: Liberale gestalten dieses Land verantwortlich mit nach vorn. Wir verengen nichts auf irgendeine Seite. Es ist schlicht ungezogen, wenn Kollege Clauss meint, hier von rechter Politik in Hessen sprechen zu können. Er weiß dies auch besser. Er weiß, dass er die Unwahrheit sagt. Normalerweise gilt dann dasselbe Wort für ihn, wie das meine Landesvorsitzende über Roland Koch in einem anderen Zusammenhang gesagt hat.

Prioritäten setzen ist die Aufgabe dieser Politik, die Aufgabe der Liberalen und der Union in unserer Koalition, die wir seit einem Jahr erfolgreich durchführen.

Ich bin als Liberaler stolz darauf, dass wir in Hessen endlich ein Rechtspflegeministerium haben und dass wir es endlich geschafft haben, die Unabhängigkeit der dritten Gewalt zu stärken. Was war das denn für ein Staatsverständnis und ein Gewaltenteilungsverständnis von den Sozialdemokraten, die immer behauptet haben, dass die Sozial- und Arbeitsgerichtsbarkeit doch bitte schön von dem jeweiligen Sozialministerium verwaltet werden solle? Das ist dieselbe Argumentation, als ob man fordern würde, dass der Finanzminister gleichzeitig auch für die Finanzgerichtsbarkeit zuständig sein solle oder dass der Innenminister gleichzeitig für die Verwaltungsgerichtsbarkeit zuständig sein solle. Nein, die dritte Gewalt ist in unserem Lande unabhängiger geworden, weil wir nur noch ein einziges Ministerium haben, das dafür zuständig ist, die nötige Manpower und die nötigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

In Hessen ist dank der F.D.P. durch Justizminister Dr. Christean Wagner wieder Rechtsstaatlichkeit eingezogen, und zwar sowohl im Justiz- wie auch im Justizvollzugsbereich. Was war denn das für eine famose Art von Rechtsstaatlichkeit, die der gescheiterte hessische Justizminister von Plottnitz dargeboten hat, als er der Staatsanwaltschaft verbot, gegen Urteile in die Berufung zu gehen, obwohl die Staatsanwälte meinten, dass die Urteile noch einmal überprüfungsfähig wären? Was war es denn für eine Art von Rechtsstaatlichkeit, als die zweite Gewalt in die Arbeit der Staatsanwaltschaft hineingearbeitet und gesagt hat, in diesen Punkten dürften keine Anklagen mehr erhoben werden?

Es war eine der ersten Amtshandlungen von Christean Wagner. Das hat überhaupt kein Geld gekostet. Der Ministerpräsident hat vollkommen Recht. Die Aufhebung des Erlasses hat aber deutlich gemacht, dass die Staatsanwälte wieder frei agieren dürfen und dass man wieder eine andere Politik, nämlich eine rechtsstaatliche Politik, hier in Hessen in die Justiz hineinbringen will.

Herr Kollege Clauss, wenn Sie schon keine Zwischenfragen zulassen, dann will ich Ihnen von dieser Stelle aus sagen, was ich Sie fragen wollte. Vielleicht bekomme ich dann Ihre geschätzte Aufmerksamkeit. Sie wissen haargenau, dass wir als Liberale die Äußerungen des hessischen Justizministers Dr. Christean Wagner für nicht gut erachtet haben. Wir haben etwas getan, was Sie als Koalitionspartner niemals getan hätten, weil Sie viel zu sehr von der

inneren Zucht und Ordnung Ihrer Veranstaltung überzeugt sind.

(Armin Clauss (SPD): Da kennen Sie mich aber schlecht!)

- Ich kenne Sie sehr gut, lieber Herr Kollege Clauss. Ich weiß, dass gerade Sie ein Zuchtmeister in dieser Frage sind.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Ja! Mit großem Erfolg!)

Wir haben durch Kollegin Nicola Beer im Ausschuss deutlich gemacht, dass wir die Art und Weise, in der sich Dr. Christean Wagner in dem berühmten Interview im Hessischen Rundfunk verhalten hat, für nicht gut erachten.

Was hat denn Armin Clauss gemacht, als er Fraktionsvorsitzender in der Regierungskoalition mit den GRÜNEN war, als Rupert von Plottnitz etwas viel Schlimmeres getan hat? Herr Kollege Clauss, es war doch dieser famose ehemalige hessische Justizminister, der per Weisung von oben einen Staatsanwalt von der Bearbeitung einer Akte weggezogen hat.

(Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

Er hat intensiv in die Arbeit der Staatsanwaltschaft hineinregiert.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Dabei haben Sie überhaupt nichts gemacht. Sie haben, um es mit Verlaub zu sagen, Ihren ... eingezogen

(Stefan Grüttner (CDU): Genau!)

und keinerlei Empörung gezeigt. Wir Liberale wissen, was Rechtsstaatlichkeit ist, und wir sagen es auch unserem Koalitionspartner, mag es ihn schmerzen oder nicht. Sie haben damals überhaupt nichts gemacht. Sie haben es zugelassen, dass der ehemalige Justizminister, dieser famose Rupert von Plottnitz, in rechtswidriger Art und Weise in die Arbeit der Staatsanwaltschaft eingegriffen hat.

Herr Kollege Clauss, ich weiß auch, warum Sie dies getan haben. Es ging nämlich um ein Ermittlungsverfahren, das gegen einen Ihrer Parteifreunde hätte eingeleitet werden können.

Hier brauchen wir also überhaupt keinen Nachhilfeunterricht von den Sozialdemokraten, wie wir ihn auch nicht in Sachen Rechtsstaatlichkeit von einer Oppositionsfraktion und auch nicht von unserem Koalitionspartner benötigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Rechtsstaatlichkeit ist auch in den Justizvollzug eingezogen. Was hatten wir denn bisher? Wir hatten bisher dort im Bereich des Freigangs und der Hafterleichterungen Entscheidungen, deren Quote weit über dem Bundesdurchschnitt lag. Da haben wir dann einmal nachgefragt, woran das denn liegt. Darauf wurde uns erzählt, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Entlaufen des Häftlings in Butzbach bei dem Pfarrer - dieser Pfarrer ist zweimal zweiter Sieger beim Wettlauf aus dem Gefängnis gewesen -, dass sich die Staatsanwaltschaft gegen die Hafterleichterungen ausgesprochen hat, dass aber andere aufgrund von soziologischen oder wie auch immer gearteten -ologischen Gründen heraus gemeint haben, diese Hafterleichterung sei sinnvoll. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das hat nichts mit Rechtsstaatlichkeit zu tun, wie wir Liberale sie verstehen. Rechtsstaatlichkeit bedeutet, dass das Für und Wider abgewogen wird. Dass nunmehr die Hafterleichterungen in Hessen auf das Normalmaß der Bundesrepublik reduziert worden sind, das macht

deutlich, dass wir einen rechtsstaatlichen Justizvollzug hier haben.

Ich habe schon im Wahlkampf nichts davon gehalten - und meine Parteifreunde auch nicht -, wenn gesagt worden ist, Hessen würde den härtesten Justizvollzug bekommen. Das hat Christean Wagner im Wahlkampf gerne gesagt. Ich glaube, dass er ein so gelehriger Gesprächspartner der Liberalen ist, dass heute auch nur noch das Wort über seine Lippen kommt, dass es einen rechtsstaatlichen Vollzug in Hessen geben wird. Es gibt ihn bereits. Halbierung der Hafterleichterungen, das Thema Telefone, das Thema Razzien im Justizvollzugsanstalten machen deutlich, dass hier wieder Rechtssicherheit eintreten kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es erbost mich schon, wenn die GRÜNEN immer wieder meinen, ihre Politik als die Politik der Resozialisierung darstellen zu können. Bereits jetzt ist deutlich, dass Rupert von Plottnitz in die Geschichte des Landes Hessen als der Justizminister eingeht, der sich gegen die Resozialisierung ausgesprochen und der Resozialisierung in hessischen Justizvollzugsanstalten gerade verhindert hat.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt: "gegen Resozialisierung ausgesprochen"? - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist völlig unwahr!)

Er war es gewesen, der es zugelassen hat, dass durch Überbelegungen beispielsweise der Justizvollzugsanstalten Kassel und Butzbach sich dort subversive Strukturen organisieren konnten, dass dort eine Subkultur entstanden ist, dass in Zimmern, wo eigentlich zwei Häftlinge liegen sollten, drei waren, dass in großen Einrichtungen sogar fünf bis sieben Häftlinge in einem Zimmer waren, obwohl das Recht auf Einzelunterbringung im Gesetz steht. Rupert von Plottnitz hat sich einen feuchten Kehricht darum gekümmert, ob Justizvollzug in Hessen resozialisiert oder nicht. Er hat Sprüche geklopft. Er hat auf linken ideologischen Ebenen versucht, Politik durch Zeitungsartikel zu machen - und das auf dem Rücken der Inhaftierten in diesem Lande.

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist keine rechtsstaatliche Politik. Das ist Politik nach dem Motto: Wir wollen unsere grünen Ideale durchsetzen, ohne dass wir etwas umsetzen. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt werden rechtsstaatliche Ideale - und dafür stehen wir Liberale - umgesetzt. Das kostet Geld, das kostet auch eine Kraftanstrengung. Die F.D.P.-Fraktion in diesem Hause steht eindeutig hinter der Entscheidung, dass eine privat geplante und finanzierte Haftanstalt gebaut wird.

Erinnern Sie sich noch an die gemeinsame sozial-liberale Zeit? Herr Kollege Clauss, Sie sprechen immer von Ihrem Freund Heinz Herbert Karry. Ich spreche auch gerne davon, aber ich spreche auch gerne von noch lebenden Freunden, ich spreche hier auch gerne von Eberhard Weghorn. Es war Eberhard Weghorn, der gemeinsam mit Herbert Günther dafür Sorge getragen hat, dass die Entscheidung in Schlüchtern für den Bebauungsplan gefallen ist.

(Armin Clauss (SPD): Das weiß ich sogar!)

Ich halte es für sehr bedauerlich, dass nunmehr die Kommunalpolitik vor Ort - egal, wie auch immer gehandelt -

(Armin Clauss (SPD): Wir sind da gemeinsam in der Verantwortung gewesen, Herr Kollege!)

meint, aus relativ opportunistischen Gründen heraus, ohne den Sachverhalt vollständig zu überblicken, dort in Kontraststellung gehen zu müssen. Ich habe in einem gemeinsamen Gespräch mit einigen Betroffenen in der vorvergangenen Woche gebeten,

(Armin Clauss (SPD): Dann muss aber auch der Minister dorthin gehen!)

dass alle Beteiligten, auch der Bürgermeister, auch die F.D.P.-Fraktion im Schlüchtern Parlament, aus ihren Schützengräben herauskommen, dass sie aufeinander zugehen und sich darüber unterhalten, wie und wo eine Haftanstalt in Schlüchtern gebaut werden kann - wenn es denn aufgrund der Topographie, und wir Eingeweihte kennen die ja alle, als nicht so besonders glücklich erachtet wird, dass das Gefängnis an die bestimmte Stelle kommt. Man könnte sich auch darüber unterhalten, ob es einen anderen Platz dafür gibt, wenn es denn den Schlüchternern tatsächlich ernst ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liberale Politik wird auch im Bereich der Integration sehr deutlich. Es ist schon spannend, wie sich die Redner der Opposition zu diesem Thema in den letzten acht Wochen in ihrer Argumentation gewandelt haben. Noch vor ungefähr vier Wochen haben wir in der letzten Plenarsitzung hier die Frage diskutiert. Ich habe eine Vielzahl von Argumenten vorgebracht, die sich letztlich im Integrationskonzept der Landesregierung wieder gefunden haben. Ich bin sogar auf Unterstützung der Vertreterin der GRÜNEN gestoßen. Nunmehr höre ich, dass Herr Clauss es schon gesagt hat - und Frau Hinz wird es wohl noch sagen, denn sie hat das bereits in der Pressekonferenz angekündigt -, dass der Integrationsbeirat überhaupt nichts taugt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir Liberale sind stolz darauf, dass wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner einen anderen Ansatz der Integrationspolitik wählen, als Sie das über acht Jahre getan haben. Sie haben doch immer nur die Betroffenheitsnummer abgefahren.

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie haben es sich doch einfach gemacht, indem Sie immer nur die Ausländerbeiräte gesammelt haben und sich von diesen ein Papier haben erarbeiten lassen, mit dem Sie dann in deutscher Gründlichkeit umgegangen sind, wie Sie es gerade wollten. Aber Integration bedeutet die Kommunikation zwischen zwei verschiedenen Gruppierungen. Das sind einmal die Menschen, die hier wohnen, und das sind zum anderen die Menschen, die hierher kommen und die hier integriert werden wollen.

Es ist ein ganz besonderer Ansatz dieser Koalition und ein ganz besonderer Ansatz von F.D.P. und CDU, dass wir nunmehr ein Gremium gefunden haben, das hochkarätig besetzt ist und das genau diese Forderungen erfüllt. Dort sind auf der einen Seite Menschen, die Integration organisieren müssen - ich sage das einmal so hart technokratisch -, wie z. B. der Präsident des Landesamtes, der Präsident des Hessischen Handwerkstages, Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, und auf der anderen Seite haben wir die Betroffenenvertreter in diesem Integrationsbeirat, wie z. B. den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen und seine verehrte Frau Geschäftsführerin. Darüber hinaus haben wir aber auch Menschen in diesem Beirat, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten ganz persönlich Integration erlebt haben. Die können uns sagen, wo die Probleme sind, woran sie sich, als sie hierher

kamen, gestört haben, wo sie die Barriere gesehen haben - obwohl wir für Integration offen waren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Kombination hat nicht nur einen charmanten Charakter, sondern sie wird deutlich machen, dass wir in unserem Bundesland eine erfolgreiche Politik zur Integration machen, und zwar nicht gegen die Bevölkerung dieses Landes, sondern mit dieser Bevölkerung. Das ist der Vorwurf gegen Rot-Grün in den letzten acht Jahren. Sie haben versucht, Integrationspolitik gegen die hier lebenden Menschen zu machen. Das kann man nicht. Deshalb hat der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessens am vergangenen Montag frisch und frei - Frau Kollegin Priska Hinz war ja dabei - gesagt, dass die Integrationspolitik der letzten acht Jahre in Hessen gescheitert sei.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Dieses Wort von Murat Cakir nehmen wir auf. Wir haben Ihnen ein neues Konzept entgegengesetzt.

(Lachen der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Schauen wir einmal, ob nicht unsere These stimmt, dass wir erfolgreicher als Sie in den nächsten Jahren Integrationsarbeit machen werden.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß nicht, von wem Sie so etwas gehört haben! Jedenfalls nicht von mir!)

- Hören Sie doch zu, wenn der Kollege Murat Cakir spricht. Dann wüssten Sie genau, was ich gemeint habe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Punkt ist für uns hessische Liberale von besonderer Wichtigkeit. Das ist die Frage: Wie gehen wir in unserem Staate überhaupt mit Zuwanderung um? Ich sage ganz deutlich, die Schimäre, die wir - manche ja immer noch, manche schon lange nicht mehr -

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

uns vorgehalten haben, dass die Bundesrepublik kein Einwanderungsland sei, sollten wir zur Seite legen. Wir wissen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Wir wissen darüber hinaus, dass sich Deutschland aufgrund demographischer und anderer Entwicklungen in den nächsten Jahren noch weiter für die Einwanderung von Menschen aus anderen Ländern öffnen muss. Wer diese Weisheit nicht zur Kenntnis nehmen möchte, der ist in der Politik fehl. Ich bin sehr froh darüber, dass immer weniger Menschen diese These noch vertreten.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Dieter Posch ist eben von Herrn Clauss gelobt worden. Ich finde auch die Differenzierung interessant, die Sie in Ihrer Rede vorgenommen haben. Herr Clauss, Sie werden es nicht schaffen, Ruth Wagner, Dieter Posch und Jörg-Uwe Hahn auseinander zu bringen. Unser Bundesvorsitzender hat das versucht und hat es nicht geschafft. Sie werden es schon einmal überhaupt nicht schaffen. Sie werden es nicht schaffen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wir sind sehr stolz darauf, dass wir unseren Koalitionspartner dazu bewegen konnten, in das Integrationskonzept - das haben Sie offensichtlich überlesen; lesen Sie es einmal nach - eine Formulierung hineinzubringen, mit der sich

diese Hessische Landesregierung dafür ausspricht, dass gesetzliche Grundlagen für die Einwanderung geschaffen werden. Man kann zu Dr. Christean Wagner stehen wie man will: Dass er ein urliberales Viech ist, das will ich von dieser Stelle aus wahrlich nicht behaupten. Das ließe sich nicht behaupten. Das will er auch nicht sein. Aber dass er, gerade er, am vergangenen Wochenende in der "Sonntags-FAZ" einen derart interessanten Aufsatz geschrieben hat, macht doch deutlich, dass Bewegung in diesem Lande ist, dass Bewegung in dieser Koalition ist, dass wir das Problem sehen und dass wir gemeinsam bereit sind, uns diesem Problem zu stellen.

Ich wiederhole die bereits vor vier Wochen aufgestellte These von diesem Pult aus: Ich gehe davon aus, dass von der Hessischen Landesregierung, von Roland Koch und von Ruth Wagner ein Zeichen in die gesamte Bundesrepublik ausgeht: Wir können gemeinsam ein Integrationsgesetz, ein Einwanderungsbegrenzungs-gesetz, ein Zuwanderungssteuerungsgesetz - da bin ich bei der Wortwahl vollkommen offen - finden, das dann im Deutschen Bundestag, gemeinsam mit Sozialdemokraten, auf Übereinstimmung stößt.

Ich bin optimistisch, weil es vor einem Jahr ebenfalls ein Liberaler war, der es geschafft hat - in einer Diskussion, die nun wahrlich emotional hochgekocht wurde, nämlich bei der Frage Doppelpass von Herrn Schily, diesem unsäglichen Ding -, diesen Staat zu einen, nämlich die beiden Häuser dieses Staates zu einen, Bundestag und Bundesrat. Das war Peter Caesar, der es mit dem Modell, das wir als Liberale erarbeitet haben, in Absprache und in Verhandlungen mit Herrn Schily und den GRÜNEN, es geschafft hat, dass wir nunmehr die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft vom Tisch haben, dass wir eine ganz vernünftige Lösung für die jungen Menschen hier haben, die in unserem Lande geboren sind.

Integrationspolitik ist ein Thema des Jahres 2000 in der deutschen Innenpolitik. Wir Liberale haben uns diesem Thema bereits gestellt. Ich bin sehr optimistisch, dass unser Koalitionspartner, die Union, sich ebenfalls diesem Thema in der angemessenen Art und Weise stellen wird. Es wird von Hessen ein Zeichen ausgehen, dass wir dieses Problem gemeinsam lösen können.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es scheint mir müßig zu sein, gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten die Sozialdemokraten in Hessen einzuladen mitzumachen, da aus der Rede des Oppositionsführers Armin Clauss deutlich wird, dass ausschließlich Negativstes bis hinein in die unterste Schublade die Arbeit für die hessische Sozialdemokratie bestimmt. Konstruktive Mitarbeit ist leider vollkommen abhanden gekommen. Deshalb mag es sein, dass es höflich ist, ein entsprechendes Angebot zur Mitarbeit zu machen. Ich habe aber wenig Hoffnung, dass diese Mitarbeit geschieht.

Im Gegensatz zu den Oppositionsabgeordneten haben die beiden Vorsitzenden der Regierungsfractionen kein zusätzliches Kontingent für die Redezeit bekommen, sodass ich mich noch auf zwei Themenbereiche für die Liberalen kurz konzentrieren möchte. Der eine Themenbereich ist die Wirtschaftspolitik.

Es ist erstaunlich, was Dieter Posch in den letzten zwölf Monaten gemeinsam mit dem Koalitionspartner, gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten, gemeinsam mit den Vorsitzenden der Regierungsfractionen in diesem Bereich alles geschafft hat. Das muss man immer wieder wiederholen,

weil es deutlich macht, wie Sozialdemokraten die Bürger dieses Landes ignorieren und deren Interessen links liegen lassen. Dieter Posch hat einen Haushaltsansatz beim Straßenbau von 39 Millionen DM vorgefunden, als er genau vor einem Jahr in das Landeshaus zog. Gerade acht Jahre vorher ist Alfred Schmidt, der letzte liberale Wirtschaftsminister in Hessen, aus diesem Hause ausgezogen. Da waren es knapp 140 Millionen DM.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben, auf die Jahre bezogen, die Summe für den Landesstraßenbau um 100 Millionen DM reduziert. Eine unverantwortlichere Politik als diese, die Sie in diesem Bereich gemacht haben, kann man sich überhaupt nicht vorstellen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Das hat auch nichts damit zu tun, dass wir Liberale Betonfetischisten sind. Nein, wir Liberale kämpfen darum, dass die Menschen, die unter der Verkehrslast leiden, weil sie an einer Durchgangsstraße im Ort wohnen, entlastet werden. Wir Liberale kämpfen darum, dass diejenigen, die zu ihrer Arbeit fahren, nicht durch Staus gehindert werden. Wir Liberale sind umweltpolitisch sehr engagiert und sagen: Was gibt es denn für einen Sinn, wenn das Benzin im Stau verbraten wird? Wer menschenwürdige, innovative und umweltgerechte Politik in Hessen machen will, der muss sich wieder um den Landesstraßenbau kümmern. Dieter Posch hat damit im vergangenen Jahr angefangen.

Es ist schon eine Leistung, knapp 300 Millionen DM - ich betone: knapp 300 Millionen DM - für den Straßenbau in Hessen in einem Jahr zu akquirieren. Das haben Dieter Posch und diese Koalition geschafft. Wir werden auf diesem Wege weitergehen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es wird wieder eine ordnungsgemäße Infrastruktur im Straßenbau im Lande Hessen geben. Das werden wir in den ersten vier Jahren in der Koalition nicht 100-prozentig schaffen, da Sie uns Straßenschäden von über 1 Milliarde DM überlassen haben. Daher werden wir noch ein paar Jahre länger für dieses Modell werben müssen. Aber die notwendigen Mehrheiten in der Bevölkerung werden in dieser Frage wahrlich hinter uns stehen.

Dieter Posch, Roland Koch und wir alle haben es geschafft, dass die Blockaden im Bundesstraßenbau - jedenfalls dort, wo wir Einfluss darauf nehmen konnten - beendet worden sind. Herr Kollege Clauss, es mag ja sein, dass es in Ihre Argumentation nicht hineinpasst. Wir haben aber im Gegensatz zu Ihnen bei der Übernahme der Regierung nicht gemeint, aus psychologischen Gründen heraus alles neu machen zu müssen, sondern wir haben natürlich Vorarbeiten übernommen. Es wäre doch ein Hirngespinnst gewesen, wenn wir noch einmal neu die Autobahnprüfung zwischen Kassel und Eisenach vorgenommen hätten. Aus diesem Grunde war es vernünftig, dass wir gesagt haben: Jawohl, diese Trasse ist nicht unsere Trasse. - Roland Koch hat es vorhin deutlich gemacht: Da muss man erst einen unsinnigen Bogen fahren. Das ist ökologisch unsinnig, das ist wirtschaftlich unsinnig. Aber, in Gottes Namen, die Planung war schon so weit. Aus diesem Grunde war es eine vernünftige Entscheidung gewesen, dass wir nunmehr die Autobahn zwischen Kassel und Eisenach dort bauen, wo Herr Klemm einmal vorhatte, die BAB zu bauen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir bauen sie auch. Es ist schon eine besonders faszinierende Angelegenheit, dass der Mensch, der es als Hessischer Ministerpräsident über Jahre verhindert hat, dass die Straße Kas-

sel - Eisenach gebaut wird, nun so sehr drängelt, dass er den ersten Spaten schieben darf.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Offensichtlich stimmt der Satz, dass das Sein das Bewusstsein trägt. Dieser Satz mag bei vielen, bei uns allen stimmen. Aber auf alle Fälle macht es hier deutlich, dass der jetzige Bundesfinanzminister kaschieren will, dass er der Verhinderer der Anbindung zwischen Hessen und Thüringen über acht Jahre als Ministerpräsident in diesem Lande Hessen gewesen ist. Die Regierungskoalition von CDU und F.D.P. und dieser Wirtschaftsminister werden eine andere Politik machen. Ich darf nur daran erinnern, dass wir noch andere Themen zu diskutieren haben. Der Bundesverkehrswegeplan Fulda - Meiningen sei nur als eines genannt.

Der Ausbau des Rhein-Main-Flughafens ist die politische Herausforderung an diese Region insgesamt. Wir Liberalen waren die Ersten, die gesagt haben, dass der Rhein-Main-Flughafen ausgebaut werden muss. Da haben uns alle noch belächelt. Ich kann mich noch an Debatten erinnern - ich war Oppositionsabgeordneter, und Herr Kollege Clauss war Fraktionsvorsitzender einer Regierungsfraktion -, dass sich Herr Kollege Clauss sehr höhnisch über mich geäußert hat, so nach dem Motto: Na ja, ihr Liberale kriegt ja eh nichts zustande.

(Armin Clauss (SPD): Wo soll ich das gesagt haben?)

Wir Liberale haben prognostiziert, dass eine Erweiterung dringend notwendig ist. Die Mediatoren haben diese These der hessischen Liberalen weit mehr als nur bestätigt. Wir Liberale haben bereits im Herbst des vergangenen Jahres - was haben mich Armin Clauss und andere hier gescholten - gesagt: Es geht nicht um die Frage des Ob, sondern es geht um die Frage des Wie. - Wir sind bereits seit Herbst des vergangenen Jahres in der Diskussionsphase. Es geht nicht mehr um die Frage des Ob. Es geht jedenfalls denen nicht mehr um die Frage des Ob, die es mit dem ersten Arbeitsmarkt in Hessen ernst nehmen. Diejenigen, denen es um den zweiten Arbeitsmarkt in Hessen geht, die GRÜNEN, mögen sagen, dass der Rhein-Main-Flughafen nicht erweitert werden muss und sie dann lieber Sozialhilfekosten ersetzen wollen.

Ich sage ganz deutlich für die Fraktion der Liberalen hier in diesem Hause, die hessischen Liberalen: Wir bedanken uns bei den Mediatoren, bei den drei Hauptmediatoren und bei ihren Mitstreitern. Sie haben hervorragende Arbeit für die Region geleistet. Sie haben etwas geschafft, was es bisher in dieser Größenordnung nicht gegeben hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Werk ist Arbeitsgrundlage für die Politik. Aber, Herr Kollege Clauss, dieses Werk ist nicht die Bibel für die Politik. Politik darf sich nicht verabschieden aus der Verantwortung, aber das würde man machen, wenn man nur die Ergebnisse des Mediationsverfahrens übernehmen würde.

(Armin Clauss (SPD): Das ist nicht mein Thema! Sie haben gesagt, nach der Kommunalwahl würden Sie erst entscheiden!)

Das ist gerade Aufgabe der Anhörung, die der Landtag durchführen wird und die wir Liberale als Erste gefordert haben. Im Übrigen sage ich in Parenthese: Ich halte es für eine besonders dumme Entscheidung des Ältestenrates, dass diese Anhörung nicht im Hessischen Landtag stattfindet. Ich appelliere an alle in diesem Hause, dass wir diese

Entscheidung des Ältestenrats wieder rückgängig machen. Es ist eine Anhörung des Parlaments, und das Parlament tagt hier. Deshalb hat die Anhörung hier in diesem Raume stattzufinden, aus vielen Gründen, insbesondere aus politischen Gründen.

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich sage dazu: Die Mediatorengruppe hat eine Vorarbeit geleistet, und wir müssen uns nun mit den einzelnen Aspekten auseinander setzen. Sie wissen, dass der Landesparteitag der hessischen Liberalen es als unsinnig empfindet, wenn die Startbahn 18 West zurückgebaut würde.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Clauss?

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Frau Präsidentin, ich glaube, Sie müssten mich bald darauf hinweisen, dass meine Redezeit zu Ende ist!)

- Das stimmt.

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Vielen Dank. Deshalb keine Zwischenfrage. Im Gegensatz zu Herrn Clauss, der noch 13 Minuten hat, habe ich keine Minute mehr. Das ist der Unterschied.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, die 13 Minuten sind für mich!)

Ich darf noch einmal darauf hinweisen: Wir Liberalen haben gesagt, die Startbahn 18 West soll nicht zurückgebaut werden. Dafür haben wir politische Gründe, dafür haben wir auch wirtschaftliche und Lärmgründe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gehen wir jetzt also offen mit dem Ergebnis der Mediation um. Verschanzen wir uns nicht dahinter und machen uns sozusagen meinungstot, wenn wir sagen, alles das, was die Mediatoren vorbereitet haben, sei heilig.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Hahn, jetzt ist Ihre Redezeit abgelaufen.

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch zwei Sätze sagen, bevor ich für die F.D.P.-Fraktion zum Schluss komme. - Wir sind stolz darauf, dass wir Liberalen mit Ruth Wagner in Hessen wieder die Wissenschaftsministerin stellen. Es hat acht Jahre Stillstand in diesem Bereich gegeben, weil Sozialdemokraten die Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Hessen zum Steinbruch gemacht haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Die Hochschul- und Wissenschaftspolitik - das zeigt die Diskussion über die Greencard, die wir im Moment führen - ist die Voraussetzung dafür, dass unser Bundesland überhaupt erfolgreich agieren kann. Wir haben in diesem Lande keine Rohstoffe. Der einzige Rohstoff, den wir haben, das sind die Köpfe unserer Schülerinnen und Schüler, unserer Studenten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ruth Wagner hat es in der ihr eigenen, uns allen bekannten Art und Weise

mit großer Kraft geschafft, dass wir in Hessen das Dummsparen in den Hochschulen beenden, dass wir wieder einen Schub nach vorne machen, dass wieder Geld hineingegeben wird in dieses Experiment, das eigentlich kein Experiment sein dürfte. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der F.D.P.)

Lassen Sie mich zum Abschluss sagen, es waren zwölf erfolgreiche Monate für das Land Hessen.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

Es waren acht Monate des unbeschwerten Arbeitens miteinander für das Land.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es waren vier Monate, in denen zu dem unbeschwerten Arbeiten - Herr Kollege von Plottnitz, sind Sie wieder zurückgekommen? - heftige Beschwerden dieser Koalition hinzukamen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, jetzt aber bitte.

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Meine sehr verehrten Damen und Herren, allein der Redebeitrag von Roland Koch, der Redebeitrag von mir und, ich schätze, auch von Norbert Kartmann, sollen Ihnen eines deutlich machen: Wir haben zur Normalität wieder zurückgefunden. Wir werden gemeinsam und mit Freude Hessen gut weiter regieren und es fit für die Zukunft machen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Armin Clauss (SPD): Den Augiasstall wollten Sie ausmisten!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Frau Kollegin Hinz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Meine Damen und Herren! Die Überschrift der Regierungserklärung von heute Morgen darf ich Ihnen in Erinnerung rufen: "Die Chance nutzen - den Menschen dienen - Hessen auf einem erfolgreichen Weg".

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, realitätsfern ist nicht nur der Titel dieser Regierungserklärung, sondern auch das Resümee des ersten Jahres, das der Ministerpräsident und seine Stellvertreterin am Montag in einer Pressekonferenz dargeboten haben, und auch die Rede des Ministerpräsidenten.

(Clemens Reif (CDU): Die war gut!)

Ignorant war sie im Übrigen, weil sie mit keinem Wort darauf einging, was die Bevölkerung seit vier Monaten in Hessen am meisten beschäftigt, nämlich der Finanzskandal der hessischen CDU und die Verwicklung des Ministerpräsidenten in diesen Finanzskandal.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Zurufe von der CDU)

Neue Richtung wollten Sie der Landespolitik geben. Sie hätten gemeinsam mehr geschafft als andere in acht Jah-

ren - stimmt, natürlich haben Sie mehr geschafft. Aber ich weiß gar nicht, warum Sie so stolz darauf sind, in so kurzer Zeit so viele überregionale negative Schlagzeilen zu bekommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

So in einen Finanzsumpf gestoßen zu werden, darauf kann man nicht stolz sein, auch nicht auf einen Ministerpräsidenten, der das Parlament belügt. Man kann auch nicht stolz darauf sein, dass man damit durch alle Schlagzeilen in der ganzen Bundesrepublik und darüber hinaus abgedruckt wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Clemens Reif (CDU): Unverschämt!)

Welchen erfolgreichen Weg meinen Sie eigentlich, den in den Schwarzgeldsumpf? Chancen werden genutzt - stimmt: jede Chance, an dem Sessel zu kleben. Aber damit dienen Sie nicht den Menschen. Nein, Sie befragen sie noch nicht einmal, ob sie diese Regierung überhaupt noch haben wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Clemens Reif (CDU): Sagen Sie etwas zur Sache, zur Landespolitik!)

Mit welchen Versprechungen ist dieser Ministerpräsident denn hier angetreten? Er hat vor einem Jahr hier eine Regierungserklärung gehalten. Die Bürgergesellschaft, das war doch seine grandiose Idee. Aktiv sollte sie sein.

(Clemens Reif (CDU): Genau! - Weitere Zurufe von der CDU)

Sie sollte sich einmischen können, vor allem auch in die Politik, gefördert von der Landesregierung. Aber abgesehen von den gesetzlichen Einschnitten, was die Mitbestimmung angeht, ist beim wichtigsten Thema der Landespolitik keine Einflussnahme gewünscht.

(Clemens Reif (CDU): Wo denn?)

Trotz des Finanzskandals, der die hessische Politik erschüttert, weil er nicht nur hessenweit, sondern bundesweit einmalig ist, will der Ministerpräsident keine Neuwahlen. Aber das ist das vornehmste Recht der Bürgereinmischung in Politik, nämlich freie Wahlen zu haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Sie müssten diesen Weg frei machen. Wenn der Herr Ministerpräsident heute Morgen tönt - Herr Reif, ich bin lauter als Sie, ich habe ein Mikrofon -, er habe keine Angst, die Umfragen seien so, dass er wieder gewinnen würde, dann bitte schön: Treten Sie zurück, machen Sie den Weg frei für Neuwahlen. Ich weiß gar nicht, warum Sie so zögern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Clemens Reif (CDU): Wir wollen Ihnen die Blamage ersparen! - Weitere Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, was sagte der Ministerpräsident noch vor einem Jahr bei seiner Regierungserklärung? Der alten Landesregierung sei es nicht gelungen, alte, überholte Politikmuster zu verlassen. - Ich kann nur sagen: Dieser Art Politikmuster wie die der heutigen Koalition sind wir nie gefolgt. Einen Parteifinanzskandal zu einem Skandal einer Landesregierung zu machen, indem sich der Ministerpräsident zum brutalstmöglichen Aufklärer erklärt, an-

schließlich das Parlament und die Öffentlichkeit belügt und glaubt, er könne das Ganze ohne politische Konsequenzen aussitzen - so ein Verhalten haben die Menschen satt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Clemens Reif (CDU): Sagen Sie etwas Neues! - Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Die Rede haben Sie schon fünfmal gehalten!)

- Ich weiß, dass Ihnen das unangenehm ist, wenn man über dieses Thema redet, dass Sie am liebsten darüber schweigen würden. Aber es wird Ihnen nichts nützen. Denn solange Sie Ihren Finanzskandal nicht beendet haben, solange Sie nicht aufgeräumt haben, solange dieser Ministerpräsident nicht zurückgetreten ist, solange er weiterhin vor dieses Parlament tritt, das er belogen hat, so lange werden wir dieses Thema auch in diesem Hause behandeln.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wissen Sie, was Sie als neue Koalition geschafft haben? - Dass nicht mehr geredet wird über die politischen Ziele und wirtschaftlichen Stärken des Landes, die unter Rot-Grün herausgestellt wurden und die von uns erreicht wurden. Wer redet denn noch über die Wirtschaftskraft? Wer redet über umweltpolitische Ziele, und wer befördert sie? Wer redet über sozialpolitische Erlungenschaften, und wer setzt sich hier eigentlich durch?

(Clemens Reif (CDU): Wir!)

Stattdessen stehen Sie für Verschlechterungen, sei es bei der Mitbestimmung, sei es bei der Verwaltungsreform. Sie stehen für Skandalchen und Skandale.

Mit dem Innenminister hier in Hessen fing es an, und ob es mit dem Ministerpräsidenten aufhört, das weiß man noch nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich kann es vorwegnehmen: Nach einem Jahr Ihrer Landespolitik ist die Bilanz negativ. Was dem Land noch an politischen Entwicklungen bevorsteht, das ist völlig ungewiss.

(Clemens Reif (CDU): Nur Gutes! - Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Ein Jahr Schwarz-Gelb wiegt 20 Jahre Rot-Grün auf!)

Wir haben einen Untersuchungsausschuss im Landtag eingerichtet, der Licht in das Dunkel des Finanzskandals bringen soll.

(Clemens Reif (CDU): Das hättet ihr euch sparen können!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Reif, Sie können gerne dazwischenrufen, aber eine Dauerbeschallung bitte nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Schon allein deshalb ist es erstaunlich, dass hier von Ihnen mit keinem Wort auf dieses Thema eingegangen wird. Aber wir haben auch noch ein Wahlprüfungsgericht, das über die Wahl des letzten Jahres zu entscheiden hat. Ich finde es schon erstaunlich, wie Verfassungsorgane, wie der Hessi-

sche Landtag in seiner Mehrheit und auch das Verfassungsorgan Landesregierung, mit einem anderen Verfassungsorgan umgehen. Es ist wirklich ein Zynismus, wenn jetzt die Landesregierung prüft, ob sie nicht vor den Staatsgerichtshof geht, um zu klären, dass das Wahlprüfungsgericht in seiner Zusammensetzung nicht verfassungswidrig ist.

(Norbert Kartmann (CDU): Dafür haben wir Gerichte!)

Nach so vielen Jahren, dann, wenn es Ihnen vielleicht an den Kragen geht, kommen Sie zu der Behauptung, das Wahlprüfungsgericht sei in seiner Zusammensetzung nicht verfassungskonform, und haben darüber vergessen, dass es bereits zwei Entscheidungen von Verfassungsgerichten zu der Frage der Zusammensetzung gibt. Sie wollen vor allem auf die unabhängigen Richter in diesem Gremium politischen Druck ausüben, damit sie zu Ihren Gunsten entscheiden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Clemens Reif (CDU): Ach, unabhängig! Da kommen einem die Tränen von wegen Unabhängigkeit!)

Das ist eine unzulässige Einflussnahme auf ein unabhängiges Gremium. Es gereicht Ihnen nicht zur Ehre, dass Sie so handeln. Weil dies alles so ist, ist der Titel der Regierungserklärung eine Verhöhnung aller Bürgerinnen und Bürger in Hessen, die sich in den letzten Monaten mit der Landespolitik befasst haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Von wegen Nachdenklichkeit, die der Ministerpräsident hier einfordert.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das war überhaupt der größte Zynismus!)

Sie haben doch gar nicht mehr die Kraft, darüber nachzudenken, ob Sie inhaltlich auf dem richtigen Weg sind oder vielmehr Ihre Autorität, für viele Ziele zu streiten, verloren haben. Sie sind doch nur noch darum bemüht, an Ihren Sesseln zu kleben. Werte wie politische Moral und demokratische Grundsätze werden mit Füßen getreten.

(Clemens Reif (CDU): Davon brauchen Sie gerade zu reden!)

Mit Ihnen geht die Vorbildfunktion der Politik vor die Hunde. Das ist die Bilanz des ersten Jahres, die Sie zu verantworten haben.

(Petra Fuhrmann (SPD): Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat während seiner Pressekonferenz erläutert, das Fundament der Regierungspolitik sei gelegt worden, jetzt würden die Häuser hochgezogen.

(Clemens Reif (CDU): Richtig!)

Ja, aber auf sumpfigem Grund steht schon der Rohbau nicht. Selbst wenn er in Ansätzen vielleicht erkennbar ist, er geht allzu leicht im Morast unter. Das sollten Sie immer bedenken.

(Clemens Reif (CDU): Das hätten Sie gerne!)

Meine Damen und Herren, in der Bildungspolitik ist ja ein Ansatz zu erkennen.

(Michael Boddenberg (CDU): Das Thema sollten Sie besser aussparen!)

In der Bildungspolitik haben Sie für die Schulen erreicht, dass 1.400 Lehrerinnen und Lehrer eingestellt wurden. Aber dann müssen wir auch über die Rahmenbedingungen der Haushaltspolitik reden, die Sie inzwischen vorfinden. Wir hatten vier Jahre lang schwierigste Finanzbedingungen unter einer schwarz-gelben Bundesregierung, und Sie haben jetzt günstige Finanzbedingungen unter einer rot-grünen Bundesregierung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Davon träumen Sie!)

Das sind die Tatsachen, die Sie sich vor Augen führen sollten. Im Übrigen finde ich es schon erstaunlich, wenn die stellvertretende Ministerpräsidentin, die schon länger diesem Parlament angehört, stolz verkündet, das sei eine Errungenschaft, die in den letzten 20 Jahren nicht mehr vorgekommen sei. Dann möchte ich doch daran erinnern - vielleicht hat sie ein zu kurzes Gedächtnis -, dass wir unter Rot-Grün von 1991 bis 1995 3.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen haben. Aber darüber wollen Sie natürlich nicht mehr gerne reden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Norbert Kartmann (CDU): Aber woher? - Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): 1.000 sind versickert!)

Meine Damen und Herren, es ist sicher wichtig und anzuerkennen, dass man neue Lehrerinnen und Lehrer einstellt; aber Qualität sollte man nicht nur auf Leistung, vor allen Dingen Leistungsmessung, und Unterrichtsabdeckung reduzieren. Die Schülerinnen und Schüler brauchen daneben Zeit zum Lernen und die Lehrkräfte Zeit zum Vermitteln und Erziehen. Gerade deshalb ist der Protest bei der Abschaffung der Grundschule mit festen Öffnungszeiten so groß. Sie verband eine neue Art zu lernen, und zwar kindgerecht zu lernen, mit festen Öffnungszeiten, mit geregelten Zeiten, auf die sich alle Eltern verlassen konnten und nicht nur ein paar, die ihre Kinder in ein neues Modell anmelden können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Natürlich müssen Kinder zu Leistung gefordert werden und müssen Leistungsanforderungen in den Schulen bestehen. Keine Frage, das negiert kein Mensch in diesem Hause. Aber um Leistung zu bringen, muss man Kinder fördern. Dazu gehören der Erwerb von Schlüsselqualifikationen, der Umgang mit neuen Medien und die Verzahnung von Theorie und Praxis. Das alles gehört zur Qualität dazu, und darüber habe ich heute von Ihnen wenig gehört.

Die hessische Bildungspolitik unter Schwarz-Gelb ergibt bislang noch keine Zukunft für das Lernen. Sie haben für die Betreuung ein Billigmodell eingeführt, statt Grundschulen mit festen Öffnungszeiten auszuweiten. - Frau Beer, Sie müssen nicht die Stirn runzeln. Es ist ein Billigmodell, wenn ich mit 10.000 DM auskommen soll, um an einer Grundschule für zwölf Monate eine Betreuung von morgens 7.30 Uhr bis mittags mindestens 13, wenn nicht 14 Uhr auf die Beine zu stellen. Das kann so nicht funktionieren. Das ist ein Billigmodell.

Meine Damen und Herren, die Abschlussprüfungen alleine bringen es auch nicht.

(Norbert Kartmann (CDU): Wer hat denn das gesagt? Alleine!)

- Der Ministerpräsident und Sie sagen immer, Abschlussprüfungen sind das Wichtigste überhaupt, damit die Abneh-

mer wissen, was sie an den Kindern haben. - Ich will Ihnen eines sagen: An den Hauptschulen ist es so, dass die besseren Schülerinnen und Schüler bereits seit Mitte des letzten Jahres ihren Ausbildungsplatz fest haben. Da warten die Unternehmen nicht auf eine Abschlussprüfung und auf das letzte Zeugnis. Nein, da wird weit vorher die Entscheidung gefällt. Deshalb ist es Quatsch, immer nur auf Abschlussprüfungen zu stieren.

(Norbert Kartmann (CDU): Gucken Sie einmal, was an Berufsschulen so herumläuft! Da stimmt doch etwas nicht!)

Nein, die Schulen brauchen stattdessen ein Profil, dass sie ausbilden können. Sie brauchen sehr wohl einen Leistungsvergleich zwischen den Schulen, aber nicht nur einen Leistungsvergleich in Bezug auf die Schülerinnen und Schüler; sondern auch in Bezug auf die Lehrkräfte. Ich finde, auch die müssen sich solchen Anforderungen stellen.

(Norbert Kartmann (CDU): Sehr gut, einverstanden!)

Die Integration behinderter Kinder wird von vielen Eltern gewünscht, und zwar nicht nur von den Eltern behinderter, sondern auch von den Eltern nicht behinderter Kinder. Wir erleben Stillstand bis hin zum Rückschritt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Richtig!)

Es kann doch nicht wahr sein, dass solche Errungenschaften auf kaltem Wege abgeschafft werden. Das ist ein hessisches Modell, das auch bundesweit Anerkennung gefunden hat, und wir wollen und erwarten, dass es fortgeführt wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Um Qualität in den Schulen zu erreichen, brauchen wir eine Offensive für die Lehreraus- und -fortbildung. Stattdessen wird erst einmal Verunsicherung verbreitet. Im neuen Hochschulgesetz steht über Lehrerbildung nichts mehr drin. Das, was drinstand, ist herausgenommen worden, und für die Lehrerfortbildung wird erst einmal Chaos an den hessischen Fortbildungseinrichtungen produziert. Das ist keine Politik, auf die sich die Menschen in diesem Land einstellen können und wollen.

Zur Integration ausländischer Kinder: Bislang gab es keine Anstrengungen dafür, hier Integration zu fördern und Integrationsbemühungen zu unterstützen. Im Gegenteil, der muttersprachliche Unterricht wurde erst einmal abgeschafft, und die Gelder für die Förderung dieser Kinder wurden gekürzt. Das ist Ihre Bilanz nach einem Jahr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

In den letzten Wochen wurde in diesem Zusammenhang viel über die Einführung neuer Medien, über Informatikstudiengänge, über Computer in den Schulen, über Greencards und über Ausbildungsplätze in der Wirtschaft geredet. Richtig ist: Wir brauchen mehr Computer in den Schulen, und wir brauchen mehr Kräfte, die damit umgehen können. Wir brauchen aber auch eine Medienpädagogik, die diesen Namen verdient. Das war aber das Erste, was Sie im neuen Haushalt abgeschafft haben. Sie haben dem Landesfilmdienst den kompletten Ansatz dafür gestrichen. Das ist Ihre Bilanz des ersten Jahres.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Den Hochschulen nutzen keine Erklärungen zur Autonomie, wenn das Ministerium letztendlich doch das Letztent-

scheidungsrecht hat und den Hochschulen aufgibt, mit ihren eigenen Ressourcen zu regeln, dass die vielen jungen Menschen, die Informatik studieren wollen, dieses Fach dann auch belegen können. Das kann doch nicht die Bildungs- und Hochschulpolitik der Zukunft sein. Da müssen doch Sonderprogramme aufgelegt werden, um den Studierenden zu ermöglichen, unter guten Bedingungen zu studieren. Das fordern wir von der Hochschulministerin ein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Im Vergleich zu dem, was das Land Hessen unter schwierigsten Haushaltsbedingungen zu Zeiten einer schwarz-gelben Bundesregierung, die nicht bereit war, ihren Kofinanzierungsanteil zu leisten, vorfinanziert hat, müsste es Ihnen unter den heutigen finanziellen Bedingungen doch möglich sein, ein Sonderprogramm für diesen Bereich aufzulegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

In diesem Zusammenhang ist es besonders perfide, wenn der seltsame Herr Rüttgers auf einmal den Spruch "Kinder statt Inder" bringt. Abgesehen davon, dass ich es übel finde, dass er auf einen Zug aufspringt, den die hessische CDU vor einem Jahr in Gang gesetzt hat, als sie mit ausländerfeindlichen Sprüchen Wahlkampf machte: Der Mann hat ein sehr kurzes Gedächtnis, denn er war einmal - man höre und staune - Zukunftsminister in dieser Republik. Was hat er erreicht? Er hat die Zukunft verschlafen. Deshalb sollte er jetzt seinen Mund halten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Auch das Kernthema innere Sicherheit ist bei der neuen Landesregierung nicht in guten Händen. Minister Wagner musste schon am ersten Tag seiner Amtszeit erkennen, dass ein Justizminister nicht verhindern kann, dass ihm Gefangene weglaufen. Das ist schon eine erstaunliche Erkenntnis. Der Ministerpräsident ist aber noch toller. Der Ministerpräsident hat jetzt festgestellt, dass ein Justizminister nicht höchstpersönlich vor jedem Gefängnis stehen kann. Ich muss schon sagen: Wenn man Ministerpräsident werden muss, um so etwas zu merken, dann ist das schon eine tolle Leistung.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von dem früheren grünen Justizminister wurde aber vier Jahre lang etwas anderes verlangt. Ihre jetzigen Aussagen beweisen eine hervorragende Wandlung von einer Oppositions- zu einer Regierungsfraktion. Peinlich ist der Versuch des Justizministers dennoch, alle Versäumnisse, die er zu verantworten hat, dem früheren Justizminister anzulasten. Immerhin sind ihm in diesem einen Jahr sieben Gefangene ausgeblüht oder ausgebrochen. Unter dem grünen Justizminister ist im gleichen Zeitraum zuvor nur ein Häftling entwichen. Wenn der "härteste Strafvollzug" - der inzwischen ein nur noch durchschnittlicher werden soll - dazu führt, dass mehr Gefangene ausbüxen, dann ist das doch wohl ein Versäumnis des jetzigen Justizministers und nicht des früheren Justizministers.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn es nach Ihren eigenen Forderungen von damals ginge, dann hätte der Justizminister schon längst zurücktreten müssen. Die CDU hat die Messlatte aber hoch und hö-

her gelegt und für ihre eigenen Parteimitglieder inzwischen gänzlich entfernt.

Ein Versagen ist jedoch an dem Justizminister deutlich festzumachen, und davon kann er sich auch nicht freisprechen. Er hat längere Zeit einem Privathobby gefrönt, indem er unbedingt ein Gefängnis nicht nur privat bauen, sondern auch privat betreiben lassen wollte. Nach vielen Wehen ist er endlich zu der Erkenntnis gekommen, dass es so nicht geht. Jetzt soll das Gefängnis nur noch privat gebaut werden. Dagegen war auch schon vorher niemand in diesem Landtag.

Das dilettantische Handeln dieses Justizministers, der eine uns allen bekannte Kommune mit der Frage, ob dort ein Gefängnis gebaut werden soll oder nicht, völlig alleine lässt, wird es wahrscheinlich schaffen, dass in der ganzen Wahlperiode kein Neubau entstehen wird. Das ist seine Bilanz nach einem Jahr Amtszeit. Die ist wirklich nur als negativ zu bezeichnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Klagen über die Personalsituation nehmen sogar zu - nicht nur in den Gefängnissen, weil dort das Klima immer belastender und die Belastung der Beschäftigten immer größer wird.

(Clemens Reif (CDU): Ist ja gar nicht wahr!)

- Die Überbelegung, die Tatsache, dass kein offener Vollzug mehr gemacht wird und dass die Leute nicht einmal mehr zum Waldlauf gehen dürfen, führen doch dazu, dass das Klima in den Gefängnissen rauer wird. Dadurch steigt selbstverständlich die Belastung der Bediensteten. Das ist doch eine ganz einfache Sache. Herr Reif, das müssten auch Sie verstehen können.

(Clemens Reif (CDU): Ich verstehe mehr, als Sie glauben!)

Der Justizminister hat aber noch ein anderes Versäumnis zu verantworten. Dieses ist jetzt durch die Kritik des Präsidenten des Landgerichts Frankfurt herausgekommen: Dieser sagt, dass der Stellenabbau im Schreibdienst und in den Geschäftsstellen unvermindert weitergeht, sogar noch einschneidender als in den vergangenen Jahren. Er sagt aber auch, dass der Abbau der Richterstellen nicht gestoppt und eine Wiederbesetzungssperre - das heißt jetzt anders, nämlich Wartezeit - auch für die Mutterschutzfristen eingeführt wurde. Das gab es unter Rot-Grün nicht. Das war ein Teil der Frauenförderung, für die wir uns entschieden hatten. Es ist ein Versäumnis des neuen Justizministers, dass er den Gerichten nicht genügend Personal zur Verfügung stellt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Der Innenminister hat den Reigen der Verschleierung und der Verstöße gegen Recht und Gesetz begonnen. Der Justizminister war auch nicht schlecht, als er den ehemaligen Bundesinnenminister Kanther schon morgens um 7 Uhr im Radio in Schutz nahm und freisprach - nach dem Motto: Morgens um 7 Uhr, da kann ich noch nicht so gut denken. - Ich weiß nicht, was das für die Amtsführung des Justizministers insgesamt heißt.

Gegen den heutigen Innenminister war aber bereits ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, als er vereidigt wurde. Das heißt, schon damals begannen das Verschleiern und das Lügen vor dem Parlament. Damals hat der Ministerpräsident geschwiegen und nicht einmal den Koalitionspartner in

Kenntnis gesetzt. Nach den Erfahrungen mit der F.D.P. in den letzten Wochen hätten Sie das aber ruhig auch schon damals tun können, denn auch damals wäre Ihnen der Koalitionspartner nicht von der Fahne gegangen. Im Gegenteil, er hätte auch dem Innenminister das Vertrauen ausgesprochen. - Wenn Sie das gewusst hätten.

Der Innenminister versucht, angeschlagen wie er ist, uns jetzt die freiwillige und die Wachpolizei als Errungenschaft für mehr Sicherheit zu verkaufen. Meine Damen und Herren, die Kriminalität ist in Hessen unter der alten Landesregierung zwischen 1993 und 1998 um 9,8% zurückgegangen. Die Aufklärungsquote ist im Jahre 1998 auf 47,4% gestiegen. Das ist das beste Ergebnis seit 1971. Das heißt, die Kriminalitätsbekämpfung liegt bei der hessischen Polizei in besten Händen. Wir brauchen keine Verschärfung von Gesetzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen keine allseitige Videoüberwachung. Wir halten es für falsch, die zweigeteilte Polizeilaufbahn auf kaltem Wege zu unterlaufen. Dies dient der Sicherheit nicht. Wir brauchen Profis, gut ausgebildet, gut ausgestattet und gut bezahlt. Sie dienen der Sicherheit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich komme zu einem anderen Kernthema dieser Landesregierung - so hat sie es jedenfalls bezeichnet -, der Integration von Menschen nicht deutscher Herkunft und von Aussiedlern. Wie waren doch die Versprechungen nach der Landtagswahl, nach dieser widerwärtigen Kampagne zur doppelten Staatsbürgerschaft: Integration wird das zentrale Thema dieser Landesregierung.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ein Jahr hat sie gebraucht, um überhaupt ein Papier vorzulegen. Wir GRÜNE waren ein halbes Jahr schneller und konkreter. Ohne uns hätten Sie wahrscheinlich bis heute noch nichts vorgelegt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es, nix!)

Was ist denn in dem Papier enthalten, das doch an einem Nachmittag - was auch viele von der Presse sagen - hätte zusammengeschrieben werden können? Es gibt darin nur wortreiche Beschreibungen, aber keine einzige konkrete Maßnahme, die ausgeführt und durchgeführt werden soll. Darin steht nirgends, wofür Geld in die Hand genommen werden soll, um Integration in Hessen zu fördern. Das ist die Bilanz nach einem Jahr Integrationspolitik. In den letzten Monaten sind stattdessen Kürzungen erfolgt. Unsere Haushaltsanträge zur Verbesserung von Integrationsbedingungen sind allesamt abgelehnt worden.

Noch eines zu dem Thema, wer Integration eigentlich ernst nimmt. Im Bund ist es nach 16 Jahren erreicht worden, ein neues Staatsbürgerschaftsrecht durchzusetzen. Diese Hessische Landesregierung hat im Bundesrat aber dagegen gestimmt.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Das ist das, was Sie anscheinend unter Integration verstehen. Wir haben inzwischen eine neue Altfallregelung in der Bundesrepublik. Die Programme zur Sprachförderung für Aussiedlerinnen und Aussiedler werden auf Bundesebene zusammengeführt. Das ist Integrationspolitik. Was wir aber

derzeit in Hessen als einzig Konkretes haben, ist die erfolgte Einrichtung eines Integrationsbeirates.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist ein Telefonbuch!)

Man muss schon sagen: Das Gremium ist schon erstaunlich; allein durch die Zusammensetzung der berufenen Personen fragt man sich als Gast, der daran teilnehmen darf: Wie kommt eigentlich eine solche Zusammensetzung zustande? - Wenn ich mir jenseits dieser Zusammensetzung überlege, dass ein Gremium, das zu zwei Dritteln von Deutschen und zu einem Drittel von Menschen nicht deutscher Herkunft besetzt ist, jetzt Aufgaben des Landesausländerbeirates wahrnehmen soll, nämlich die Gesetze auf Betroffenheit hin zu überprüfen, dann kann ich nur sagen: Dafür ist dieses Gremium wahrlich nicht geeignet. Das ist kein Gremium, das den Menschen die Möglichkeit gibt, sich einzubringen und einzumischen. Zu einer aktiven Bürgergesellschaft, die Sie doch immer beschworen haben, gehört es, Menschen nicht deutscher Herkunft auch entsprechend ernst zu nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das Verhalten in diesem Integrationsbeirat zeigte nun auch, dass er von der Landesregierung nicht sonderlich ernst genommen wird. Es ist nicht klar, auf welches Ziel hingearbeitet werden soll. Am liebsten hätte die Ministerin als Erstes darüber geredet, wie Integration in den Kommunen stattfinden kann, und über ihr Papier gar nicht diskutiert.

(Petra Fuhrmann (SPD): In den Kommunen? Na Klasse!)

Man fragt sich also schon, was dieser Beirat eigentlich für eine Arbeit leisten soll und was er zur Integration überhaupt beitragen kann. Unter Rot-Grün hatten wir nicht nur ein Büro für Einwanderer und Flüchtlinge - nein, wir hatten auch Kampagnen gegen Gewalt, gegen Rassismus und gegen Ausländerfeindlichkeit. Es gab jede Menge Fachtagungen zu dem Thema, wo Menschen unterschiedlichster Herkunft als Multiplikatoren eingeladen waren. Das ist Integrationspolitik.

Dass wir nicht alles richtig gemacht und manche Ängste und Befürchtungen nicht ausreichend ernst genommen haben, ist richtig, sonst hätte Ihre widerwärtige Kampagne auch nicht so verfangen können. Sich aber jetzt von Ihrer Seite zurückzulehnen und zu sagen: "Wir machen Integrationsbeirat, und damit hat es sich", das kann wahrlich nicht die Antwort sein. Ich denke, Sie sollten sich unser Konzept noch einmal durchlesen, damit Sie wissen, wo es hingehen soll.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Sozialpolitik ist in Hessen generell zu einem Abwicklungs- und Abbruchunternehmen dieser Regierung geworden. Sozialpolitik finden wir heute nur noch auf einer sich gegen null bewegenden Kurve. Selbst dem Ministerpräsidenten war es nur ein Absatz wert, über Sozialpolitik zu reden. Was können wir jetzt sozialpolitisch ein Jahr mit Koch bemerken?

Zuerst springt einem der Widerspruch zwischen Versprechungen und Eingelöstem ins Auge. Das Sozialbudget, noch im Koalitionsvertrag verankert, gibt es nicht mehr. Kürzungen, wohin man sieht. Schöne Sonntagsreden, blumige Worte über Familie. Kinder, Frauen sind schon herausgekommen, manche kuriose Presseerklärungen auch,

wie z. B. die erste: "Mehr Kinder für Hessen" - das war schon damals eine erstaunliche Meldung.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wir bis heute nicht wissen, ist aber: Welche Familienpolitik wird denn betrieben? Wie wird die Vereinbarung von Familie und Beruf unterstützt? Welche zusätzlichen Kinderbetreuungsmöglichkeiten werden eigentlich eingerichtet?

(Petra Fuhrmann (SPD): Nix!)

Wir haben 58.000 neue Plätze geschaffen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir haben zum Schluss 19,20 DM Betriebskosten für jedes Kind ausgegeben. Sie haben es geschafft, nachdem Sie alles in den Kommunalen Finanzausgleich ohne zusätzliche Landesmittel schieben, das Ganze auf 60 Pfennige runterzuhandeln.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist CDU-Politik!)

Zu dem Sozialvertrag, von dem Sie immer groß tönen, mit den freien Trägern, mit den Kirchen, damit die Kindergärten auch weiter finanziert werden können: Die Sozialministerin ist bis heute nicht in der Lage, den freien Trägern, den Kirchen zu erklären, was ein Sozialvertrag eigentlich beinhalten soll. Das ist die Sozialpolitik von heute.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Gibt es eigentlich schon eine Idee vom kinderfreundlichen Hessen, die umgesetzt ist? Welche Jugendpolitik betreibt eigentlich diese Landesregierung? Welche Ziele hat sie in der Gesundheitspolitik?

(Petra Fuhrmann (SPD): Keine!)

Meine Damen und Herren, Sozialpolitik als verantwortungsvolle Landespolitik ist sowohl für die zuständige Ministerin als auch für den Ministerpräsidenten ein Fremdwort. Wenn er sagt, Randgruppen werden beschnitten, die könnten wir nicht mehr so gut fördern, dafür hätten wir nicht mehr so viel Personal und Zeit: Meine Damen und Herren von der Koalition, Sozialpolitik und Gesellschaftspolitik und damit eine demokratische Gesellschaft entscheiden sich auch daran, wie die Mehrheit mit der jeweiligen Minderheit umgeht.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

Da sind Sie auf dem Holzweg, wenn Sie sagen: Für die Randgruppen können wir in Hessen nicht mehr so viel tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Arbeitsmarktpolitik findet auch nicht mehr statt. Für das Kombilohnmodell haben Sie Gelder eingesetzt. Das Kombilohnmodell war der erste grüne Antrag in dieser Wahlperiode. Da haben wir das Ganze dann endlich auf den Weg gebracht.

(Petra Fuhrmann (SPD): 100.000 DM für zwei Jahre - Mogelpackung!)

Aber ansonsten: Abschaffung der Hilfen und Unterstützung für schwer Vermittelbare, keine Programme mehr gegen Jugendarbeitslosigkeit, vor allen Dingen bei migranten Jugendlichen. Jugendliche Spätaussiedler haben doch enorme Probleme, sich hier zurechtzufinden. Da werden aber erst

einmal die Betreuungsmittel gekürzt und anschließend in dem Papier geschrieben, man müsste da irgendetwas tun.

Regionale Koordinierungsstellen gestrichen, Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" gestrichen, nach dem Motto: Jeder ist seines Glückes Schmied, und wer es nicht schafft, der ist halt selber daran schuld. - Das ist nicht nur Untätigkeit, sondern zeugt von Zukunftsunfähigkeit dieser Landesregierung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ähnlich verhält es sich auch im Umweltbereich. Der Umweltbereich kam heute in der Rede gar nicht vor. Im Manuskript sind immerhin fünf Zeilen geschrieben.

(Armin Clauss (SPD): Findet auch nicht statt!)

Genannt wurde er dann gar nicht mehr. Umweltpolitik findet eben nicht statt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darin war es wenigstens ehrlich!)

Der Naturschutz hat sich in einem Jahr ganz deutlich zurückentwickelt: weniger Haushaltsmittel, weniger Naturschutzgebietsausweisung, Verzicht auf die Ausweisung eines hessischen Nationalparks Kellerwald.

(Norbert Schmitt (SPD): Das gesamte Ministerium spricht "dagegen" - zwei Staatssekretäre haben die!)

Wenn Sie sich einmal dem Thema Naturschutz nähern, dann gnade den Bäumen. Meine Damen und Herren, Ihre Politik läuft doch gegen und nicht für den Naturschutz.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf)

- Vielleicht kann er es nachlesen. - Herr Dietzel, Sie haben Ihren Spitznamen "Kettensägen-Wilhelm" nicht umsonst. Sie agieren doch nach dem Sprichwort: wie die Axt im Walde.

(Manfred Schaub (SPD): Er schärft die Säge!)

Sie begreifen Naturschutz als ein lästiges Übel, verspielen die wirtschaftlichen Chancen der strukturschwachen Regionen und verspielen die internationale Verantwortung, die Sie haben, und die Chance hinsichtlich der Vereinbarung zur Sicherung unserer natürlichen Ökosysteme.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es! Es ist eine Schande!)

Jetzt haben Sie provoziert, dass alte, wertvolle Buchen gefällt wurden, indem Sie dem Forstamt überhöhte Vorgaben hinsichtlich des zu erzielenden Gewinns gemacht haben. Sie haben damit auch noch die Option auf die Einrichtung eines Nationalparks in Hessen zerstört, die man haben könnte. Das ist die Bilanz nach einem Jahr Ihres Naturschutzes.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Armin Clauss und Norbert Schmitt (SPD))

Auch bei der Landwirtschaft gilt der Lobbyismus der alten Weggefährten und Bauernfreunde mehr als die Notwendigkeit der Förderung des ökologischen Landbaus. Für Sie ist das ein Nischenprodukt oder ein Nischenprojekt. Es ist aber eine zu nutzende Marktlücke. Die Verbraucherinnen und Verbraucher würden es Ihnen danken, wenn Sie das fördern würden und nicht nur auf konventionellen Landbau setzen würden. Wir alle wollen gesunde Nahrungsmittel. Vor allen

Dingen, nach den Skandalen, die es in der EU gegeben hat, hätte Ihnen doch klar sein müssen, dass dies ein erfolgreicher Weg sein könnte, auf dem Hessen voranschreiten könnte. Später werden Sie auf andere Bundesländer blicken, die an uns vorbeigezogen sind. Sie werden das dann bejammern. Aber dann ist es zu spät. Sie sollten versuchen, den Karren noch herumzudrehen und in diesem Bereich tatsächlich noch etwas tun.

(Beifall dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Aber Sie zerschlagen auch andere umweltpolitische Instrumente, die nachweislich sowohl der Umwelt als auch der Schaffung von Arbeitsplätzen dienen können.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte langsam zum Schluss Ihrer Rede.

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Die herausragende umweltpolitische Tat dieser Landesregierung bleibt doch der Ausstieg aus der Grundwasserabgabe. Den beschwören Sie immer. Erfolgt ist hinsichtlich der Grundwasserabgabe noch nichts. Ich darf es einmal so sagen: Sie zocken von den Bürgerinnen und Bürgern weiterhin das Geld ab. Das wird dann aber schön im Landeshaushalt verbraten. Das ist dann eine hessische Steuer, von der Sie immer reden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Norbert Kartmann (CDU): Das ist Ihre Leiche im Keller!)

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt generell zur Wirtschaftspolitik. Sie reden davon, dass Arbeitsplätze im Zusammenhang mit der Förderung der Technologie geschaffen werden müssten. Ich sage Ihnen dazu eines: Beim Wasser, bei der Energie, beim ÖPNV, bei den neuen Technologien und dem, was den IT-Bereich angeht, ist in diesem Land Hessen jede Menge zu holen. Es müssen dazu nur die passenden Instrumente genutzt werden. Das geht aber nicht, wenn man die entsprechenden Programme zusammenstreicht und mit den Arbeitgebern nicht zu konkreten Verträgen und Vereinbarungen kommt, sondern immer nur schwammige Allianzen abschließt, die zu überhaupt keinen Konsequenzen führen. Das ist Ihre Politik. Sie hängen den Dinosauriern nach, etwa bei der Atompolitik oder beim Transrapid, wobei ich sagen möchte, dass wir nichts gegen den Transrapid als solchen haben. Aber er muss sich betriebswirtschaftlich gesehen rechnen. Das ist der Fakt, um den es hier geht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Armin Clauss und Gerhard Bökel (SPD))

Wir setzen auf neue Technologien. Ich kann Ihnen sagen, die Mitglieder der GRÜNEN sind wahrscheinlich diejenigen Parteimitglieder, die am meisten sowohl über Handys als auch über Computer und andere Dinge verfügen. Ich weiß nicht, ob das bei Ihnen auch so ist. Da Sie uns immer vorwerfen, wir würden technologiefeindlich sein, kann ich Ihnen nur sagen: Das ist ein Hohn. - Wenn Sie Wirtschaftspolitik betreiben wollen, dann sollten Sie es in solchen zukunftssträchtigen Branchen tun.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, kommen Sie jetzt bitte zum Schluss Ihrer Rede.

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss meiner Rede.

Wenn Sie weiterhin nur auf solche Dinosaurier setzen, dann werden auch die anderen Länder an uns vorbeiziehen. Ich aber gehe nach wie vor davon aus, dass diese Landesregierung keine weiteren drei Jahre im Amt bleiben wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich gehe davon aus, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes Hessen die Möglichkeit haben werden, sich früher einzumischen. Wenn Sie Ihren Worten wenigstens einmal Taten folgen lassen wollten, dann sollten Sie jetzt den Weg für Neuwahlen frei machen, damit wir uns dem Votum der Bürgerinnen und Bürger stellen können. Ich kann Ihnen dazu nur sagen: Wir haben keine Angst davor.

(Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Träumen Sie weiter!)

Wir haben zukunftsweisende Konzepte, mit denen wir hier jederzeit antreten können. - Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Träumen Sie weiter!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Kartmann für die CDU-Fraktion.

Norbert Kartmann (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Manfred Schaub (SPD): Falls wir ihn verstehen, das ist immer das Problem!)

- Wenn Sie mir zuhören, dann können Sie mich auch verstehen. Wahrscheinlich werden Sie aber gleich herumbrüllen und herumblöken, wie immer. Das ist der neue Stil.

(Manfred Schaub (SPD): Sie nuscheln so!)

Meine Damen und Herren, ich möchte einige wenige Worte zu dem sagen, was der Vorsitzende der SPD-Fraktion hier im Landtag geschrien hat. Ich muss sagen: Diese Opposition hat das Maß völlig verloren, das man braucht, um einigermaßen stilvoll in einem Landtag aufzutreten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Clauss: Ihre Rede war beleidigend und niederträchtig. Anders kann man sie nicht qualifizieren.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, bei allem Verständnis für harte Auseinandersetzungen, gerade in diesen Tagen, bei allem Verständnis dafür, dass man unter Umständen auch einmal unter die Gürtellinie rutschen kann, muss ich Ihnen trotzdem sagen: Eines jedenfalls geht nicht - das ist auch eine neue Erfahrung -, nämlich dass eine demokratische Partei wie die CDU von Ihnen, Herr Clauss, als undemokratisch bezeichnet wird. Das geht nicht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.) - Stefan Grüttner (CDU): Unanständig!)

Das ist unanständig. Es ist in tiefstem Maße unanständig. Da zu der Zeit, als Sie sprachen, die Kameras noch eingeschaltet waren und das hessische Fernsehen noch übertra-

gen hat, bin ich mir ganz sicher, dass sich diese Behauptung gegen Sie und nicht gegen uns wenden wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Clauss, Sie haben in einer väterlichen Art und Weise auf Ihr Lebensalter und Ihre lange Erfahrung im Landtag hingewiesen. Sie haben sich dann aber völlig anders verhalten. Sie müssen Ihre Reden aus der Zeit von 1970 langsam weglegen. Die Reden aus dem Jahre 1970 sind nämlich aus einer Zeit, in der noch Klassenkampf angesagt war. Herr Clauss, Sie haben sich nicht etwa wie ein kluger Elderstatesman verhalten, sondern wie ein spätpubertärer Juso. Das ist auch kein guter Stil für dieses Haus. - Damit will ich das dann eigentlich auch beenden. Das ist alles, was dazu zu sagen wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ansonsten ist festzustellen, dass die Regierungserklärung von Roland Koch, des Herrn Ministerpräsidenten, sehr deutlich gemacht hat, dass diese Regierung und diese Koalition hervorragende Arbeit für Hessen und dessen Bürgerinnen und Bürger geleistet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Allen Unkenrufen zum Trotz - die kennen wir aus den vielen Debatten der letzten Monate - ist seit dem 7. April 1999 etwas anderes eingetreten, als es die Opposition erhoffte. Es ist in der hessischen Landespolitik wirklich eine Erneuerung eingetreten. Es gibt sichtbare Zeichen für Verbesserungen in Hessen und für eine Modernisierung in Hessen. Das wollten wir erreichen. Das haben wir in diesen zwölf Monaten angepackt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, F.D.P. und CDU haben eine Koalitionsvereinbarung geschlossen, die eine unwahrscheinlich gute Grundlage für eine vierjährige Regierungszeit in Hessen ist. Es werden vier Jahre werden. Danach werden vier weitere Jahre folgen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Koalitionsvereinbarung stellt ein Fundament dar, das wirklich tragfähig ist, auch vor dem Hintergrund der Probleme, die wir in Hessen angetroffen haben und die wir nun lösen müssen.

Wir haben Stagnation, eine Verschlechterung und Rückschritte vorgefunden. Wir haben das übrigens auch immer während unserer Zeit der Opposition gesagt. Das ist nichts Neues. Wir müssen an dieser Stelle aber sehr deutlich sagen, dass wir jetzt dabei sind, das umzusetzen, was wir vereinbart haben. Wir wollen die ideologischen Mauern überwinden, die allenthalben von Rot-Grün in diesem Lande aufgestellt wurden. Wir müssen veraltete Strukturen aufbrechen. Das ist äußerst schwierig. Das weiß ein jeder, der es einmal versucht hat. Wir müssen Verkrustungen wegschaufeln, die uns dabei behindern, ein modernes Land zu entwickeln. Wir müssen angesichts der Ziele, die wir vereinbart haben, schnell und trotzdem behutsam vorgehen, damit sie am Ende auch Akzeptanz bei denen finden, die sie umzusetzen haben. Insofern ist das kein einfacher Vorgang. Vor diesem Hintergrund ist die Tatsache, dass wir im ersten Jahr unserer Amtszeit schon Wesentliches erledigt haben und vieles auf den Weg gebracht haben, von besonderer Qualität und des Lobes für die Landesregierung wert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zu der Bilanz, die hier gezogen wird - ich brauche nicht alles zu wiederholen, weil das von Jörg-Uwe Hahn und

dem Ministerpräsidenten schon gesagt wurde, was die Inhalte betrifft -, gehört auch die Bilanz der Opposition in diesem Lande. Diese Oppositionsbilanz ist wahrlich schauerlich.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Denn bei allem, was wir gemacht haben, haben wir erlebt, dass die Opposition schlichtweg eine Neinsager-Opposition war. Zu mehr hat es nicht gereicht, Herr Clauss. Deswegen gehört zur Bilanz: Hessen hat derzeit keine funktionierende Opposition. Das ist ein schlimmer Vorgang.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Lachen bei der SPD)

Wissen Sie, wenn Sie bei einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zu den wirklich anstehenden Sachfragen in Hessen

(Norbert Schmitt (CDU): Vier Tage zu spät!)

die Möglichkeit nicht nutzen, sich mit der Sache auseinander zu setzen, sondern die Hälfte Ihrer Rede schlichtweg mit Schimpfen, Herummaulen und einer richtigen Schandmaulrede hier verbringen, dann haben Sie keine Themen. Dann sind Sie darauf angewiesen, zu schimpfen und zu beleidigen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Kartmann, erlauben Sie Zwischenfragen?

Norbert Kartmann (CDU):

Zwischenfragen - nein danke.

(Lachen des Abg. Manfred Schaub (SPD) - Gerhard Bökel (SPD): Aber bitte!)

Eine solche Rede ist ein Beweis dafür, dass wir es mit einer Opposition zu tun haben, die nicht existiert.

(Zuruf von der SPD)

- Das können Sie ohnehin tun. Das ist keine Frage. Lassen Sie es sich gut schmecken.

(Gerhard Bökel (SPD): Entschuldigen Sie! Wir frühstücken nicht, wenn der Oppositionsführer redet! - Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Aber Sie haben doch gerade gesagt: Dann können wir essen gehen!)

- Ach, Herr Bökel. Schön, dass Sie noch da sind.

Wir haben in den letzten drei Monaten das Problem gehabt, dass das, was wir getan haben, in den Schlagzeilen versunken ist, die aufgrund der CDU-Problematik erzeugt worden sind. Aber jetzt wird wieder deutlich, und das ist gut herübergekommen, dass eine erfolgreiche Landespolitik zweifelsohne unabhängig von der Problemlage fortgeführt werden konnte. Auch hier ist die Hoffnung der rot-grünen Opposition - ich werde sie weiterhin so bezeichnen müssen - schlichtweg zerstoßen, die gedacht hat, sie könnte in diesen Rauchschwaden verstecken, was die Landespolitik in Hessen wirklich geleistet hat.

(Beifall bei der CDU)

Dieses konzeptionslose Neinsagen muss kurz vor mir an einigen Beispielen dargestellt werden.

Lassen Sie mich einmal aufzählen, wo Sie in der Innenpolitik überall Nein gesagt haben. Sie haben das Gesetz zur

Stärkung der Bürgerbeteiligung und der kommunalen Selbstverwaltung abgelehnt. Sie haben sich gegen Kumulieren und Panaschieren ausgesprochen. Sie haben sich gegen die Festlegung auf ein Wahlalter von 18 Jahren ausgesprochen. Sie haben sich gegen die Stärkung der Rechte der direkt gewählten Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte ausgesprochen. Sie haben sich gegen deutliche Erweiterungen der Mitbestimmungsrechte der Kommunen bei der Landesgesetzgebung ausgesprochen.

(Manfred Schaub (SPD): Weil es nicht stimmt! Weil es alles Luftnummern sind! - Norbert Schmitt (SPD): Gegen die Unwahrheit haben wir uns ausgesprochen!)

Sie werden sich gegen das Gesetz für Sicherheit und Ordnung auflehnen und es ablehnen. Sie sagen Nein zur Schleierfahndung, Sie sagen Nein zur Videoüberwachung, Sie sagen Nein zur Verlängerung des Unterbindungsgewahrsams, Nein zur Wachpolizei, Nein zum freiwilligen Polizeidienst. Sie sagen Nein zum Brandschutzsicherungsprogramm, das notwendig geworden ist.

(Manfred Schaub (SPD): Auch das ist alles Etikettenschwindel! - Norbert Schmitt (SPD): Und gegen Schwarzgeld haben wir uns ausgesprochen!)

Sie sagen Nein zur Abschiebung straffällig gewordener Ausländer. Sie sagen in diesem Lande zu allem Nein.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Damit sagen Sie Nein zu mehr innerer Sicherheit. Das ist doch eine stolze Bilanz aus Sicht der Opposition. Insofern muss das genannt werden.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD) - Stefan Grüttner (CDU): Fraktion der Neinsager!)

- Solange Sie sich noch aufregen, sind Sie wenigstens noch im Saal. Hervorragend. - Sie sagen Nein zu allem, was der Justizminister macht.

(Anhaltende Zurufe des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Schmitt, auch für Sie gilt das mit der Dauerbeschallung. Bitte unterlassen Sie das.

(Stefan Grüttner (CDU): Erst denken, dann reden!)

Norbert Kartmann (CDU):

Ich kann ohne Herrn Schmitt schon gar nicht mehr leben. Das ist der Mann, der erst drei Tage, nachdem er gesprochen hat, denkt.

(Heiterkeit bei der CDU)

Und das ist der Mann, der immer dann in der Schule war, wenn die Unterrichtsstunden ausgefallen sind. Das war die Optimierungspolitik der SPD im Bildungsbereich. Aber das nur nebenbei.

(Beifall bei der CDU - Norbert Schmitt (SPD): Sie sind doch sitzen geblieben!)

- Ja, richtig. So ist es. Ich bin sitzen geblieben. Ich habe mein Abitur aber zum gleichen Zeitpunkt gemacht wie die anderen auch, weil wir ein Kurzschuljahr hatten. Da muss man im Schulleben clever überlegen, lieber Herr Schmitt.

Wir haben festzustellen, dass die gesamte Justizpolitik des Justizministers von Ihnen abgelehnt wird. Sie lehnen alles

ab, was zur Straffung des Strafvollzugs führt, was wichtig und notwendig ist. Sie sagen dazu einfach Nein. Sie sind gegen die einheitliche Handhabung von Vollzugslockerungen. Sie sind gegen strenge Kontrollen der Haftanstalten. Sie waren gegen die probeweise Einführung der Fußfessel.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

Sie waren gegen die Rücknahme des Plottnitz-Erlasses. Sie sagen immer Nein - zu allen Punkten der inneren Sicherheit und im Justizvollzug: Nein durch diese Opposition.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Petra Fuhrmann (SPD): Wer hat Ihnen diesen Schwachsinn aufgeschrieben?)

Jetzt kommt Schlichtern. Sie haben natürlich das Problem, dass Sie für den Standort sein müssen. In Ordnung, das ist klar. Das ist alles geklärt. Aber Sie versuchen jetzt natürlich, sich irgendwo aus der Verantwortung zu ziehen,

(Armin Clauss (SPD): Sie sind doch unerträglich!)

indem Sie sich an den angeblichen Verfahrensfragen oder den Defiziten der Art und Weise der Behandlung des Justizministers, was den Schlichter Bürgermeister anbetrifft, festhalten.

Lieber Herr Clauss, als in Butzbach das Problem anstand - -

(Armin Clauss (SPD): Haben Sie sich opportunistisch verhalten!)

- Ach, liebe Leute. Wissen Sie, ich habe mich ehrlich verhalten, nicht opportunistisch. Ich habe hier ganz klar meine Positionen landespolitisch bezogen und Ihnen alles erklärt.

Damals ist der damalige Justizminister von Plottnitz zum Bürgermeister von Butzbach gefahren, hat mit ihm Kaffee getrunken und ist wieder nach Hause gefahren, dann gab es eine Stadtverordnetensitzung zu diesem Thema und dann kam der Anstaltsleiter Winchenbach in Vertretung der Landesregierung an. Das war Ihre Art und Weise der Behandlung.

Dieser Minister hat klar und sehr früh mit dem Bürgermeister gesprochen. Er hat Gespräche mit dem Magistrat und den Fraktionen geführt. Er hatte Beamte, die Standort beurteilt haben. Das war ein ganz geordnetes Verfahren.

Dass bei einer Standortdebatte im Justizvollzug ein Nein kommt, ist auch ein Teil der Realität des Verhaltens in unseren Tagen - egal, bei welchen Einrichtungen man Widerstand leistet, von der Mülldeponie bis zur Strafanstalt, vom Flughafen bis woanders hin. Das wissen wir doch ganz genau.

(Armin Clauss (SPD): Sie haben sich doch auch so verhalten!)

Eines ist jedenfalls klar. Dieser Minister hat sehr akribisch, genau und gut seine Verantwortung wahrgenommen, hat alles vorbereiten lassen, hat im Konsens mit dem Bürgermeister gehandelt, ist dialogfähig und wird die Dialoge führen. Herr Clauss, das ist ein Tatbestand. Deswegen können Sie sich an dieser Stelle nicht nach dem Motto herausreden, das Verfahren habe nicht gestimmt.

(Armin Clauss (SPD): Na, na! Das sieht alles ein bisschen anders aus, als Sie es schildern!)

Das Ergebnis des Ministers heißt beispielsweise für den Standort Butzbach "nicht geeignet", und Ihr damaliger Justizminister kam zu dem Ergebnis, es sei geeignet. Da

stellt sich doch die Frage: Was ist denn da eigentlich politisch im Hintergrund der Standortdebatte, die wir damals geführt haben, gespielt worden? Das will ich nur noch einmal in Erinnerung bringen. Nur damit das noch einmal klargestellt wird: Der Justizminister ist an dieser Stelle nachweislich korrekt vorgegangen und hat immer auch im Kontext mit dem Bürgermeister gehandelt.

Wir haben es wirklich damit zu tun, dass Sie Nein sagen. Ich will einmal ein Beispiel nennen, und zwar die Grundwasserabgabe. Das war wohl der Treppenwitz eben hier von Ihnen, Frau Hinz.

(Beifall bei der CDU)

Die Grundwasserabgabe war die größte Geldbeschaffungskiste, die je eine Landesregierung mit Landessteuern gemacht hat. Sie haben Geld gesammelt ohne Ende. Sie haben es bis zum letzten Tag Ihrer Dienstzeit ohne Ende ausgegeben.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war immer endlich!)

In Höhe von 800 Millionen DM und mehr haben Sie Geld im Lande verteilt - nach Gutsherrinnenart. Dieser Titel steht Ihnen gar nicht, liebe Frau Hinz. Sie haben, was noch nie in der Haushaltsgeschichte dieses Landes der Fall war, uns eine Hinterlassenschaft von über 800 Millionen als Erbschaft mit auf den Weg gegeben. Sie haben Waschmaschinen finanziert und den Leuten das Geld aus der Tasche gezogen. Dann kommen Sie hierher und beschweren sich, über die Abschaffung der Grundwasserabgabe läge noch kein Gesetz vor.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war die Selbstverwaltung der Kommunen, die Sie doch sonst immer so hoch hängen!)

Sie sollten sich schämen, überhaupt das Wort in den Mund genommen zu haben, nachdem Sie an dieser Stelle eine Abzockermentalität an den Tag gelegt und eine Klienteloffensive betrieben haben, die ohnegleichen ist - und das mit dem Geld anderer Leute. Deswegen sagen Sie auch Nein zur Abschaffung dieser Abgabe, weil das natürlich eine schöne Sache war, wie Frau Hinz mit lockerer Hand die Millionchen im Lande herumgestreut hat.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welch ein Niveau!)

Ein anderes Beispiel ist der Hochwasserschutz. Das ist mir bei der Recherche begegnet. Da haben wir zweifelsohne einen unwahrscheinlich erfolgreichen Weg eingeschlagen. Jetzt wird endlich Geld ausgegeben. Es wird etwas im Hochwasserschutz getan. Sie haben jahrelang geredet, haben Haushaltsansätze gehabt, die nie abgerufen worden sind, und dann haben Sie gesagt: Nein, so, wie die Regierung das macht, ist das schlecht. - Kollege Reichenbach hat dann in seiner Rede fortgesetzt: Wir bleiben in der Kontinuität unserer Politik. - Das ist ein zusätzlicher Treppenwitz. Denn diese Kontinuität lautet Nichtstun, keinen Erfolg haben und den Hochwasserschutz nicht nach vorn bringen.

Das ist ein Beispiel von vielen.

(Norbert Schmitt (SPD): Ihnen steht doch das Wasser bis zum Hals!)

Sie können überall in den Protokollen nachlesen, dass wir es bei dieser SPD mit einer SPD zu tun haben, die völlig

konfus ist, die keine Planung und keine Perspektive in diesem Lande hat.

Ich weise des Weiteren auf das Dauerthema Biblis hin, das wir, die wir hier schon lange im Landtag sitzen, natürlich irgendwie schon immer im Ohr haben. Auch hier ist kaum zu glauben, was wir vorfinden. Es ist, nachdem wir 45 Genehmigungsverfahren vorgefunden haben, die nicht betrieben worden sind, nachweislich so, dass es Ihnen nie um die Sicherheit in Biblis ging, sondern um den Ausstieg, und zwar ausschließlich. Sie haben gesagt: keine Sicherheit, sondern Ausstieg. Dieses Konzept "Ausstieg statt Sicherheit" ist sehr zynisch gegenüber den Menschen, denen Sie dann noch erzählt haben, wie gefährlich es sei, bei Biblis in der Nähe eines Atomkraftwerkes zu wohnen.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt kommt der Minister her und fängt endlich an, das umzusetzen, was seine Pflicht ist. Dann bekämpfen Sie ihn dabei. Noch dazu haben wir das Problem, dass die Geisteshaltung, mit der Sie Kernkraftwerkspolitik in diesem Lande betrieben haben, jetzt nach Berlin gewandert ist.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Jetzt müssen wir gegen Herrn Trittin kämpfen, weil er genau denselben Unsinn wie Sie in dieser Frage denkt.

Das ist allerdings ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Deswegen sage ich Ihnen: Sie haben immer billigend in Kauf genommen, dass die Sicherheitslage nicht verbessert wird, um den Ausstieg zu beschleunigen, und nicht etwa die Sicherheit der Menschen garantiert.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (F.D.P.) - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Unverschämtheit!)

Das ist Zynismus der höchsten Form.

Meine Damen und Herren, nun zur Sozialpolitik. Wie sehr haben Sie das Kombilohnmodell der Sozialministerin hier bekämpft - mit Verve, bei Kundgebungen zum 1. Mai wie im Landtag, immer dagegen gekämpft. Sie sind in dem anderen Programm so stark verhaftet, dass Sie nicht mehr in der Lage sind, sich zu überlegen, ob die Kombilohnmodelle nicht ein hilfreiches Instrument bei der Überführung von Menschen aus der Sozialhilfe in den ersten Arbeitsmarkt sind. Ich sage Ihnen, das ist ein gutes Instrument, es wird sich als ein gutes Instrument erweisen. Deswegen ist das ein wesentlicher Beitrag zur Arbeitsmarktpolitik dieser Regierung. Es steht doch völlig außer Frage, dass das so ist.

(Beifall bei der CDU)

Nirgendwo wird mehr laut dagegen polemisiert - außer im Hessischen Landtag, wo man der Meinung ist, es sei historisch wichtig, dass sich die SPD dagegen wende, dass dieses Modell mitgetragen wird.

Zur Integrationspolitik. Hier gibt es einen wirklich signifikanten Wechsel im Politikansatz. Sie lehnen dieses Integrationskonzept in Bausch und Bogen ab.

(Manfred Schaub (SPD): Es gibt doch gar keines! Es gibt ein paar Seiten bedrucktes Papier! Tun Sie doch nicht so!)

Wenn ich jetzt einmal alle Polemiken wegnehme und nur in die Sache gehe, dann habe ich zumindest den Eindruck gewonnen, dass es bei den GRÜNEN erkannt worden ist, dass die Integrationspolitik, die man früher betrieben hat, so nicht weitergehen kann. Natürlich müssen Sie konstatie-

ren, dass es einen neuen Denkansatz gibt - nicht in den Worten von Frau Hinz, sondern in dem, was in dem Papier geschrieben ist. Aber, meine Damen und Herren, das müssen Sie nun wirklich zur Kenntnis nehmen, und zwar jeder in diesem Lande: Die bisherige Politik - und das war Ihre Politik - war eine Ausländerpolitik, keine Integrationspolitik. Die Frage ist, welche Integrationspolitik wir für die Ausländer hier und für uns Deutsche machen. Wir müssen das zusammenbringen, und das heißt Integration, dem Wortsinne nach. Es geht nicht mehr darum, Ausländerpolitik zu machen.

(Armin Clauss (SPD): Es ist doch gelungen, nach Hessen zu integrieren!)

- Entschuldigung, Sie wollen doch wieder zurück zur Ausländerpolitik. Wenn Sie unseren Ansatz ablehnen, dann wollen Sie zurück zu den alten Kamellen der Ausländerpolitik, und das ist zu wenig für einen Integrationsprozess, den wir in diesem Lande brauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie einmal sagen, was Sie wollen?)

Ich glaube schon, dass es wichtig ist, dass Sie an dieser Stelle einmal so langsam die Kurve kriegen. Ich hoffe auch, dass Ihnen das gelingt, weil es wichtig ist, dass dies auch eine breite Akzeptanz in der gesamten Gesellschaft erhält, denn sonst haben wir an dieser Stelle weniger Chancen.

Zur Bildungspolitik. Ich stelle es erneut fest, dass Sie als Regierungsparteien gerade in der Bildungspolitik eklatant versagt haben. Das wird Tag für Tag deutlich.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Versagen dokumentieren Sie ständig durch Ihre ablehnende Haltung an dieser Stelle. Herr Clauss hat gesagt, der Ministerpräsident und diese Regierung sähen die Schulpolitik nur quantitativ. Meine Damen und Herren, diese Trennung zwischen quantitativ und qualitativ hat es in der Schule noch nie gegeben. Vielmehr gibt es eine Abhängigkeit: Wenn die Quantität nicht stimmt, wird die Qualität abnehmen. Diese Qualität hat während Ihrer Regierungszeit einfach abgenommen, weil Sie die Quantität nicht sichergestellt haben. Unterrichtsausfall ist verheerend für die Qualität von Schule und für unsere Kinder. Deswegen galt es, dort anzusetzen.

Dann haben Sie festgestellt: Na ja, Gott, das akzeptieren wir, aber sonst nichts. - Meine Damen und Herren, wenn das ein bildungspolitischer Ansatz ist, dann, sage ich, haben Sie aus den letzten acht Jahren nichts gelernt. Aber warum sollten Sie überhaupt lernen? Sie haben Ihre Truppen draußen doch so aufgestellt, dass Sie mit den Restbeständen an Kampfkraft noch gegen diese Politik von Frau Wolff kämpfen werden.

Meine Damen und Herren, ich stelle einmal fest, dass Sie eigentlich, wenn man es genau nimmt, in der Schulpolitik Fundamentalopposition betreiben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sprechen Sie doch endlich einmal einen vernünftigen Satz! - Gerhard Bökel (SPD): Und den noch frei!)

In der Schulpolitik betreiben Sie eine mit Ach und Krach festzustellende Zustimmung zu ein paar Lehrern. Sie lehnen die Tatsache ab, dass wir die Lehrpläne verändern, dass wir das gegliederte Schulsystem auf neue Beine stellen, dass wir die Grundschule verbessern, dass wir die Haupt-

schule wieder beleben, weil sie notwendig ist und es die Hauptschüler gibt, Herr Clauss. Das ist nicht etwa eine Schule, die wir zerredet haben, sondern die Sozialdemokraten haben sie über 20, 25 Jahre systematisch kaputtgemacht und damit einer ganz wichtigen Gruppe von jungen Menschen die Schulheimat entzogen. Das ist eine Schande für Sozialdemokraten in unserem Lande.

(Beifall bei der CDU)

Sie sagen Nein zur Betreuung, wie wir sie anlegen. Dabei ist das die einzig sinnvolle, weil gerechte Lösung, weil sie das Ziel erreicht, das wir insgesamt brauchen - dass wir verlässliche Zeiten für Schülerinnen und Schüler an Schulen anbieten, die nicht zulasten von Unterricht gehen. Deswegen müssen wir Lehrpersonal von sozialen Erziehungselementen befreien. Wir stellen dort eine Einheit her und trotzdem Verlässlichkeit. Wir können das auch noch finanzieren. Ihr Modell war doch schon in der letzten Legislaturperiode an die Wand gelaufen. Sie hätten mit dem Aufwand, den Sie betrieben haben, keine einzige weitere Schule finanzieren können.

(Beifall bei der CDU)

In der hessischen Schullandschaft haben Sie dann ein Gefälle eingerichtet, von der armen Grauen-Maus-Schule, die das nicht hatte, bis zur Nachbarschule, die die goldenen Wasserhähne von Ihnen bezahlt bekam. Das war doch nicht gerecht.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hören Sie doch einmal mit diesem Unsinn auf!)

Letztendlich hätte das zum Chaos und zu einer ganz schlimmen Debatte geführt. Wenn wir jetzt unser Programm umsetzen, dann wird man erleben, dass die Frage der selbstverständlich notwendigen Betreuung in unserem Modell bestens aufgehoben ist und es an dieser Stelle auch mit der Qualität der Grundschule vereinbar sein wird.

Meine Damen und Herren, Sie sagen Nein zur Verkürzung der gymnasialen Schulzeit. Damit hinken Sie sogar Ihrem Kanzler hinterher, das haben Sie hoffentlich inzwischen festgestellt. Der Bundeskanzler sollte sich als Bundesvorsitzender eh einmal fragen, welche rote Truppe er hier auf dieser Hesseninsel noch hat, die völlig an den Realitäten dieser Welt vorbei ihre Politik macht.

(Zurufe von der CDU: Sehr richtig!)

Das gilt nicht nur für die Schulpolitik, sondern, wie ich gerade festgestellt habe, auch in der Frage der Beurteilung des Bundes der Vertriebenen - wenn ich das hier einmal einflechten darf. Nachdem der große Kampf im Hinblick auf die Besetzung des Rundfunkrates begonnen hat und der BdV dort sozusagen zum Anklageverband gemacht wurde, hat sich nun der Bundeskanzler entschieden, als erster deutscher Bundeskanzler zur Eröffnung des Tages der Heimat zum BdV zu gehen - das ist doch ein spannender Vorgang.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das heißt doch, Schröder ist offensichtlich der Meinung, dass dieser Verband nicht - wie ich im Hessischen Rundfunk gehört habe - eine reaktionäre Einrichtung ist. Aber das nur nebenbei. Sie, die SPD, sind schlichtweg noch im letzten Jahrhundert.

Meine Damen und Herren, Sie lehnen die Verbesserung der Abschlussqualität ab. Frau Hinz hat das vorhin noch einmal dargestellt. Die Frage der Verbesserung der Qualität unserer Schulabschlüsse ist kein Einzelpunkt für sich, sondern

er ist Teil einer auf das Gesamte angelegten Verbesserung der Qualität hessischer Schulbildung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dazu gehört eben auch die Frage, wie die Abschlüsse zu definieren sind. Das muss als eine Einheit gesehen werden. Das wissen Sie auch. Das von der gesamten Bildungspolitik abzutrennen macht Ihr Vorgehen so unehrlich. An dieser Sache müssen wir festhalten. Denn sonst werden wir nie in die Lage versetzt, Qualitätsmanagement an Schulen zu machen - nicht nur im Hinblick auf Unterricht, sondern beispielsweise auch im Hinblick auf Lehrerinnen und Lehrer.

Frau Hinz, natürlich haben Sie Recht. Wir müssen auch die Lehrerinnen und Lehrer in die Frage der Qualitätsverbesserung einbeziehen. Aber das können wir nicht so machen, wie Sie es sich vorstellen. Dies ist ein vernetzter Prozess, der in allen Bereichen stattfinden muss. Am Ende muss eines stehen: Unsere Kinder müssen ihrer Begabung entsprechend die bestmögliche Ausbildung erhalten, damit sie danach weiterkommen können. Das ist das oberste Ziel unserer Schulpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere an die Debatte um den Landesstraßenbau. Darin haben Sie als SPD vor allen Dingen das Problem, dass Ihnen Ihre Genossen vor Ort ordentlich Druck machen, weil sie es nicht mehr aushalten können, dass ihre Straßen nicht gebaut werden und Sie acht Jahre lang die grüne Blockade dulden mussten.

Jetzt haben Sie begonnen, ein bisschen gegen dieses Kommunalinteressenmodell zu polemisieren. Sie haben den Landesrechnungshof angerufen. Sie haben gesagt, das sei alles nicht mit der Landeshaushaltsordnung vereinbar, und alles, was diese Regierung macht, sei schlimm. Der Landesrechnungshof aber hat Ihnen bestätigt, dass das sehr wohl in Einklang mit der Landeshaushaltsordnung steht.

(Manfred Schaub (SPD): Nein, nein!)

Und ein Kommunalen Spitzenverband hat gesagt, das sei eine vernünftige Lösung dieses Problems. Das aber haben Sie nicht hören wollen. Sie stehen in dieser Frage der kommunalen Finanzierung der Straßen hier in Hessen völlig alleine.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das Meisterstück oppositioneller Arbeit hat dann die Debatte um den Nachtragshaushalt 1999 geliefert. Ich will mich jetzt nicht weiter damit beschäftigen, dass wir damals eine Altlast von sage und schreibe 1,1 Milliarden DM zu verkraften hatten, sondern ich will Ihnen einmal zitieren, was der Fraktionsvorsitzende der SPD - der sich auch als Oppositionsführer bezeichnet - gesagt hat. Clauss wörtlich:

Ich prophezeie Ihnen, wenn Sie die globalen Minder Ausgaben am Jahresende mit Ihrer jetzigen Verschuldung darstellen, werden Sie keinen verfassungskonformen Abschluss 1999 haben.

(Armin Clauss (SPD): Das hat Ihnen sogar der Rechnungshof bescheinigt!)

Er hat auf den auf der Tribüne anwesenden Vertreter des Rechnungshofs verwiesen und gesagt:

Auch ihn bitte ich, sehr aufmerksam zuzuhören, weil wir ihn gebeten haben, den Vorgang zu prüfen. Und deswegen sage ich Ihnen,

- so sagten Sie damals -

der Haushalt, den Sie heute verabschieden, ist nicht verfassungskonform. Wir werden abwarten, was der Rechnungshof auf unsere Fragen vorlegt.

Und dann die große Drohung des Herrn Clauss:

Wenn Sie politisch nicht zur Vernunft kommen, dann muss Sie gegebenenfalls der Staatsgerichtshof zur Vernunft bringen.

Ergebnis: Der Rechnungshof hat gesagt: alles in Ordnung.

(Armin Clauss (SPD): Hat er nicht gesagt!)

Er hat gesagt: alles in Ordnung. Er hat Ihren Hoffnungen nicht entsprochen. Der Rechnungshof hat klar gesagt, dass dies in Ordnung geht und Ihre Klage beim Rechnungshof keinen Erfolg hat. Vor allen Dingen ist der Landeshaushalt 1999 verfassungskonform abgeschlossen worden. Das heißt, wir haben das auch gemacht, was wir vorher gesagt hatten.

(Armin Clauss (SPD): Das Gegenteil hat er gesagt!)

Wir haben es nach vielen rot-grünen Jahren geschafft, einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen. Das haben Sie, Herr Clauss, nie geschafft.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wie können Sie eigentlich hier als Ankläger für verfassungskonforme Haushalte eintreten, obwohl Sie das Limit doch in den letzten Jahren permanent locker in Milliardenhöhe überschritten haben? Da sind Sie wirklich ein schlechter Ankläger.

Lieber Herr Clauss, Sie sind auf den Bauch gefallen. Sie sind mit vor Stolz geschwellter Brust zum Rechnungshof gegangen, mit der Drohung Staatsgerichtshof. Als Sie zurückgekommen sind, war die Luft raus aus Ihren Argumenten und aus der geschwellten Brust - ein Flachmann am Ende des Prozesses der Anklage.

(Manfred Schaub (SPD): Nein, so war es nicht!)

Lieber Herr Clauss, das ist nur beispielhaft für das, was Opposition in diesem Lande ausmacht, nämlich nichts mehr. Das ist allerdings auch ein Problem. Das muss ich hinzufügen. Man ist schon geneigt, Ihnen den Satz zuzurufen, dass eine gute Regierung eine gute Opposition braucht. Ich wünsche der Regierung, dass sie gut bleibt, auch ohne Opposition. Das hoffe ich sehr. Ich bin auch sicher, dass ihr das gelingt,

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

weil wir an dieser Stelle nach meiner Auffassung auch als Koalitionsfraktionen mit dazu beitragen können, dass dieser Prozess erfolgreich abgeschlossen wird.

Ich will am Schluss der Debatte um 13.12 Uhr nur kurz dargestellt haben, dass die Bilanz dieser Regierung ein wirklich positives Kontrastprogramm zur Bilanz dieser Opposition ist. An dieser Stelle ist es ein ehrlicher Teil der Debatte.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die Regierungsfractionen von CDU und F.D.P. können sehr zufrieden sein mit dem, was erreicht worden ist. Wir sind zufrieden mit der Arbeit dieser Landesregierung. Ich glaube, dass wir auch mit dem Miteinander zufrieden sein können, verehrte Kolleginnen und Kollegen der F.D.P. Denn dies ist ein wesentlicher Teil des Fundaments, auf dem wir unsere Arbeit machen: kein Klamauk, kein Streit,

sondern Sacharbeit, Konsensfähigkeit auf beiden Seiten. Dies ist etwas, was über die Themen hinaus - selbstverständlich von denen, die Politik entsprechend beobachten - vermerkt wird. Deswegen kann ich auch zum Schluss in Abwandlung eines geflügelten Wortes feststellen: Die Regierung in diesem Lauf halten weder Clauss noch Bökel auf. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Aussprache und stelle fest, dass die Regierungserklärung gegeben und besprochen wurde.

Wir treten jetzt in die Mittagspause bis 15 Uhr ein. Ich möchte noch einmal auf die Ausstellungseröffnung, die draußen stattfindet, hinweisen.

(Unterbrechung von 13.14 bis 15.05 Uhr)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen und Herren! Wir wollen die Sitzung fortsetzen.

Ich darf Sie zunächst bitten - auch unsere Zuhörerinnen und Zuhörer -, sich zum Andenken an einen verstorbenen Kollegen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Heute verstarb der frühere SPD-Abgeordnete Karl Kronawitter, der diesem Hause von 1972 bis 1989 angehört hat. Karl Kronawitter, geboren 1934 in Vilshofen, wurde Former und Gießler, danach Bautenschutz- und Gießereiarbeiter. Das heißt, er lernte seinen Beruf von der Pike auf und übte ihn auch so aus, bevor er dann über Tätigkeiten in Betriebsräten und den Besuch der Akademie der Arbeit in Frankfurt zweiter Bevollmächtigter der IG Metall in der Verwaltungsstelle Gießen wurde, wo ich ihm dann in vielfacher Weise begegnet bin. 1971 wurde er Bezirkssekretär der IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt am Main.

Karl Kronawitter gehörte der SPD als Mitglied seit 1958 an. Er war stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD und hatte in dieser Funktion auch weitere wesentliche Funktionen innerhalb des Vorstands der Landes-SPD inne. Nachdem er zunächst im Odenwaldkreis Gemeindevertreter war, gehörte er mehrere Jahre der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gießen an.

Der Tod war sehr plötzlich. Viele in diesem Raum kennen Karl Kronawitter noch, der uns auch, nachdem er nicht mehr als Landtagsabgeordneter aktiv war, häufig besucht hat. Seine Beerdigung findet am 10. April um 14.30 Uhr auf dem Waldfriedhof in Eppertshausen statt. Der Fraktionsvorsitzende Armin Clauss wird, wie mir gesagt wurde, auf jeden Fall an der Beerdigung teilnehmen.

Ich bedanke mich, dass Sie sich zu Ehren des verstorbenen Kollegen erhoben haben.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine Damen, meine Herren, ich rufe nun vereinbarungsgemäß den **Tagesordnungspunkt 18** auf:

Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Schutz des Wahlprüfungsgerichts vor verfassungswidrigen Angriffen der CDU - Drucks. 15/1159 -

verbunden mit **Tagesordnungspunkt 41:**

Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Unterstützung der Angriffe auf das Wahlprüfungsgericht durch die Hessische Landesregierung - Drucks. 15/1191 -

Wir haben uns auf eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion geeinigt. Mir wurde signalisiert, dass die Landesregierung zuerst spricht. Das Wort hat Herr Dr. Jung, Staatsminister der Staatskanzlei.

Dr. Franz Josef Jung, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben in Ihrem Dringlichen Antrag Fragen an die Landesregierung gerichtet, die ich für die Landesregierung gerne beantworten möchte.

Zunächst will ich festhalten, dass die Unterstellungen, die in dem Antrag enthalten sind, nicht zutreffend sind. Es finden hier nicht irgendwelche Kooperationen statt, sondern es findet eine eigene verfassungsrechtliche Prüfung vonseiten der Landesregierung im Zusammenhang mit aufgetretenen Fragen zum Thema Wahlprüfungsgericht statt.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung ist der Auffassung, dass es die Pflicht dieser Landesregierung ist, aufgetretene verfassungsrechtliche Fragen zu prüfen, weil wir nicht nur entsprechend dem Amtseid verpflichtet sind, Verfassung und Gesetz im demokratischen Geiste zu befolgen und zu verteidigen, sondern weil es, wie ich denke, in unserem gemeinsamen Interesse ist, gegebenenfalls vorhandene, auch verfassungsrechtliche Fragen und Probleme zu klären.

Heute war in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" ein Artikel eines Vorsitzenden Richters am Oberlandesgericht und Präsidenten des Landgerichts zu lesen.

(Manfred Schaub (SPD): Im Kampfblatt inszeniert! Erst selbst schreiben, und dann zitieren Sie daraus! Am besten zitieren Sie Herrn Irmer! Das ist authentischer!)

Ich möchte das nur zitieren. Er schreibt Folgendes:

Nach hessischem Wahlprüfungsrecht ist das Urteil des Wahlprüfungsgerichts mit der Verkündung rechtskräftig. Die Entscheidung soll also endgültig und unanfechtbar sein. Diese Regelung darf man nach heutigem Rechtsverständnis getrost als Skandal bezeichnen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wer sich verfassungsrechtlich mit diesen Fragen auseinandersetzt, der muss feststellen, dass beispielsweise die Wahlprüfung nach Art. 41 Grundgesetz so geregelt ist, dass dies zunächst Aufgabe des Parlaments ist. Wahlprüfung ist Sache des Bundestages. Gegen diese Entscheidung des Bundestags ist dann die Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht zulässig.

(Siegbert Ortman (CDU): Das ist auch richtig!)

Grundsätzlich ist dies auch in den 15 anderen Bundesländern in der Art und Weise geregelt. Hessen hat die Wahlprüfung - unmittelbar aus der Weimarer Verfassung abgeleitet, und zwar vor In-Kraft-Treten des Grundgesetzes - gemäß Art. 78 der Hessischen Verfassung dem Wahlprüfungsgericht übertragen. Das Wahlprüfungsgesetz ist am 5. August 1948 in Kraft getreten.

Diese Ausgestaltung, wie sie im Lande Hessen erfolgt ist, ist einzigartig in Deutschland, insbesondere im Hinblick darauf, dass mit der Verkündung die Entscheidung rechtskräftig ist und die Frage der Rechtsweggarantie sich entsprechend stellt und auch die Frage, inwiefern dies im Einklang mit dem Grundgesetz steht.

(Barbara Stolterfoht (SPD): Das hat Sie aber 50 Jahre nicht gestört!)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal Herrn Feiber zitieren, der noch Folgendes ausführt:

Zwar haben die Väter der Hessischen Verfassung diese Missgeburt Gewaltenmix nicht selbstständig gezeugt, sondern aus der Weimarer Reichsverfassung von 1919 abgeschrieben. Gleichwohl darf man die Prognose wagen, das Bundesverfassungsgericht werde das hessische Wahlprüfungsgericht ebenso als grundgesetzwidrig verwerfen, wie sich dies schon im Falle des 1975 abgeschafften Wahlprüfungsgerichts des Landes Rheinland-Pfalz abgezeichnet hat.

(Norbert Kartmann (CDU): Sehr richtig! - Barbara Stolterfoht (SPD): Neuwahlen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie qualifizieren in Ihrem Antrag das Wahlprüfungsgericht - ich zitiere - "mit Gerichtscharakter". Es gibt auch entsprechende rechtliche Meinungen und auch Entscheidungen in diese Richtung.

Die Fragen, die sich in diesem Zusammenhang aus verfassungsrechtlicher Sicht stellen, sind beispielsweise: Wenn ich das als "mit Gerichtscharakter" qualifiziere, stellt sich die Frage nach dem gesetzlichen unabhängigen Richter nach Art. 97 des Grundgesetzes.

Meine Damen und Herren, ich gehe jetzt nicht für die Landesregierung auf die Diskussion zur Befangenheit usw. ein. Unstreitig ist, dass die drei Mitglieder dieses Parlamentes nicht im Sinne des Grundgesetzes "Gericht", sondern Partei sind. Dies ist eine Frage, deren Prüfung man sich ebenfalls zuwenden muss, wenn man sich verfassungsrechtlich mit diesen Fragen beschäftigt.

(Barbara Stolterfoht (SPD): Auf einmal! - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha! - Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Frage ist auch, ob eine Verkürzung des Rechtsschutzes im Raume steht, wobei die Rechtsweggarantie dort zu kurz kommen könnte. Ich glaube, es ist unstreitig, dass hier eine Entscheidung getroffen wird, die unmittelbar dieses Parlament, das von den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes frei gewählt ist, in seinen Rechten betrifft. Dies ist im Hinblick auf die Funktion des demokratischen Staatswesens eine mehr als bedeutende Frage.

Wir haben in unserem Rechtssystem beispielsweise erstinstanzliche Entscheidungen des Amtsgerichts, die nicht mehr der gerichtlichen Kontrolle unterworfen sind, außer gegebenenfalls dann, wenn verfassungsrechtliche Probleme aufgetreten sind. Dies ist aber nur bei minimalen Streitwerten unter 1.500 DM der Fall. Ich glaube, das kann hier nicht als Vergleich herangezogen werden.

Meine Damen und Herren, wenn man das Wahlprüfungsgericht aber nicht als Gericht qualifizieren würde, sondern sagen würde, das sei wie in anderen Länderparlamenten und im Bundestag als Frage des parlamentarischen Überprüfungsverfahrens zu werten, dann stellt sich natürlich die

verfassungsrechtliche Frage der Rechtsweggarantie im Hinblick auf Art. 19 Abs. 4 Grundgesetz, wonach jedem, der durch öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt wird, der Rechtsweg offen stehen muss. - Hier ist aber in § 17 des Gesetzes geregelt, dass das Urteil mit Verkündung rechtskräftig wird,

(Barbara Stolterfoht (SPD): Das hat Sie doch noch nie gestört!)

sodass der Landtag unmittelbar aufgelöst und die nachfolgende rechtliche Überprüfung dann ein "Wiedereinsetzen in den vorigen Stand" wäre.

Dies alles sind rechtliche Fragen, die sich ergeben, die einer verfassungsrechtlichen Prüfung unterzogen werden. Ich denke, dass es richtig ist, dass die Landesregierung diese verfassungsrechtliche Prüfung vornimmt, und zwar - wie ich meine - im Interesse des Landesparlamentes, unseres demokratischen Rechtsstaates, aber auch in Hinblick auf unsere verfassungsrechtliche Verantwortung.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD: Im Interesse der Machterhaltung!)

Meine Damen und Herren, deshalb nimmt die Landesregierung diese verfassungsrechtliche Prüfung vor. Nach Abschluss dieser Prüfung wird die Landesregierung eine Entscheidung treffen, in welcher Art und Weise dies gegebenenfalls entsprechende Konsequenzen haben sollte. Wenn die Überprüfung abgeschlossen ist, wird die Landesregierung eine Entscheidung dazu treffen. Ich glaube, es wäre dann auch richtig und sinnvoll, dass wir hier im gemeinsamen Interesse für Rechtsklarheit sorgen, wenn die verfassungsrechtliche Prüfung zu solchen Ergebnissen führt. Diese Prüfung ist aber noch nicht abgeschlossen, und die Landesregierung wird in Kürze zu einer entsprechenden Entscheidung kommen. - Besten Dank.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Kollege Klemm für die SPD-Fraktion.

(Unruhe bei der CDU)

Lothar Klemm (SPD):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Zuruf von der CDU: Der neue Klemm! - Weitere Zurufe von der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen und Herren, Herr Klemm hat das Wort.

(Zuruf von der CDU: Wo ist Bökel?)

Lothar Klemm (SPD):

Es ist schon ein Vorgang mit einem besonderen Geschmäckle.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Petra Fuhrmann (SPD): Mehr als Geschmäckle!)

Diejenigen, die jahrelang gegen das Verfassungsgebot der Transparenz der Finanzierung politischer Parteien in geheimbündlerischer Weise

(Petra Fuhrmann (SPD): Richtig! - Zuruf von der CDU: Ha!)

- wie Sie vortragen - verstoßen haben, entdecken in dem Moment, in dem es um die Klärung der Konsequenzen dieses Tuns geht, die Verfassungsproblematik von Organen,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die seit fünf Jahrzehnten in diesem Land bestehen: Wer hier wovor Angst hat, das ist ziemlich offenkundig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Aloys Lenz (CDU): Haben Sie Angst davor?)

- Ich bin bereit, auf Zwischenrufe einzugehen. Meine Erfahrung als Anwalt vor Gericht zeigt mir, dass die Frage der Legitimität eines Gerichts und das Verhalten von Richtern immer dann in besonderer Weise bei den Beteiligten eine Rolle spielen, wenn man vor dem Urteil, das kommen wird, Angst hat. Meine Damen und Herren, so einfach ist das mit der Angst.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir meinen, dass uns - unabhängig von all diesen schwierigen und emotionensgeladenen Tagesfragen - eines einen sollte, nämlich die Überzeugung, dass es Institutionen und Organe in diesem Staat geben muss, die über den Tag hinaus und unabhängig von dem, was im Moment aktuell in der Diskussion ist, in der Lage sind, ihre Positionen zu vertreten.

(Zuruf von der CDU: Unabhängig! - Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Dass es Diskussionen um Gerichtsverfahren gibt, die politisch geführt werden, ist nicht neu - weder in der Bundesrepublik Deutschland, im Deutschen Bundestag noch in diesem Landtag. Es war schon immer so, dass diejenigen, die ein negatives Urteil befürchten,

(Zuruf von der CDU: Das ist doch Quatsch!)

oder diejenigen, die ein negatives Urteil erfahren haben, die Diskussion über die Richter entfesselt haben, die in diesem Verfahren die Entscheidung zu treffen hatten. In der Regel waren es allerdings Minderheiten, die diese Diskussion geführt haben. Wir sind in der besonderen Situation, dass der Konsens der großen Volksparteien, der in dieser Frage über Jahrzehnte bestand, die Gerichte aus dieser Diskussion herauszulassen, hier aufgekündigt wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist - Armin Clauss hat es heute Morgen gesagt - kein Vorzug, wenn man schon längere Zeit in Positionen tätig ist. Aber ich habe mich in der Vorbereitung auf diese Rede daran erinnert, dass ich mich das eine oder andere Mal zu rechtspolitischen Fragen geäußert habe. In dem Zusammenhang bin ich auf zwei Reden gestoßen, bei denen beide Male im Protokoll vermerkt ist: "Beifall bei SPD und CDU".

(Gerhard Bökel (SPD): Was?)

Das eine ist aus der Sitzung des 26. Februar 1986, das andere aus der Sitzung des 28. April 1983.

(Traudl Herrhausen (CDU): So lange ist das her?)

- Ja, so lange ist das her. - Da habe ich einmal gesagt:

Es wäre schlimm um diesen Staat bestellt, wenn hier Richter für ihre Rechtsprechung gemäßregelt werden

könnten. Wir wollen keine Staatsgewalt, die auf Richter durch Rüge und Lob einwirkt. (Beifall bei SPD und CDU)

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Es ging um eine Auseinandersetzung mit der Fraktion der GRÜNEN. Rupert von Plottnitz hatte damals

(Michael Denzin (F.D.P.): Oh!)

einen Artikel im "Pflasterstrand" veröffentlicht, und wir führten darüber eine große Landtagsdebatte.

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zweites Beispiel. Es gab 1983 eine Debatte - auch wieder mit den GRÜNEN -, die hatte folgenden Anlass: "BUND zweifelt an der Unabhängigkeit der Justiz".

(Siegbert Ortman (CDU): Das ist etwas ganz anderes!)

- Sie haben mir gerade das Wort "Unabhängigkeit" zugerufen. Ich denke, das ist genau das Thema.

Damals hieß es: Eine solche Debatte ist politisch schädlich, weil sie ausschließlich den Sinn und den Zweck hat, die Unabhängigkeit hessischer Richter infrage zu stellen. Es reicht ja nicht aus, von der Unabhängigkeit der Justiz nur zu reden, in Wirklichkeit aber alles zu tun, der Justiz durch ständig wiederkehrende politische Diskussion im Landtag ein Korsett anziehen zu wollen, damit die Justiz Angst bekommt, wenn sie wichtige Entscheidungen treffen will, weil sie sich ständig im Hessischen Landtag vorgeführt sieht. - Genau darum geht es in der Diskussion, die wir hier führen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Wir sind alle keine Kinder von Traurigkeit. Es geht nicht darum, Moral zu predigen. In der tagespolitischen Auseinandersetzung muss es möglich sein, einen harten Meinungsaustausch zu pflegen.

(Zurufe von der CDU)

Es gibt in diesem Staat aber Organe, die unabhängig von der tagespolitischen Auseinandersetzung in der Lage sein müssen, kontroverse Entscheidungen zu treffen, und zwar in dem Maße, in dem die Verfassung ihnen dies zubilligt. Die Politik steht immer in der Versuchung, den tagespolitischen Vorteil etwas höher zu gewichten, als die idealtypischen Grundpositionen zur ständigen Richtschnur des Handelns zu machen. Das weiß ich alles. Ich meine aber, es gibt für diejenigen, die über den heutigen Tag hinausdenken, Anlass, einmal innezuhalten. Deshalb möchte ich auf die drei Punkte eingehen, die in dieser Debatte von unterschiedlichen Seiten vorgetragen werden.

Wir haben in Hessen ein Wahlprüfungsgericht, dessen Zusammensetzung und dessen Aufgaben durch die Verfassung sehr genau geregelt sind. Herr Staatsminister Jung, dieses Wahlprüfungsgericht hat fünf Jahrzehnte lang gearbeitet. Es hat in diesen fünf Jahrzehnten nicht im Verborgenen gewirkt, sodass keiner gewusst hat, was Sache ist. Vielmehr haben wir zu Beginn jeder Legislaturperiode die Mitglieder dieses Gerichts aufs Neue gewählt. Kein Mensch ist in diesen fünf Jahrzehnten auf die Idee gekommen, zu sagen, das Wahlprüfungsgericht sei ein nicht verfassungsgemäß zusammengesetztes Organ.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt könnte ich sagen: Das ist überhaupt kein Problem. Darauf ist fünf Jahrzehnte lang nur kein Mensch gekommen. Das kann ja sein. Plötzlich ist die Erkenntnis über uns gekommen. Wir stellen fest: Es gibt eine neue Dissertation, die sich mit diesen Fragen wirklich auseinandersetzt. Man kann ja dazulernen. - Das ist aber nicht so.

(Zuruf von der CDU: Doch!)

Diese Debatte kommt deshalb über uns, weil eine der Mehrheitsfraktionen in diesem Haus ihre moralische Legitimität verloren hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben Sie, und das wissen Sie.

(Aloys Lenz (CDU): Wir haben die Debatte, weil die Minderheit an die Macht will! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Sie können doch den Kindern in der Schule heutzutage nicht mehr erzählen, dass es notwendig ist, die Wahrheit zu sagen und der Wahrheit zum Recht zu verhelfen, wenn Sie sich so verhalten, wie es die CDU in Hessen getan hat. Das funktioniert einfach nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Sie wissen, dass Sie die politische Legitimität verloren haben, weil das Fundament, auf dem Sie bauen, nicht belastbar ist. Sie fürchten aber, dass Sie jetzt die juristische Legitimität dafür verlieren, dass Sie hier eine Regierung bilden können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist es für mich als Anwalt nachvollziehbar, dass man scharf kämpft. Das kann ich verstehen. Die Frage ist aber, ob wir hier in einer einfachen Parteirolle sind oder ob wir - Sie haben es gesagt - als Regierung, als Parlamentarier die Verantwortung haben, über den Tag hinaus die Funktionsfähigkeit des Staatswesens zu organisieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da geht es nicht allein um die Frage, wer gerade wen regiert.

Ich denke, dass man darüber diskutieren kann, Organe anders zusammensetzen. Ich denke, dass man darüber diskutieren kann, Verfassungsregeln zu ändern. Als alte Anwälte, die wir sind, Herr Kollege Jung, Herr Kollege Koch, wissen wir aber: Es hat einen ganz schalen Beigeschmack, wenn diese Diskussion anlassbezogen geführt wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In meinem Anwaltsleben habe ich einiges mit Strafverteidigung zu tun gehabt. Die schlechtesten Gesetze im Strafprozess waren die Anlassgesetze, die gemacht wurden, um bestimmte Verfahren in eine bestimmte Richtung zu treiben. Das ist zwischen Juristen unstrittig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich zitiere jetzt Werner Kägi, einen Schweizer Verfassungsrechtler - kein Sozialdemokrat, vielmehr ein sehr Konservativer -, der sehr deutlich gesagt hat:

Mit dem Begriff Verfassung verbindet sich die Vorstellung von Stabilität. Die Grundregeln der Verfassung bilden das feste und darum möglichst dauerhafte Fundament aller staatlichen Ordnungen. Die normative Wichtigkeit von Verfassungsrecht gegenüber alltagspolitischen Strömungen muss gesichert werden.

Das ist genau der Punkt, über den wir hier diskutieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Stefan Grüttner (CDU): Das war genau daneben!)

Wenn Ihnen das alles nicht passt, dann reden wir über nüchternes Recht.

(Zuruf des Abg. Siegbert Ortmann (CDU))

- Ich bin zu jeder intensiven Vertiefung dieses Dialogs bereit.

Ich sage Ihnen eines: Mich wundert, dass diese Diskussion so geführt wird, als sei die Frage der verfassungsrechtlichen Beurteilung des Wahlprüfungsgerichts sozusagen ein völliges Novum, ein unbeschriebenes Blatt. Das stimmt ja nicht. Der Staatsgerichtshof in Hessen hat sich mehrfach mit dieser Frage auseinandergesetzt, und zwar nicht einmal, sondern in mehreren Entscheidungen.

Die jüngste dieser Entscheidungen - jedenfalls die jüngste, die ich in dem Zusammenhang kenne - äußert sich zu genau dem Thema. Es handelt sich um eine Entscheidung aus dem Jahre 1988, veröffentlicht im "Staatsanzeiger für das Land Hessen" auf Seite 2123. Damals war die Zusammensetzung des Wahlprüfungsgerichts von einem Beschwerdeführer ausdrücklich als verfassungswidrig gerügt worden. Auf Ihren Zwischenruf "Genau am Thema vorbei" sage ich: Jetzt sind wir genau am Thema. Ich dachte nur, wir würden uns nicht nur rechtlich austauschen, sondern die Angelegenheit auch ein wenig unter verfassungspolitischen Aspekten betrachten.

Der Staatsgerichtshof des Landes Hessen hat damals gesagt: Art. 78 der Hessischen Verfassung verstößt nicht gegen Bundesrecht. Weder das Grundgesetz noch einfaches Bundesrecht gibt den Ländern eine bestimmte Form der Wahlprüfung vor. - Ich könnte das jetzt weiter ausführen. Ich halte es für nicht in Ordnung, dass Sie eine Diskussion über die Verfassungsmäßigkeit eines Organs führen, ohne sich damit auseinanderzusetzen, dass diejenigen, die dazu berufen sind, das zu prüfen, bereits geprüft und entschieden haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweiter Punkt der Debatte. Sie diskutieren über die Befangenheit von Richtern. Das ist ein Punkt, der Sie besonders in Rage bringt. Debatten über die Befangenheit von Richtern sind nicht neu.

(Zuruf von der CDU: Wahlkämpfer!)

- Auch Debatten über Wahlkämpfer sind nicht neu. Ein Blick in die Rechtsprechung trägt sehr zur Aufklärung solcher einfachen Sachverhalte bei. Es gibt hier nämlich einige Kollegen, die über forensische Erfahrung verfügen.

Es ist doch nicht so, dass hier nur Leute sitzen, die keine Erfahrung vor Gericht haben. Jeder, der in einem ordentlichen Verfahren verteidigt hat, hat sich mit dieser Frage auseinandergesetzt. Deshalb ist das natürlich ein völliger Gestatten Sie mir das Wort - Unsinn, zu sagen, wenn ein

Wahlkampf geführt wird, sei das ein Grund für Befangenheit. Zu dem Thema gibt es Legionen von Gerichtsentscheidungen; das ist nicht das Thema.

Wirklich neu ist, dass diese Diskussion aus einer Regierung heraus geführt wird, die dann so tut, als sei das ihr verfassungsmäßiger Auftrag. Das kann ich überhaupt nicht sehen. Es ist die Angst, die Macht zu verlieren. Das ist der Hintergrund, der hier die zentrale Rolle spielt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt will ich mich zu dem Vorwurf äußern, der lautet, da sei ein Richter,

(Norbert Kartmann (CDU): Das macht die Fraktion, nicht die Regierung!)

der parteipolitisch engagiert sei, was aber gar nicht der Fall ist. Die eine ist, glaube ich, gar nicht in der Partei; sie hat eine Wählerinitiative unterschrieben. Der andere hat

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

- ja, aber langsam - einen Aufruf zu einer bestimmten Sachfrage unterschrieben. Ich verweise auf die langjährige Rechtsprechung deutscher Gerichte, auf eine Entscheidung aus dem Jahre 1920, die eine Schlüsselposition einnimmt. Man kann darüber streiten, ob das der richtige Zeitpunkt ist, um eine solche Entscheidung zur Grundlage zu machen. Diese Entscheidung ist aber die grundlegende Entscheidung, die noch heute für das Befangenheitsrecht gilt: Reichsgericht.

Was war der Hintergrund? Damals, in einer Zeit harter politischer Gegensätze, geraten aneinander ein scharfer Redakteur eines kämpferischen Blattes und ein Vorsitzender Richter, der ein scharfer Repräsentant des angegriffenen politischen Themas ist.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Klemm, nur als Hinweis: Die Redezeit ist schon abgelaufen.

(Stefan Grüttner (CDU): Ende!)

Lothar Klemm (SPD):

Da sagt das Reichsgericht:

Die Zugehörigkeit des Richters und des Angeklagten zu verschiedenen, sich bekämpfenden politischen Parteien und die beiderseitige entsprechende Betätigung erfüllen selbst bei Strafsachen nicht mehr oder weniger politischen Hintergrundes diese Voraussetzung nicht.

Im Jahre 1962, in einer Entscheidung - ich bin gerne bereit, die alle zu Protokoll zu geben - um die Frage der damals verbotenen FDJ, sagt der BGH gegen den Angriff, der Strafkammervorsitzende habe regierungstreue Propagandathesen zur Grundlage der Verhandlung gemacht und der Vorsitzende der Strafkammer sei wegen seiner starken politischen Bindungen in der CDU befangen, eindeutig:

Der Vorsitzende hat starke politische Bindungen. Das reicht als Ablehnungsgrund nicht aus.

Völlig richtig, völlig in Ordnung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Norbert Kartmann (CDU) und Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Richtig!)

Noch deutlicher sagt es das Bundesverfassungsgericht in einer Entscheidung von 1973:

Das freie Wort zu politischen Vorgängen zu einer Zeit, in der der Verfassungsrichter

- das ist damit gemeint -

nicht damit rechnete, dass sie Ausgang eines verfassungsgerichtlichen Prozesses vor dem Senat, dem er angehört, werden würde, kann auch einem Bundesverfassungsrichter nicht abgesprochen werden.

Weiter:

Macht er davon Gebrauch,

- das ist das, womit Sie dann argumentieren -

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Klemm, Sie müssen dann aber auch zum Schluss kommen.

Lothar Klemm (SPD):

liegt darin keine Festlegung auf eine bestimmte Rechtsauffassung. Bei vernünftiger Würdigung aller Umstände ist er unvoreingenommen und in der Lage, objektiv zu urteilen, und nicht befangen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn man sich diese Rechtsprechung vor Augen führt, ist es eine Schande, wie Sie in der öffentlichen Diskussion mit den höchsten Richtern dieses Landes umgehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und, meine Damen und Herren

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Klemm, jetzt Schlusssatz.

Lothar Klemm (SPD):

- letzter Satz -, all das rechtfertigt nicht, dass wir in der Gefahr stehen, nicht nur das Vertrauen in Parteien zu verspielen, sondern das Vertrauen in staatliche Institutionen, die dieser Staat dringend braucht. Es ist Zeit, innezuhalten.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Abg. Kühne-Hörmann für die CDU-Fraktion.

(Siegbert Ortman (CDU): Jetzt haben wir sie kalt erwischt! - Gerhard Bökel (SPD): Die darf jetzt auch überziehen!)

Eva Kühne-Hörmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Klemm, vieles von dem, was Sie in rechtlicher Hinsicht gesagt haben, kann ich mittragen. Deswegen haben Sie auch zum Teil von der CDU-Fraktion

Beifall bekommen. Nur trifft das, was Sie hier vorgetragen haben, auf den vorliegenden Sachverhalt nicht zu.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Deshalb war vieles an der Sache vorbei. Wir wollen eine unabhängige Justiz. Genau das wollen wir, und darum geht es. Erste Feststellung: Das Wahlprüfungsgericht ist kein Gericht der Judikative.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Es ist schon aufgrund seiner Zusammensetzung nicht unabhängig. Was die Befangenheit der Berufsrichter betrifft, so bestehen da auch Zweifel. Genau das ist das Problem, und deswegen geht es hier um ein nicht unabhängiges Verfahren, was wir kritisieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Ihre heutigen Anträge zeigen, dass Sie von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach wie vor versuchen, das Wahlprüfungsgericht politisch zu instrumentalisieren.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch Ihre jahrzehntelang parteipolitisch geprägte Personalpolitik

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie schrecken vor nichts zurück!)

haben Sie dafür gesorgt, dass nicht unabhängige, sondern politisch motivierte Entscheidungen von Berufsrichtern getroffen werden können. Und das ist eine Katastrophe, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Manfred Schaub (SPD): Unerträglich!)

- Was regen Sie sich denn eigentlich so auf? - Das ist in unserem Rechtsstaat nicht gewollt und widerspricht dem. Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen versichern, dass wir das nicht hinnehmen werden. Ihre heutigen Anträge geben uns erneut Gelegenheit, über dieses seltsam zusammengesetzte Gremium Wahlprüfungsgericht und über die -

(Unruhe)

Präsident Klaus Peter Möller:

Moment, Frau Kühne-Hörmann. Es geht nicht von Ihrer Redezeit ab. Es wird Zeit, wieder einmal zur Besinnung zu kommen. Wir haben Herrn Klemm geduldig zugehört.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, die Rednerin!)

- Ja, das ist immer eine wunderbare Entschuldigung. Die Rednerin gefällt Ihnen nicht, aber umgekehrt gefällt es anderen. - Also, Frau Kühne-Hörmann.

Eva Kühne-Hörmann (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident.

Das seltsam zusammengesetzte Gremium Wahlprüfungsgericht und natürlich auch die abenteuerlichen Entscheidungen, die bisher getroffen worden sind, geben uns die Möglichkeit, noch einmal die Öffentlichkeit darüber zu informieren.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie geben uns Gelegenheit, die in der ganzen Bundesrepublik ungewöhnliche Konstruktion des Gremiums Wahlprüfungsgericht zu diskutieren, die gegen zwei Berufsrichter gestellten Befangenheitsanträge erneut zu erläutern und über die bisher getroffene Entscheidung des Wahlprüfungsgerichts, dass der Einsatz des im Rechenschaftsbericht nicht deklarierten Vermögens zur Mitfinanzierung des Wahlkampfes sittenwidrig ist, zu diskutieren.

Zu Ihren Anträgen möchte ich Folgendes feststellen. Erstens. Wir behindern nicht die Arbeit des Wahlprüfungsgerichtes, sondern wir verhalten uns wie in einem Rechtsstaat üblich und legitim und nehmen nicht alle Entscheidungen des Wahlprüfungsgerichts klaglos hin.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Kollegin, lassen Sie eine Frage von Herrn Bökel zu?

Eva Kühne-Hörmann (CDU):

Nein.

Zweitens. Wir haben auch niemals das Ansehen der beiden dem Wahlprüfungsgericht angehörenden Berufsrichter beschädigt, sondern unser Recht wahrgenommen, Befangenheitsanträge gegen diese zu stellen, weil wir sie in diesem Verfahren nicht für unabhängig halten.

(Beifall bei der CDU)

Das Verhalten der beiden Richter selbst, nicht von sich aus das Gericht zu verlassen, hat jedoch zu einem eklatanten Ansehensverlust der beiden Richter in der Justiz und in der Öffentlichkeit geführt.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Ich komme nun zum Thema der möglichen Verfassungswidrigkeit des Wahlprüfungsgerichts. Zunächst ist festzustellen, dass das hessische Wahlprüfungsgericht eine Ausnahme zu allen Bundesländern darstellt. In den meisten Bundesländern liegt die Wahlprüfung in den Händen des Parlaments.

Das Wahlprüfungsgericht in Hessen - das ist hier heute schon mehrfach angesprochen worden - ist mit drei Parlamentariern aus dem Landtag, mit dem Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofs und der Präsidentin des Oberlandesgerichts besetzt - eine außergewöhnliche Konstruktion.

Bei dieser Konstruktion werden die Judikative mit den beiden Berufsrichtern und die Legislative mit den drei Landtagsabgeordneten miteinander vermischt. Das spricht dafür, dass die Zusammensetzung des Wahlprüfungsgerichts gegen das Prinzip der Gewaltenteilung verstößt. Herr von Plottnitz, das müssten auch Sie einsehen können.

(Beifall bei der CDU)

Die Zusammensetzung des Wahlprüfungsgerichts könnte auch dem Grundsatz des gesetzlichen Richters widersprechen. Da es bei der Entscheidung des Gerichts um die Gültigkeit der Landtagswahl im Ganzen geht, könnte jeder Abgeordnete hinsichtlich der Landtagswahl mit der Folge Betroffener sein, dass er wegen dieser Betroffenheit von der Ausübung des Richteramtes ausgeschlossen wäre. Das wiederum hätte zur Folge, dass keine ordnungsgemäße Besetzung des Gerichts zustande kommen kann.

(Norbert Schmitt (SPD): Was gilt denn jetzt? Sie sagten, es sei kein Gericht!)

Dies wird in der heutigen "FAZ" von Herrn Oskar Feiber untermauert. Das hat Herr Staatsminister Jung auch schon zitiert. Oskar Feiber war Richter am Obersten Landesgericht und von 1990 bis 1995 Präsident des Landgerichts Wiesbaden. Er ist also ein ausgewiesener Fachmann in dieser Materie. Ich zitiere:

Die Besetzung des Wahlprüfungsgerichts verstößt gegen einen der tragenden Grundsätze jeglicher Rechtsprechung, gegen das Gebot, das jeder Bürger kennt und billigt: Niemand darf Richter in eigener Sache sein. Die drei Landtagsabgeordneten, die dem Gericht angehören, sind Richter in eigener Sache. Die ihnen obliegende Entscheidung betrifft sie selbst ganz unmittelbar. Ihr Urteil, die Wahl sei ungültig, bewirkt, dass sie mit dem Augenblick der Urteilsverkündung ihr Mandat als Abgeordnete verlieren.

Meine Damen und Herren, das Zitat spricht für sich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich komme nun zum Thema der vom Wahlprüfungsgericht festgestellten Sittenwidrigkeit. Die Pressemeldung des Wahlprüfungsgerichts lautete:

Das Wahlprüfungsgericht hält den Einsatz dieses verschleierte Vermögens zur Mitfinanzierung des Wahlkampfes für sittenwidrig.

(Norbert Kartmann (CDU): Der Präsident!)

Es bestehen Anhaltspunkte dafür, dass dadurch das Ergebnis der Landtagswahl mandatsrelevant beeinflusst worden sein könnte.

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen und Herren, ich bitte um Entschuldigung. Aber wir hatten uns darauf verständigt, dass Konferenzen außerhalb des Sitzungsraumes stattfinden.

(Armin Clauss (SPD): Das müssen Sie des Öfteren einmal sagen!)

Eva Kühne-Hörmann (CDU):

Diese Feststellung des Wahlprüfungsgerichts halte ich für ziemlich abenteuerlich. Erstaunlich ist auch, dass sie ohne genaue Vorprüfung erfolgte. Aufgrund der inzwischen abgeschlossenen Recherchen ist davon auszugehen, dass die im Jahre 1983 von den Herren Kanther und Wittgenstein in die Schweiz überführten 20,8 Millionen DM von der CDU angespartes Kapital darstellten. Die Auslandskonten sind ausschließlich durch Zinseinnahmen gewachsen.

(Hartmut Holzapfel (SPD): Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Es steht fest, dass es keine Zuflüsse von dritter Seite gegeben hat und dass es im Laufe der Zeit von diesen Konten nach Hessen zurückgeführtes Geld gewesen ist, das sich von Anfang an im Eigentum der CDU befunden hat und damit eigenes Geld war und ist.

(Armin Clauss (SPD): Warum mussten Sie es dann verschieben?)

- Was regen Sie sich so auf?

(Armin Clauss (SPD): Wenn es Ihr Geld war, warum mussten Sie es dann in die Schweiz und nach Liechtenstein verschieben?)

- Die Feststellung passt Ihnen nicht. - Die Feststellung, die das Wahlprüfungsgericht getroffen hat, geht also von einer falschen Voraussetzung aus. Es handelt sich nicht um Mittel unbekannter Herkunft. Vielmehr ist heute belegt, dass sie sich im Eigentum der CDU befanden. Insofern ist die Entscheidung des Wahlprüfungsgerichts kaum nachvollziehbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der soeben von mir aus der "FAZ" zitierte Oskar Feiber bestätigt das, indem er sagt:

Die Prüfung

- des Wahlprüfungsgerichts -

beruht auf der (kühnen) These, der Wahlkampf der CDU sei "sittenwidrig" gewesen, weil die Partei dafür teilweise auch Geld von ihren Konten in der Schweiz eingesetzt habe.

(Armin Clauss (SPD): Was heißt "teilweise"? Sie haben den ganzen Wahlkampf damit geführt!)

Das stellt keine einzelne Meinung dar. Vielmehr sehen Fachleute die Entscheidung des Wahlprüfungsgerichts sehr kritisch.

(Zuruf von der SPD: Wer denn?)

Wir haben eine Anhörung im Rechtsausschuss zu dem Thema beschlossen: "Kann die Verwendung eigenen Vermögens als eine gegen die guten Sitten verstößende Handlung ... betrachtet werden?"

(Armin Clauss (SPD): Das ist eine Lachnummer!)

Diese Anhörung wird am 31. Mai 2000 stattfinden.

(Armin Clauss (SPD): Diese Anhörung ist eine Lachnummer!)

- Ich finde es schon ziemlich abenteuerlich, dass Sie uns das Recht absprechen wollen, dass wir uns zu diesen juristischen Fragen informieren können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Ich komme nun zu den gegen die Richter Tilmann, Heitsch und Klein gestellten Befangenheitsanträge. Herr Heitsch und Herr Klein haben vor der vergangenen Landtagswahl per Anzeige gegen die CDU Wahlkampf betrieben. Frau Tilmann ist im Februar 1999 im Rahmen einer Werbeanzeige mit ihrer Berufsbezeichnung in die Öffentlichkeit getreten. Für jeden ist doch damit klar, dass die betroffenen Richter aufgrund ihrer offen erklärten politischen Haltung unmöglich zu einer unvoreingenommenen, objektiven Entscheidung kommen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In einem Kommentar der "Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen" des Redakteurs Rainer Merforth heißt es - ich zitiere -:

Vor normalen Gerichten reichen schon weniger ersichtliche Zusammenhänge aus, einen Richter für befangen zu erklären. Dem Vorsitzenden des Gremiums, das die wichtigste politische Frage seit langer Zeit untersuchen und entscheiden soll, kann man eine Parteizugehörigkeit nicht verwehren. Aber sich jetzt mit dem Hinweis aus der Bredouille retten zu wollen, dieses sei keine parteipolitische Stellungnahme gewesen, erscheint zu durchsichtig. Der ho-

norige Richter Heitsch sollte einem anderen Platz machen.

So viel möchte ich davon zitieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Insbesondere Herr Heitsch hat damit sich selbst und dem Ansehen seines Berufsstandes schweren Schaden zugefügt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist unglaublich!)

Beim Thema des Wahlprüfungsgerichts geht es Ihnen darum, uns mundtot zu machen. Die bisher von diesem Gremium getroffenen Entscheidungen passen in Ihr politisches Konzept. Deshalb sehen Sie jede kritische Bemerkung zum Wahlprüfungsgericht als gefährlich an. Wir werden uns weiter engagiert zu Wort melden und werden uns auch weiterhin kritisch mit dem Wahlprüfungsgericht auseinandersetzen. Wir werden dafür streiten, dass auch in Zukunft der Wähler entscheidet, wer Hessen regiert, und nicht ein parteipolitisch besetztes Gremium.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Schaub, zur Geschäftsordnung. - Sie dürfen aber nur zur Geschäftsordnung sprechen. Ansonsten hätte Herr von Plottnitz das Wort.

Manfred Schaub (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was wir soeben erlebt haben, war ungeheuerlich und ein weiterer Schritt der CDU, sich von der Verfassung und dem Recht zu verabschieden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich beziehe mich auf die grundsätzlichen Aussagen der Frau Kollegin Kühne-Hörmann zur Justiz und zum gesamten Berufsstand. Ich will betonen, dass sie abgelesen waren, also nicht zufällig, akut und spontan - -

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Schaub, ich vermag nicht festzustellen, dass Sie zur Geschäftsordnung sprechen.

(Armin Clauss (SPD): Das macht er doch gleich!)

Welchen Antrag möchte er begründen?

Manfred Schaub (SPD):

Ich möchte an dieser Stelle deutlich machen, dass Frau Kollegin Kühne-Hörmann eben an verschiedenen Stellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz und den gesamten Berufsstand beleidigt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Schaub, welchen Antrag zur Geschäftsordnung wollen Sie begründen?

(Armin Clauss (SPD): Lassen Sie ihn doch den Antrag stellen!)

- Herr Kollege Clauss, Sie sind doch wirklich lange genug Parlamentarier, um nicht den amtierenden Präsidenten zu kritisieren, solange er dem Parlament vorsitzt.

(Armin Clauss (SPD): Er will doch gerade den Antrag stellen!)

- Den muss er als Erstes stellen und danach begründen. Sonst spricht er nämlich zur Sache. Das war bisher erkennbar.

Manfred Schaub (SPD):

Ich stelle als Nächstes den Antrag - danach habe ich vielleicht noch zwei Sätze -, dass wir von der Rede der Kollegin Kühne-Hörmann sofort ein wörtliches Protokoll bekommen. Nach Erhalt dieses Wortprotokolls werden wir entscheiden, ob wir den Ältestenrat einberufen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Folgendes an dieser Stelle noch einmal deutlich machen: Wir wollen aufgeklärt haben, ob die Aussage, die wir soeben vernommen haben wollen, stimmt, dass nämlich gesagt wurde, die Personalpolitik habe dafür gesorgt, dass die Gerichte keine unabhängigen Entscheidungen mehr träfen, sondern politisch motivierte. Damit wäre die Justiz insgesamt beleidigt worden. Deshalb bitten wir darum, ein Wortprotokoll kurzfristig zu erstellen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Es hätte die Arbeit wirklich erleichtert, wenn Sie erst den Antrag gestellt und dann begründet hätten.

(Armin Clauss (SPD): Es ist eben seine Art, es so zu machen!)

- Aber es ist meine Art, das zu rügen, wenn es mir nicht gefällt.

(Armin Clauss (SPD): Jeder macht sein Geschäft so, wie er es kann! Er macht es sehr gut!)

Jetzt hat Herr Kollege von Plottnitz für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Herr Kollege Clauss, ich versuche auch, mein Geschäft zu machen. Um Sie einmal zu zitieren, sage ich: Jeder spielt hier seine Rolle.

(Armin Clauss (SPD): Guter Mann! Er hat das prima gemacht!)

Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass es der Fraktion der CDU hier im Hause in der Auseinandersetzung mit dem Wahlprüfungsgericht und um das Wahlprüfungsgericht mitnehmen um das Recht und die Rechtsförmlichkeit, sondern allein um die politische Macht und die Schmähkritik gegen bestimmte Richterinnen und Richter im Lande geht, dann war es der Beitrag, den wir soeben von der Kollegin Kühne-Hörmann gehört haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Zurufe von der CDU: Ah!)

Meine Damen und Herren von der Fraktion der CDU, ich frage mich wirklich nach dem Beitrag, den wir gerade ge-

hört haben: Wo verläuft eigentlich bei Ihnen derzeit noch die Grenze, die die große demokratische Volkspartei CDU vom politischen Extremismus trennen könnte? Wo ist das noch erkennbar?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Herr Friedrich, wenn Sie sich beschweren, dann will ich Ihnen noch einmal vorhalten, was die Dame gerade gesagt hat. Sie haben es offensichtlich schon wieder vergessen. Die Dame hat hier wörtlich gesagt: "Die jahrelange Personalpolitik" - sie meint nicht Ihre, sondern offensichtlich die der Vorgängermehrheit - "hat dazu geführt, dass nicht unabhängige, sondern politisch motivierte Entscheidungen getroffen werden."

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Das hat die Dame in konkreter Anspielung auf die derzeitige Auseinandersetzung zum Stichwort Wahlprüfungsgericht Hessen gesagt. Frau Kühne-Hörmann, Sie sind offensichtlich gar nicht in der Lage, zu begreifen, welchen Vorwurf Sie da gerade erhoben haben,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

und zwar nicht nur gegen die beiden berufsrichterlichen Mitglieder, die dem Wahlprüfungsgericht angehören, sondern auch gegen eine unbestimmte Vielzahl weiterer Richterinnen und Richter in Hessen. Sie werfen ihnen hier schlichtweg vom Podium des Hessischen Landtages vor, Rechtsbeugung zu begehen, und zwar dauerhaft, nicht mehr nach Recht und Gesetz zu entscheiden, sondern nur noch nach Maßgabe eigener parteipolitischer Interessen und Prioritätensetzungen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was sagt denn der Justizminister dazu?)

Ich komme noch einmal auf diesen Justizminister: Es ist ja nicht das erste Mal, dass das heute geschehen ist. Ich bin in der Lage, Ihnen hier gleich weitere Zitate aus den Reihen der Union vorzutragen, an denen man sehen kann, wie verkommen das Verhältnis zum Rechtsstaat dort inzwischen gediehen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Anhaltende Zurufe von der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Langsam. Jetzt wird es Zeit, Herrn von Plottnitz Ruhe zu verschaffen. - Sie haben das Wort.

Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Meine Damen und Herren, das Recht, die Besorgnis der Befangenheit in gerichtlichen Auseinandersetzungen zu äußern, entsprechende Ablehnungsgesuche zu stellen und zu begründen, gehört unbestritten zum Rechtsstaat und wird niemandem bestritten, auch nicht der CDU oder einzelnen Mitgliedern der Fraktion der CDU.

(Norbert Kartmann (CDU): Das wird aber von Ihnen bestritten!)

Aber das, was Sie in dieser Angelegenheit inzwischen seit Wochen veranstalten, rechtfertigt in vollem Umfang und uneingeschränkt die Feststellung: Ihnen geht es gar nicht

um die Besorgnis der Befangenheit. Ihnen geht es um etwas völlig anderes. Ihnen geht es um den Versuch der bewussten und gezielten Diskreditierung des Wahlprüfungsgeschäfts als Verfassungsorgan und insbesondere seiner berufsrichterlichen Mitglieder.

(Zurufe von der CDU: Quatsch!)

Ihnen geht es um eine politische Kampagne.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ihnen geht es mitnichten um die Rechtsförmlichkeit einer Auseinandersetzung und um das Problem möglicher Befangenheit einzelner Richterinnen und Richter.

Ich kann Ihnen an drei Beispielen demonstrieren, wie begründet diese Feststellung ist. Ginge es Ihnen und Ihresgleichen in der Tat nur um die Sorge der Befangenheit, dann hätten Sie längst Gelegenheit gehabt, im vergangenen Frühjahr, als das Wahlprüfungsverfahren im Zusammenhang mit der Landtagswahl vom 7. Februar durchgeführt worden ist, die entsprechenden Anträge zu stellen. Das haben Sie aber nicht getan, obwohl Sie selbst - Frau Kühne-Hörmann hat erneut darauf hingewiesen - davon ausgehen, dass die Sachverhalte, auf die Sie sich stützen, bereits vom Januar 1999 stammen. Mit anderen Worten: Sie sind ältestens bekannt.

Das gilt übrigens nicht nur für die Wahlempfehlung, die öffentlich in einer Anzeige der Frankfurter Oberlandesgerichtspräsidentin erschien. Das gilt auch für die Gruppenanzeige, die vom Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofs mit unterzeichnet worden ist. Das sind längst bekannte Tatsachen. Sie aber haben im vergangenen Frühjahr mitnichten Wert darauf gelegt, irgendwo die Besorgnis der Befangenheit zu äußern. Solche Sorgen haben Sie offensichtlich seinerzeit gar nicht gehabt. Das ist Ihnen erst eingefallen, als es plötzlich um die Frage ging, ob das Wahlprüfungsverfahren vor dem Hintergrund Ihrer Finanzaffären und Ihres Finanzskandals erneut aufzunehmen ist.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege, lassen Sie Zwischenfragen zu? Wenn ja, lassen Sie eine von Herrn Prof. Hamer zu?

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gern, bitte schön! - Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo ist denn der Ministerpräsident?)

- Herr Prof. Hamer.

Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU):

Herr Kollege von Plottnitz, ist es nicht in unserer Rechtsordnung eigentlich normal, dass erst dann im konkreten Fall, wenn die Verfassungswidrigkeit eines Gesetzes vermutet oder erwartet wird, ein konkretes Verfahren von einem Gericht eingeleitet wird, z. B. bei einer Normenkontrollklage, dass es eine abstrakte Normenkontrollklage generell nicht gibt, sondern immer nur eine konkrete, und dass es durchaus auch sein kann, dass man erst zu einem späteren Zeitpunkt die Besorgnis der Befangenheit feststellt und dann erst handeln kann? Ist das nicht so üblich?

(Widerspruch bei der SPD)

Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Prof. Hamer, mit Ihren Fragen erweisen Sie sich einmal mehr als ein wahrer Titan des deutschen Rechts im Allgemeinen und des deutschen Befangenheitsrechts im Besonderen.

(Beifall und Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn ein Richter oder eine Richterin befangen ist, dann ist er das natürlich mit Beginn des Verfahrens, in dem er zur Entscheidung berufen ist; das bedeutet hier, mit Beginn des Wahlprüfungsverfahrens vom vergangenen Frühjahr, und dann hätten Sie das, wenn Sie ernsthaft die Sorge gehabt hätten, seinerzeit schon anbringen müssen und anbringen können.

Der zweite Punkte, den ich Ihnen vor Augen führen will, um Ihnen zu verdeutlichen, wie sehr bei Ihnen die Sorge der Befangenheit bloß einen Vorwandcharakter hat, ist Folgender. Es ist noch gar nicht so lange her, dass sich die Fraktion der CDU - seinerzeit noch in der Rolle der Opposition - mit der Persönlichkeit des heutigen Verwaltungsgeschichtspräsidenten in Kassel sehr eingehend beschäftigt hat, allerdings in ganz anderer Richtung.

(Zurufe von der SPD: Sehr richtig!)

Seinerzeit war der heutige Präsident des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs, der damalige Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofs, Herr Heitsch, geradezu der wahre Favorit der Fraktion der CDU.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es! - Norbert Kartmann (CDU): Was hat das damit zu tun?)

Ich möchte Ihnen einmal vorlesen, was Sie über ihn seinerzeit - allerdings natürlich in kritischer Auseinandersetzung mit dem damaligen Justizminister - öffentlich verlautbart haben.

(Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Ich darf aus einer Presseerklärung des heutigen Justizministers und damaligen rechtspolitischen Sprechers der Fraktion der CDU vom 21. April 1997 vortragen. Da heißt es, an die Adresse des damaligen Justizministers gerichtet: Auch gegenüber dem derzeitigen VGH-Vizepräsidenten Heitsch - und jetzt kommt es -, der "geradezu der geborene neue Präsident sei", sei Plottnitz' Vorgehen unerträglich.

(Beifall und Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD: Oh!)

So waren damals die Töne, die von Ihnen zu hören waren. Damals haben Sie offensichtlich noch die Einschätzung gehabt, dass Ihren seinerzeitigen machtpolitischen Interessen jemand wie Herr Heitsch durchaus entgegenkommen könnte. Offensichtlich haben Sie sich dann später in dieser Annahme getäuscht, weil Herr Heitsch eben nicht nach politischen Kriterien entscheidet, sondern nach rechtlichen und gesetzlichen Vorgaben, was ihm zur Ehre gereicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Aber das wirft doch ein hoch bezeichnendes Licht auf das, was Sie heute veranstalten. Übrigens klang das eine Woche später noch ganz anders,

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist noch steigerungsfähig!)

was Sie zur Person des heutigen VGH-Präsidenten zu verlautbaren wussten. Eine Woche später, als Herr Heitsch er-

nannt worden ist, haben Sie wörtlich laut "FAZ" vom 28. April 1997 die Ernennung des heutigen VGH-Präsidenten als "Riesenerfolg" für die Bemühungen der CDU - nicht nur für die hessische Justiz - in der Frage der Besetzung des VGH-Präsidenten bezeichnet.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD: Aha!)

Das waren damals die Töne. Dieser Mann soll heute der befangenste Richter, ja gleichsam Ihr geschworener politischer Feind sein, als den Sie ihn präsentieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Sie merken doch selbst, wie hochgradig verlogen Ihre Argumentation in dieser Angelegenheit ist. - Herr Kartmann, es ehrt Sie auch, dass Sie jetzt so etwas wie ein verlegenes Lächeln auf Ihre Lippen zaubern.

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Ich würde mich an Ihrer Stelle auch schämen, wenn ich mir so etwas hier entgegenhalten lassen müsste.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Aber es kommt viel schlimmer. Es ist nicht nur komisch. Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen: Was Frau Kühne-Hörmann heute gemacht hat, war kein Einzelfall. Es gibt inzwischen Äußerungen, gerichtet an die Adresse der beiden berufsrichterlichen Mitglieder im Wahlprüfungsgericht, aus Ihren Reihen, die sich keine Richterin und kein Richter in Hessen gefallen lassen brauchen. Ich will Ihnen einmal ein Beispiel liefern. Da sagen z.B. die Abg. Ortman und Hamer,

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD: Oh!)

die beiden rechtspolitischen Titanen, von denen ich vorhin schon Gelegenheit hatte zu reden, Folgendes. Ich zitiere aus der Presseerklärung vom 30. März. Das ist wenige Tage her.

Nach Ansicht von Ortman und Hamer werde das Wahlprüfungsgericht von Heitsch und Tilmann einseitig für ihre persönlichen politischen Überzeugungen zu einem politischen Gericht umfunktioniert.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Da klatschen die auch noch.

Das Wahlprüfungsgericht werde damit ad absurdum geführt.

Meine Damen und Herren, auch hier wird ganz eindeutig der Vorwurf der Rechtsbeugung gegen die beiden berufsrichterlichen Mitglieder erhoben.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wird nicht nur Befangenheit behauptet. Es wird der Vorwurf der vorsätzlichen Rechtsbeugung erhoben. Dazu klatschen die dann noch, wenn man ihnen solche Zitate vorhält.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

- Herr Kartmann, ich komme gleich dazu, Geduld, Geduld. - Genauso schlimm, wenn nicht schlimmer ist das, was der Fraktionsvorsitzende der CDU in einer Presseer-

klärung vom 29. März zu den hier infrage stehenden Vorgängen erklärt hat. Er bezeichnet das, worum es ihm geht, zunächst als "skandalös" - geschenkt, kann ich da nur sagen. Aber dann kommt es:

Jeder anständige Amtsrichter hätte sich bei einer vergleichbaren Situation für befangen erklärt ...

(Demonstrativer Beifall und Zurufe von der CDU)

- Jawohl, da klatschen die wieder. - Dann halten wir einmal fest, Herr Irmer und Ihregleichen in Ihren Reihen: So argumentieren extremistische Parteien im Umgang mit Richtern im Rechtsstaat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das ist die Sprache, die Sie hier sprechen. Sie halten sich offensichtlich für berechtigt, dem Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofs nicht nur Befangenheit in rechtsförmlicher Form vorzuhalten,

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Sie sprechen ihm auch den Anstand ab. Das haben Sie mit dieser Erklärung hier getan. Das Schlimmste an dieser Angelegenheit ist:

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Hier sitzt ein Ministerpräsident an der Spitze einer Landesregierung, unterstützt von einer F.D.P., die sich gern als Rechtsstaatspartei bezeichnet,

(Gerhard Bökel (SPD): Hat, hat!)

auf der anderen Seite sitzt ein Justizminister, der noch von einem Riesenerfolg vor wenig mehr als zwei Jahren gesprochen hat - und alle schweigen beredt zu solcher Form der Schmähkritik an den beiden höchsten Richtern im Lande. Das ist nun wirklich skandalös.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das rechtfertigt die Feststellung: Ihr Verhältnis zum Rechtsstaat ist verrottet, solange Sie das nicht wieder aus der Welt schaffen und reparieren, was Sie hier an Äußerungen fabriziert haben.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Meine Damen und Herren, zu zwei Aspekten will ich noch etwas sagen - nicht zur Frage der Befangenheit. Über den Vorwurf der Befangenheit, über die Vorhaltung der Befangenheit zu entscheiden ist nicht Sache der Politik. Im Unterschied zu Ihnen lege darauf großen Wert. Das zu entscheiden ist allein Sache des Wahlprüfungsgerichts und/oder anderer justizieller Instanzen.

(Norbert Kartmann (CDU): Welcher denn?)

Das ist nicht Sache der Politik. Aber, Herr Kartmann - Sie haben ja Ihre Befangenheitsanträge veröffentlicht -, Sie haben der Richterin und dem Richter, um die es geht, nicht nur Befangenheit vorgehalten. Sie haben ihnen auch vorgehalten - da wird es dann ganz kritisch, und dazu muss und kann auch öffentlich politisch gestritten werden -, mit den beiden Anzeigen, um die es geht, das Vertrauen in die unabhängige Stellung ihres Richteramtes aufs Spiel gesetzt zu haben.

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Dazu ist etwas zu sagen. Was ist denn eigentlich geschehen? Eine Oberlandesgerichtspräsidentin hat nicht eine

Wahlempfehlung für eine Partei ausgesprochen, sondern für einen Kandidaten für ein Oberbürgermeisteramt in Darmstadt. Jetzt frage ich mich: Was ist denn daran zunächst einmal so vorwerfbar - vor allen Dingen aus Sicht einer CDU, die nicht müde geworden ist, uns immer die Vorzüge der Direktwahl damit zu erklären, dass es dabei um Einzelpersonlichkeiten ginge, nicht mehr um Parteiinteressen?

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Damit haben Sie doch immer geworben, als es um die Direktwahl ging.

Präsident Klaus Peter Möller:

Lassen Sie eine Frage des Kollegen Reif zu?

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn das nicht von meiner Redezeit abgeht!)

- Es geht ab.

Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Dann nicht. Dann am Ende, wenn noch welche übrig ist.

(Clemens Reif (CDU): Mich hätte nur interessiert, ob Sie mit der Frau Tilmann ein disziplinarisches Gespräch nach dieser Anzeige geführt haben!)

- Darauf komme ich gerne zurück. Ich habe Ihnen doch gesagt, wir reden hier nicht über Befangenheiten, wir reden über Ihren Vorwurf des Verstoßes gegen das Mäßigungsgebot.

Genauso wie Frau Tilmann hat Herr Heitsch im Übrigen für Toleranz und Weltoffenheit in diesen Anzeigen plädiert.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das machen Sie ihm jetzt zum Vorwurf. Da kann ich Ihnen nur sagen: Wollen Sie eigentlich ex post noch die Kritik an Ihrer damaligen Unterschriftenaktion bekräftigen und bestätigen, die zum Inhalt hatte und Ihnen vorwarf, Ihnen ginge es gerade nicht um Integration,

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

sondern um Ausländerfeindlichkeit und Rassismus? Mit dem, was Sie jetzt diesen beiden Richtern vorhalten, kann ich nur sagen: Sie standen mit Ihrer Unterschriftenaktion aus heutigem Verständnis offensichtlich gegen Weltoffenheit, gegen Toleranz und gegen Liberalität in Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das ist die Logik, auf die Sie sich einlassen.

Meine Damen und Herren, ein Letztes. Ihr Verständnis von der Richterrolle im demokratischen Rechtsstaat ist auch noch nicht im demokratischen Rechtsstaat angekommen.

(Zurufe von der CDU)

Dazu empfehle ich Ihnen einmal die Lektüre des Standardkommentars zu § 39 DRiG, wo es um das Mäßigungsgebot und das öffentliche Auftreten von Richterinnen und Richtern im demokratischen Rechtsstaat in politischen Auseinandersetzungen geht. Insofern hat die Bundesrepublik gelernt; ich komme noch darauf zurück.

Präsident Klaus Peter Möller:

Sie müssen jetzt zum Schluss kommen, Herr Kollege.

Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Gut. - Zu dem gehört nicht, als Untertan und Duckmäuser aufzulaufen. Der "furchtbare Jurist" sollte in der Demokratie nie mehr eine Chance haben. Wir brauchen auch im Richterstand selbstbewusste Demokratinnen und Demokraten, die im Zweifel - und das ist in jedem Kommentar nachzulesen - wissen, für ihre Position zu streiten, wenn es um Fragen von Demokratie von Rechtsstaatlichkeit geht. So simpel ist das.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Insofern nehmen wir diesen Vorwurf nicht hin.

Meine Damen und Herren, ein Allerletztes. Was wir an dieser Stelle hier und heute in dieser Sitzung erwarten, ist: Wenn schon der Ministerpräsident nicht den Mumm hat, sich hier für die Integrität solcherart angegriffener Richter zu verwenden, dann muss es dieser Justizminister tun, der von Amts wegen dazu berufen ist; denn sonst brauchen wir in der Bundesrepublik keine Justizminister mehr. Herr Justizminister, ich fordere Sie auf, treten Sie an dieses Pult und verwahren Sie sich gegen diese schmählichen Angriffe gegen Frau Tilmann und Herrn Heitsch, wie wir sie gehört haben. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat der Abg. Denzin für die Fraktion der F.D.P.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt kommt die Entscheidung Rechtsstaat oder Koalitionstreue!)

Michael Denzin (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege von Plottnitz, vielleicht sollten auch Sie sich ab und zu einmal an das Mäßigungsgebot erinnern. Ich möchte aus Ihrem etwas hektischen und stürmischen Vortrag nur zwei Punkte aufgreifen.

Sie haben gesagt, die frühere Volkspartei CDU habe die Trennungslinie zum Extremismus verloren - zumindest sinngemäß.

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Zurufe von der CDU)

Sie haben weiter gesagt, das Verhältnis der CDU zum Rechtsstaat sei verkommen.

Ich meine, bei aller Auseinandersetzung, die man in der Sache hat,

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber genau das hat Frau Kühne-Hörmann hier erklärt!)

und bei allem Ärger, den Sie jetzt möglicherweise haben - weil eine taktisch-strategisch angelegte Geschichte, die Sie sich zumindest politisch so erhoffen, nicht mehr ganz aufzugehen scheint -, sollten Sie sich mit solchen Äußerungen dann doch hier zurückhalten.

(Beifall bei der CDU)

Ich stelle fest, wir sind hier vier demokratische Fraktionen. Wenn Ihnen immer wieder dieses Wort "Extremismus" in den Kopf kommt

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Sie haben ja zigmal von "Extremismus" gesprochen -, dann könnte man natürlich auch sagen, er hängt Ihnen irgendwo noch so an. Aber das sage ich hier bewusst nicht,

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie gesagt!)

weil ich davon ausgehe, hier reden Demokraten mit Demokraten.

(Zuruf der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr von Plottnitz, was haben Sie denn in der Sache? In der Sache haben Sie sich eine ganze Rede lang mit der Frage der Befangenheit auseinander gesetzt - und das noch nicht einmal, indem Sie das abgehandelt hätten, sondern indem Sie wie ein Blitz hier losgekeift haben. Aber da blieb nichts übrig. Sie haben gesagt, an drei Punkten wollen Sie deutlich machen, dass das quasi scheinheilig sei.

(Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Nur können Sie diese drei Punkte allesamt vergessen. Abgehandelt haben Sie hier überhaupt nichts. Zu der eigentlichen Frage sind Sie überhaupt nicht gekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, die eigentliche Frage - und die hat auch Herr Klemm ausgelassen - ist nämlich die, die heute Mittag Frau Hinz in ihrer Rede zur Regierungserklärung gestellt hat - oder die Behauptung, die sie aufgestellt hat -, nämlich wir, F.D.P. und CDU, behaupteten, das Wahlprüfungsgericht sei verfassungswidrig. Das haben Sie heute Mittag so gesagt.

Frau Hinz, dazu muss ich Ihnen schlicht und einfach sagen, das behaupten wir nicht. Wir stellen die Frage, ob die Thematisierung und die Argumente, die Verfassungsrechtler und andere Juristen in den letzten Tagen und Wochen öffentlich erörtern - z.B. Herr Denninger, Herr Kissel, Herr Feiber -, es nicht wert sind, überprüft zu werden.

Das ist auch unser Punkt, meine Damen und Herren. Wenn Sie sich selbst diese Fragen unvoreingenommen stellen, dann müssen doch auch Ihnen Zweifel kommen, ob nicht doch etwas dran ist und ob es sich nicht lohnt, hier Rechtsicherheit zu schaffen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, unsere Verfassung ist 1946 geschrieben, das Wahlprüfungsgesetz ist 1948 hier im Landtag beschlossen worden. Das Grundgesetz stammt aus dem Jahre 1949. Wir haben etliche Bestimmungen, die nicht konform gehen. Diese Bestimmungen, Herr von Plottnitz, sind aber nicht aufgearbeitet im Sinne eines Abgleichs zwischen Grundgesetz und Hessischer Verfassung. Sie werden auch prophylaktisch nie aufgearbeitet werden - Herr Prof. Hamer hat das mit seiner Zwischenfrage schon angesprochen -, sondern sie kommen immer dann zum Tragen, wenn es streitig wird, natürlich. Warum haben wir denn unter den Verfassungsrechtlern und unter den Staatsrechtlern bisher diese Diskussion nicht gehabt, die wir jetzt in den letzten Wochen haben? Die Argumente gelten doch oder sind genauso in sich zu wägen und zu wiegen, als ob

sie vor drei Jahren oder vor fünf Jahren vorgebracht worden wären. Aber darauf kam wohl niemand.

Nun können Sie uns doch nicht zum Vorwurf machen, dass man sich nicht prophylaktisch mit einem Thema befasst hat, das bis dato kein Thema war.

(Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

Genau deshalb, Herr Clauss, weil wir Liberale sind und als Liberale den Rechtsstaatsgrundsatz über alles stellen, stellen wir uns natürlich auch die Frage - ich brauche nur die drei genannten Staatsrechtler und noch viele andere zu zitieren -: Ist dieses Wahlprüfungsgericht in der Besetzung von drei Abgeordneten und zwei Richtern überhaupt ein Gericht im eigentlichen Sinne? Ich zitiere hier eine Frage, die die Presse gestellt hat. Oder wenn es seinem Charakter nach kein Gericht ist: Wie kann es dann angehen, dass ein Urteil dieses Wahlprüfungsgremiums einem weiteren Rechtsmittel nicht mehr zugänglich ist? Das sind doch Fragen, die Verfassungsrechtler stellen.

Oder wie sieht es denn mit den Richtern aus, den Abg. Hahn, Schaub und Grüttner, die Richter in eigener Sache sind? Auch diese Fragen werden gestellt. Ich zitiere diese Fragen. Oder wie ist es mit der Vermischung von Legislative und Judikative?

Es gibt auch Widersprüche zum Richtergesetz, dass ein Richter Aufgaben der rechtsprechenden Gewalt und Aufgaben der gesetzgebenden Gewalt oder der vollziehenden Gewalt nicht zugleich wahrnehmen darf. Hier haben wir doch die Richter, die ich eben schon genannt habe, Kollege Hahn, Kollege Schaub und Kollege Grüttner, bei denen das im Zweifelsfalle zutrifft.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Ich weiß es nicht. Ich bin kein Verfassungsrechtler, Herr Bökel. Aber es sind doch Fragen, die geklärt werden müssen, die zumindest auf den ersten, auf den zweiten und auf den dritten Blick eine Logik in sich tragen. Genau darum geht es.

Sie wissen, dass es eine Organklage nur von der Landesregierung geben kann. Wenn die Landesregierung die Frage prüft, ob sie das Verfassungsgericht anrufen will, dann kann ich sie eigentlich nur darin bestärken.

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr von Plottnitz, was gibt es denn - wenn man Zweifel hat - Besseres zu tun, als das höchste deutsche Gericht urteilen zu lassen? Dann kommen Sie uns doch nicht und sagen, das sei Politik oder das sei politischer Druck.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist kein Druckmittel. Das ist eine Klärung, und zwar eine höchstinstanzliche Klärung.

Wenn wir zumindest von den Fragestellungen her so einen klaffenden Widerspruch haben zwischen dem, was in der Hessischen Verfassung 1946 festgelegt wurde, und dem, was im Grundgesetz und was in Gesetzen steht und in Entscheidungen in Karlsruhe festgestellt worden ist, dann muss das geprüft werden. Da brauchen wir uns überhaupt nicht aufzuregen.

Das gilt auch für die Befangenheit. Wenn jemand sagt, hier gibt es die Besorgnis der Befangenheit, dann soll er das rechtlich überprüfen lassen können. Insofern sind wir als F.D.P. in der Tat in doppeltem Sinne Rechtsstaatspartei,

weil wir diesen nicht nur verteidigen, sondern ihm auch vertrauen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Abg. Wintermeyer für die Fraktion der CDU.

Axel Wintermeyer (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte die drei Minuten, die uns noch zustehen, zu einer sachlichen Äußerung nutzen. Ich denke, wir sollten uns von vornherein darüber im Klaren sein, dass wir natürlich die Justiz insgesamt nicht angreifen sollen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wenn jemand von Verfassungsorgan spricht, wenn jemand davon spricht, dass es Justiz ist, dann muss man natürlich auch fragen: Inwieweit ist die Überprüfung dieser justiziablen Entscheidung möglich? Mich würde es reizen - aber die Zeit reicht nicht - ausführlich nochmals zur Befangenheit zu sprechen. Ich möchte mich mit der Frage befassen, die die Mitglieder dieses Wahlprüfungsgerichts betrifft, nämlich die Unabhängigkeit der Richter nach Art. 97 Grundgesetz.

Wir haben drei gewählte Mitglieder des Wahlprüfungsgerichts, je ein Mitglied der CDU, der SPD und der F.D.P. Zunächst ist die Mitgliedschaft dieser Landtagsabgeordneten unter Berücksichtigung des § 15 Abs. 1 des Wahlprüfungsgesetzes - zugegebenermaßen bei oberflächlicher Betrachtung - nicht zu beanstanden. Dort heißt es, das Gericht entscheidet "über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahlen in einem Wahlbezirk" oder "einer bestimmten Anzahl von Stimmzetteln". Also würde z. B. ein Abgeordneter, dessen Wahlkreis betroffen ist, auch bei der Überprüfung der Wahlergebnisse seines Wahlkreises Betroffener im Sinne von § 5 des Wahlprüfungsgesetzes in Verbindung mit § 41 ZPO sein, und das würde zu seiner Ausschließung als Gerichtsperson führen.

Bei der Überprüfung, die momentan vorgenommen wird, geht es nicht um die Überprüfung eines Ergebnisses eines Wahlkreises oder mehrerer Stimmzettel, sondern es geht um die Überprüfung des Ergebnisses der gesamten Landtagswahl, sodass man die Frage schon stellen muss, ob nicht alle Abgeordneten, die im Wahlprüfungsgericht sitzen, Richter in eigener Sache wären und damit gemäß § 5 des Wahlprüfungsgesetzes und § 41 ZPO auszuschließen hätten.

(Wortmeldung)

- Ich lasse keine Zwischenfragen zu. - Die SPD hat dies erkannt. Sie hat gegen Herrn Grüttner einen Befangenheitsantrag gestellt. Das müssen Sie sich jetzt zumindest einmal vorhalten lassen. Es muss weiterhin die Frage gestellt werden, ob das Wahlprüfungsgericht gerade aus dieser Situation heraus nicht vielmehr ein Wahlaufprüfungsausschuss ist.

(Zuruf von der SPD)

Ich denke, in den anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland gibt es praktisch überall nur parlamentarische Entscheidungen, die dann später auch einer Überprüfung zugeführt werden können. Auch in der Bundesrepublik Deutschland obliegt die Wahlprüfung dem Bundestag und die abschließende Prüfung dem Bundesverfassungsgericht.

Seien Sie versichert: Uns geht es nicht darum, das Wahlprüfungsgericht als Institution anzugreifen, sondern in der jetzigen Situation, die eine besondere Situation ist, die man sehen muss, geht es um die Frage, ob elementare rechtsstaatliche und verfassungsgemäße Grundsätze bei der Tätigkeit dieses vorkonstitutiv eingerichteten Wahlprüfungsgerichts gewährleistet sind, um nicht mehr und auch um nicht weniger. Aber dieses Recht werden wir uns nicht nehmen lassen. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Erste Feststellung: Dies war die erste Rede des Kollegen Wintermeyer. Herzlichen Glückwunsch.

(Allgemeiner Beifall)

Zweite Feststellung - Herr Kollege Klemm hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet; er bekommt auch gleich das Wort -: Die Redezeiten der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU sind erschöpft. Nur die F.D.P. und die Landesregierung könnten noch sprechen.

Herr Kollege Schaub hat mir gesagt: Auch wenn die Aussprache geschlossen wird, wird darüber erst entschieden, wenn über die Frage der Einberufung des Ältestenrats beschlossen worden ist.

(Manfred Schaub (SPD): Dafür brauchen wir das Wortprotokoll!)

Dafür brauchen Sie das Wortprotokoll. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder wir machen eine lange Pause, oder wir schieben Tagesordnungspunkt 7 dazwischen. Wer soll zur Geschäftsordnung sprechen? - Herr Kollege Klemm.

(Zurufe)

Ich habe das auch noch nicht sagen können, weil wir nicht wissen, ob die F.D.P. die Redezeit voll in Anspruch nimmt. Aber Herr Klemm darf nicht zur Sache reden. Das ist ganz klar.

Lothar Klemm (SPD):

Herr Präsident! Bevor wir die Aussprache schließen: Der Kollege Wintermeyer hat eben hier erklärt, die SPD-Fraktion habe einen Befangenheitsantrag gegen den Richter Grüttner gestellt.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Jedenfalls mir ist dieser Sachverhalt nicht bekannt.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Sprechen Sie hier zur Geschäftsordnung?)

Von daher meine ich, es gehört sich, jetzt zu erklären, diese These zu belegen und zu sagen, wie der Kollege Wintermeyer zu dieser Auffassung oder Information kommt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Da wir souverän in der Anwendung der Geschäftsordnung sind, aber nur mit großer Mehrheit, erteile ich, wenn mir niemand widerspricht, dem Abg. Wintermeyer speziell zu dieser Frage das Wort, wenn er das wünscht. - Herr Kollege Wintermeyer.

Axel Wintermeyer (CDU):

Ich will kurz erklären: Es muss aus dem Protokoll gestrichen werden. Es war die NPD, nicht die SPD.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist doch unglaublich! Unverschäm! - Weitere lebhaftige Zurufe von der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren, das werde ich als Versprecher und nicht als Absicht. Man sollte bei der Erstlingsrede eines Kollegen etwas großzügig sein.

(Fortgesetzte Zurufe von der SPD)

Verfahren wir so, dass ich die Abstimmung zu den Tagesordnungspunkten 18 und 41 zurückstelle, oder muss ich unterbrechen? Wer will sich dazu äußern? - Herr Kollege Kaufmann.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, wir wollen den Parlamentsbetrieb nicht verzögern. Insoweit wären wir damit einverstanden, den nächstfolgenden Tagesordnungspunkt zwischendrin aufzurufen.

Wir wehren uns allerdings dagegen, dass Sie jetzt schon die Aussprache schließen. Wir wollen jetzt den Tagesordnungspunkt unterbrechen und ihn dann an der Stelle, an der wir jetzt angelangt sind, nämlich vor Schließung der Aussprache, wieder aufrufen, wenn das Protokoll vorliegt und man sich damit beschäftigt haben kann. Insoweit könnten wir uns in der Zwischenzeit gerne mit dem anderen Tagesordnungspunkt befassen. Ich denke, danach wird das Protokoll wohl vorhanden sein.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Hahn. - Dabei sage ich nur zur Erläuterung: Egal, ob ich schließe oder nicht, wenn die Redezeit vorbei ist, ist sie vorbei.

(Widerspruch des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Herr Präsident, ich glaube, dass es in diesem Hause üblich ist, dass gefragt wird, ob es noch Wortmeldungen gibt. Wenn das nicht ist, stellt das jeweils amtierende Präsidium fest, dass damit die Debatte beendet ist. Genau das bitte ich jetzt zu tun.

Wenn das abgeschlossen ist, haben die Fraktionen der F.D.P. und sicherlich auch der CDU nichts dagegen, dass ein Tagesordnungspunkt dazwischen geschoben wird, bis das Protokoll da ist.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Schaub, zur Geschäftsordnung.

Manfred Schaub (SPD):

Dann stelle ich jetzt noch einmal, damit es deutlicher wird und damit auch klarer wird, an welchem Punkt wir uns befinden, den Antrag, die Sitzung so lange zu unterbrechen, bis das Wortprotokoll vorliegt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Dies ist eine geschäftsordnungsmäßige Folge. Widerspricht dem jemand? - Dem widerspricht niemand. Dann berufe ich den Ältestenrat für 17 Uhr ein.

(Unterbrechung von 16.24 bis 17.27 Uhr)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren, die Sitzung wird fortgesetzt. Der Ältestenrat hat sich einstimmig darauf geeinigt, dass Frau Kollegin Kühne-Hörmann das Wort zu einer persönlichen Erklärung hat.

Eva Kühne-Hörmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben.

Es liegt mir fern, die Unabhängigkeit der Justiz in Zweifel zu ziehen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Erlaubt sein muss aber die Frage nach der Unabhängigkeit des Wahlprüfungsgerichts und nach der Befangenheit von Mitgliedern des Wahlprüfungsgerichts. Das habe ich mit meiner in freier Rede vorgetragenen Äußerung gemeint.

(Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich habe mit meiner Äußerung nicht den Eindruck erwecken wollen, dass hessische Richter in ihrer beruflichen Tätigkeit Entscheidungen treffen, die politisch motiviert seien.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (F.D.P.))

Präsident Klaus Peter Möller:

Der Ältestenrat hat gebeten, dass Herr Minister Wagner als Justizminister eine Erklärung abgibt. Dies tut Herr Minister Wagner - jetzt sage ich beinahe: Kultusminister -, Herr Justizminister Wagner.

Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dieser Erklärung der Abg. Kühne-Hörmann hat sie ihre Äußerungen in ihrem Debattenbeitrag richtig gestellt. Damit ist die Angelegenheit auch aus meiner Sicht geklärt.

Im Übrigen sehe ich mich nicht in der Lage, mich öffentlich oder gar kommentierend zu dem Wahlprüfungsverfahren zu äußern. Dies bezieht sich selbstverständlich auch auf die Frage der Befangenheit von Mitgliedern des Wahlprüfungsgerichts.

(Beifall bei der CDU - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Manfred Schaub (SPD): Sehr dürftig!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu den Tagesordnungspunkten 18 und 41 liegen mir nicht mehr vor.

Unbeschadet der Möglichkeiten, die im Ältestenrat erörtert wurden, Konsequenzen an anderer Stelle - -

(Wortmeldung des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Jetzt habe ich aber festgestellt, dass weitere Wortmeldungen nicht mehr vorlagen. Ich habe nur noch nicht den klassischen Satz gesagt, dass damit die Aussprache geschlossen ist. - Also, Herr von Plottnitz, aber das betrifft nur die Geschäftsordnung, sind wir uns da einig?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Regierung hat gesprochen!)

- Dann machen wir daraus eine neue Nummer und beschließen die Aussprache hier und jetzt.

(Manfred Schaub (SPD): Nein, nein!)

Nein, Herr Kaufmann, Herr Kollege von Plottnitz hat sich gemeldet, und ich habe daraufhin gesagt,

(Manfred Schaub (SPD): Zur Geschäftsordnung! Wir haben etwas anderes besprochen! - Wortmeldung des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

dass er sich zur Sache äußern darf. - Zur Geschäftsordnung, Herr Kaufmann.

Ich will nur sagen, wir haben noch nicht das weitere Prozedere festgelegt, sondern gesagt, das entscheidet das Plenum mit Mehrheit. Nur, dass das klar ist.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Präsident, ich möchte Sie gerne immer unterstützen, und ich denke, als Geschäftsführer ist das auch mit meine Aufgabe. Deshalb erlaube ich mir den Hinweis: Wir haben in der Debatte, die wir jetzt nach der Unterbrechung und der Ältestenratssitzung fortgesetzt haben, als Letztes ein Mitglied der Landesregierung gehört. Damit stehen den Fraktionen, die ihre Redezeit erschöpft haben, noch einmal fünf Minuten Redezeit zu.

(Widerspruch von der CDU)

Zu dieser Redezeit hat sich der Kollege von Plottnitz aus meiner Fraktion gemeldet. Deshalb denke ich, wir sollten diese Möglichkeit, die die Geschäftsordnung vorsieht, auch nicht abschneiden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr von Plottnitz hat das Wort.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Potz Blitz! - Weitere Zurufe)

- Die Wortmeldung war durch Zuruf. Ich fülle ihm notfalls auch den gelben Zettel aus, aber ich entsinne mich an wichtige Leute, die sich hier schon ohne gelben Zettel gemeldet haben.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Er hat noch nie einen Richter beleidigt, der Herr von Plottnitz!)

Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dass die Kollegin Kühne-Hörmann bedauert hat, was sie hier an Pauschalvorwürfen in Richtung auf die hessische Richterschaft im Allgemeinen

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

und zwei Richter im Besonderen zum Ausdruck gebracht hat, das geht in Ordnung. Das soll jetzt auch nicht mehr Gegenstand der Debatte sein.

Allerdings hatte ich ja Gelegenheit, in meinem Redebeitrag darauf hinzuweisen, dass es in den letzten Tagen und Wochen nicht nur Äußerungen von Frau Kühne-Hörmann gab, sondern auch vom Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion und von den beiden Abgeordneten Hamer und Ortman.

(Zurufe von der CDU)

Diese Äußerungen haben, was den Vorwurfscharakter und den Charakter der Schmähkritik anging, durchaus das noch übertroffen, was die Frau Kollegin Kühne-Hörmann heute hier erklärt hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vor diesem Hintergrund bleiben wir bei unserer Auffassung, dass es Sache des antierenden Justizministers nicht nur gewesen wäre, sondern nach wie vor ist, sich zum Schutze der Integrität der beiden angegriffenen berufsrichterlichen Mitglieder des Wahlprüfungsgerichtes hier zu verwenden.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Weil ich hier von dem Kollegen Hahn angesprochen worden bin: Herr Kollege Hahn, in der vergangenen Legislaturperiode - das will ich einmal in Erinnerung rufen - gab es durchaus auch Vorgänge, in denen sich zum Beispiel ein Mitglied der Fraktion der Bündnisgrünen in einer, wie ich damals fand, bedenklichen Weise zu der Fähigkeit von Richterinnen oder Richtern - bzw. Staatsanwältinnen oder Staatsanwälten waren es wohl - ausgelassen hat, die Grenzen von Recht und Politik zu wahren. Ich habe mich damals veranlasst gesehen, zum Schutze der Integrität der angesprochenen Personen tätig zu werden. Nicht mehr verlangen wir jetzt auch.

(Zuruf von der CDU)

Um es noch einmal zu sagen: Sie haben jedes Recht der Urteilsschelte. Sie haben jedes Recht, Befangenheitsanträge rechtsförmlich zu stellen und zu begründen. Sie haben nicht das Recht, die beiden höchsten Richterinnen bzw. Richter in diesem Lande zu beleidigen. Das aber haben Sie getan.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Solange das so ist, besteht die Notwendigkeit des Dienstherrn - das ist er ja -, zum Schutze der Integrität der Angegriffenen tätig zu werden. - Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren, gibt es noch Wortmeldungen zu den von mir angesprochenen Tagesordnungspunkten 18 und 41?

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Jetzt müsste Bökel noch einmal kommen!)

Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Ich schließe die Aussprache und stelle die Frage: Abstimmung hier und jetzt

über beide Anträge, oder soll hier ein Überweisungsantrag gestellt werden? - Es wird kein Überweisungsantrag gestellt.

Herr Kollege Grüttner, zur Geschäftsordnung.

Stefan Grüttner (CDU):

Herr Präsident, in Bezug auf die Drucks. 15/1191 bitte ich, den Antrag für erledigt zu erklären. Das ist ein Berichtsantrag. Wir haben uns dahin gehend verständigt, dass Berichtsanträge, die im Plenum gestellt werden, für erledigt erklärt werden können. Die Landesregierung hat Bericht gegeben, und damit braucht hier auch keine direkte Abstimmung stattzufinden. Daher bitten wir, den Antrag für erledigt zu erklären.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zur Geschäftsordnung hat Herr Kollege Kaufmann das Wort.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, ich widerspreche ausdrücklich der Auffassung des Kollegen Grüttner, dass dieser Antrag erledigt sei. Wer den Ausführungen von Herrn Staatsminister Dr. Jung zugehört hat, muss feststellen, dass keineswegs die Fragen, die hier gestellt worden sind, beantwortet sind. Insoweit steht der Antrag nach wie vor zur Abstimmung. Wir sind mit einer Erledigterklärung nicht einverstanden.

Präsident Klaus Peter Möller:

Werden weitere Anträge zur Geschäftsordnung gestellt? - Das ist nicht der Fall.

Es geht um den Antrag, festzustellen, dass die Drucks. 15/1191 durch die Aussprache erledigt ist. Über den Antrag wird abgestimmt. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dafür gestimmt haben CDU und F.D.P., dagegen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ersteres war die Mehrheit. Damit ist der Punkt einer Abstimmung nicht mehr zugänglich.

Es geht jetzt um die Behandlung der Drucks. 15/1159. Gibt es dazu besondere Wünsche über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung? - Das ist nicht der Fall. Dann wäre darüber abzustimmen. Wer ist für Annahme des Antrages Drucks. 15/1159? - Wer ist gegen die Annahme? - Gibt es Enthaltungen? - Dafür haben gestimmt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen CDU und F.D.P. Es gab keine Enthaltungen. Letzteres war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich möchte nun die Beschlussempfehlungen und Berichte aufrufen, die wir ohne Aussprache erledigen können.

Tagesordnungspunkt 31:

Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Gefährdung einer humanen Drogenpolitik durch die Hessische Landesregierung - Drucks. 15/1146 zu Drucks. 15/1007 -

Auf Berichterstattung durch Herrn Abg. Gerling und auf Aussprache wird einstimmig verzichtet.

Wer ist für die Annahme der Beschlussempfehlung? - Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 32:

Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Drogenkonsumräume - Drucks. 15/1147 zu Drucks. 15/1014 -

Auf Berichterstattung durch Herrn Abg. Gerling und auf Aussprache wird allseits verzichtet.

Wer ist für die Annahme der Beschlussempfehlung? - Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Die Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 34:

Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes - Drucks. 15/1149 zu Drucks. 15/1083 -

Auf Berichterstattung durch Frau Abg. Hillenbrand und auf Aussprache wird einstimmig verzichtet.

Wer ist für die Annahme der Beschlussempfehlung? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Für die Beschlussempfehlung gestimmt haben CDU und F.D.P., übereinstimmend dagegen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ersteres war die Mehrheit. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Tagesordnungspunkt 35:

Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Umsetzen einer humanen Flüchtlingspolitik in Hessen - Versprechen gegenüber den Kommunen einhalten - Drucks. 15/1150 zu Drucks. 15/1099 -

Auf Berichterstattung durch Frau Abg. Hillenbrand und auf Aussprache wird allseits verzichtet.

Wer ist für die Annahme der Beschlussempfehlung? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dafür gestimmt haben CDU und F.D.P. übereinstimmend, dagegen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ersteres war die Mehrheit. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Tagesordnungspunkt 36:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Fachhochschulentwicklung in Hessen - Drucks. 15/1151 zu Drucks. 15/430 -

Auf Berichterstattung durch Herrn Abg. Weinmeister und auf Aussprache wird allseits verzichtet.

Wer ist für die Annahme der Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Dafür gestimmt haben CDU und F.D.P., dagegen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN. Ersteres war die Mehrheit. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Tagesordnungspunkt 40:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend Transport abgebrannter Brennelemente - Drucks. 15/1188 zu Drucks. 15/1018 -

Auf Berichterstattung durch Herrn Abg. Dr. Lennert und auf Aussprache wird allseits verzichtet.

Wer ist für die Annahme der Empfehlung? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dafür gestimmt haben CDU und F.D.P., dagegen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ersteres war die Mehrheit. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Gehe ich recht in der Annahme, dass wir jetzt nur noch die Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen zu behandeln haben? Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 37** auf:

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen - Drucks. 15/1122 -

Wie mir gesagt oder geschrieben wird, soll zunächst einmal die Petition Nr. 5714/14 herausgenommen werden. Hier soll der Beschlussempfehlung auf Sach- und Rechtslage mit der zusätzlichen Maßgabe zugestimmt werden:

Die Petenten bzw. die Familie sollen darauf hingewiesen werden, erstens das im Rahmen der Petition vorgelegte psychologische Gutachten dem für das Vorliegen eines zielstaatsbezogenen Abschiebungshindernisses zuständigen Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge im Rahmen eines Asylfolgeantrags bzw. Abänderungsantrags nach § 53 Abs. 6 Ausländergesetz vorzulegen. Zweitens ist vor Durchführung einer Abschiebung die Reisefähigkeit unter Berücksichtigung des oben genannten psychologischen Gutachtens zu prüfen.

Das soll ein übereinstimmender Vorschlag des Petitionsausschusses sein. Ich gehe davon aus und frage, ob man der Petition Nr. 5714/14 in dieser Form zustimmt. Wer ist dafür? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Keine. Das ist einstimmig.

Ich stimme ab über alle weiteren Petitionen nach Maßgabe der Drucks. 15/1122. Wer ist hier für die Annahme der Beschlussempfehlungen? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Keine Bedürfnisse mehr? - Es ist ein Dringlicher Antrag eingegangen, aber noch nicht verteilt. Infolgedessen wird er erst morgen früh zur Feststellung der Dringlichkeit aufgerufen.

Ich schließe damit die Sitzung des Landesparlaments für den heutigen Tag.

(Schluss: 17.43 Uhr)